

# Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für  
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner  
Klaus Harpprecht  
Johannes Rau  
Carola Stern  
Hans-Jochen Vogel

# Frankfurter Hefte

## Redaktion

Peter Glotz  
(Chefredakteur)  
Norbert Seitz  
(verantwortlich)  
Christian Jürgens  
(Mitarbeit)

## Redaktionskreis

Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Eve-Marie Kallen  
Christine Pries  
Hans-Joachim Schabedoth  
Uli Schöler  
Johano Strasser

## Redaktionsbeirat

Frank Benseler  
Jürgen Burekhardt  
Gottfried Erb  
Iring Fetscher  
Horst von Gizycki  
Martin Greiffenhagen  
Norbert Greinacher  
Reinhard Höppner  
Reimut Jochimsen  
Tomas Kosta  
Ferdinand W. Menne  
Thomas Meyer  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Richard Schröder  
Wolfgang Thierse  
Christoph Zöpel

**6** 1995  
42. Jahrgang

# Inhalt

483 Editorial

## Aktuelles

- 485 JUTTA FALKE  
Die machtpolitische Perspektive  
heißt Rot-Grün
- 487 CHRISTIAN DEUBNER  
Französische Präsidentschaftswahl
- 491 FRANK TEICHMÜLLER  
Gewerkschaften in Ost-Deutschland

## Thema: Nach-68er lesen linke Klassiker

- 494 THOMAS HOEPS/RENÉ LINKE  
Karl Marx: Manifest der  
Kommunistischen Partei (1848)
- 496 CILJA HARDERS  
Friedrich Engels: Die Lage der  
arbeitenden Klasse in England 1844/45
- 502 LINDA PIEPER  
August Bebel: Die Frau und der  
Sozialismus (1878)
- 505 GERD SIMONS  
Karl Kautsky: Der Weg zur Macht  
(1909)
- 509 MARKUS BUSSMANN  
Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen  
des Sozialismus und die Aufgaben der  
Sozialdemokratie (1899)
- 514 BERND LADWIG  
Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei  
und Gewerkschaften (1906)
- 518 DIETMAR LIESER  
Karl Korsch: Marxismus und Philosophie  
(1923)
- 523 STEFANIE SIFFT  
Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?  
(1936)
- 527 ANETTE EMTMANN  
Leo Trotzki: Verratene Revolution  
(1936)
- 529 FRANK JANNING  
Antonio Gramsci: Gefängnishefte
- 532 ANSGAR KNIRIM  
Wilhelm Reich: Massenpsychologie des  
Faschismus (1942)

- 535 MATTHIAS DÜMPELMANN  
Franz Neumann: Behemoth (1942)
- 538 HUBERTUS BUCHSTEIN  
Paul Sering (Richard Löwenthal):  
Jenseits des Kapitalismus (1947)
- 543 CHRISTIANE PAPENDORF  
Simone de Beauvoir:  
Das andere Geschlecht (1949)
- 547 JENS P. ROSBACH  
Die Grenzen des Wachstums.  
Bericht des *Club of Rome* (1972)

## Kultur

- 550 KAROLINE HILLE  
Der weibliche Blick oder: Die  
Metamorphose eines Wäscheständers
- 554 GABRIELE RÖTHEMEYER  
Filmforum: Die Angst vor dem  
großen ABC

## Architektur und Stadtplanung

- 556 GERD DE BRUYN  
Die Unwirtlichkeit der Trabantenstadt
- 560 GESPRÄCH MIT  
DIETER HOFFMANN-AXTHELM
- 564 GÜNTER SCHLUSCHE  
*Stadtforum Berlin* – ein übertragbares  
stadtpolitisches Experiment?

## Kritik

- 567 ERNST HILLEBRAND  
Miterrands Abschied
- 571 WOLF SCHELLER  
Der intrigante Revolutionär
- 572 STEPHAN REINHARDT  
Die 89er sind nicht viel anders
- 574 JUDITH KLEIN  
Geschichte im Spiegel der Einwanderung
- 576 Zu den Autorinnen und Autoren
- 576 Impressum

Titelfoto: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung,  
JOKER

Wolfgang Gerhardt ist ein tüchtiger Mann; verbindlich, nachdenklich, auf mehreren Feldern kompetent, *a tough guy*. Aber wie, um Himmels willen, soll er die FDP retten, die in den letzten Jahren aus zwölf Landtagen herausgeflogen ist? Ein genialischer Taktiker wie Genscher ist er nicht; ein kantiger Profi-Fighter wie Lambsdorff auch nicht. Vor allem aber bietet Gerhardt im Verhältnis zu Kohl nicht mehr Reibung als Kinkel. Die FDP hat es zugelassen, daß ihr die sozial-liberale Anhängerschaft davonlief, der verbliebene Rest, einige hunderttausend liberal-konservative und national-liberale Wählerinnen und Wähler, kann genausogut Kohl wählen. Nur ein dramatischer Schwenk – in einen rechts-liberalen Populismus à la Jörg Haider oder einen visionären Rechtsstaats-Liberalismus à la Karl Hermann Flach – könnte diese Partei retten. Der neue Vorsitzende aber ist ein Zuverlässiger, kein Draufgänger, ein Transportflieger, kein Pirouetten-Pilot. Die FDP liegt im Koma.

Diese Konstellation bietet eine handfeste Chance für Rot-Grün. Der 14. Mai 1995 war – trotz der (mäßigen) Verluste der SPD in Nordrhein-Westfalen und des Einbruchs in Bremen – ein Menetekel für Kanzler Kohl. Das Gerede um eine absolute Mehrheit für die CDU/CSU ist, wie jeder weiß, sinnlose Aufplusterung. Die derzeit wahrscheinlichste Perspektive ist ein rot-grünes Jahrzehnt ab 1998. Jutta Falke analysiert dieses Paradoxon – der Verlust der SPD wird zum Auftakt eines Gewinns. Johannes Rau hat die Chance, mit dem grünen Michael Vesper dieselbe Rolle zu spielen, die Heinz Kühn und Willi Weyer 1966 spielten. Das größte Bundesland wird zum Aufmarschfeld für die Schlacht um den Bund, und zwar unter einem rot-grünen Banner.

Nun muß man ob dieser Entwicklung keineswegs vor Glück zerspringen. DIE GRÜNEN, eine ökologische FDP, verstärken gewisse Schwächen des postmateriellen Mittelstandsflügels der SPD, zum Beispiel Blauäugigkeit im Ökonomischen und Zögerlichkeit in technolo-

giepolitischen Fragen. Nur wäre die einzig denkbare Alternative – die Große Koalition – auch nicht heimeliger. Wie soll man mit Schäuble ein Einwanderungsgesetz, die Weiterentwicklung der Europäischen Union, eine ökologische Steuerreform oder eine neue Priorität für Forschung und Bildung vereinbaren? Im übrigen gäbe es die Chance, in einem rot-grünen (und also »linken«) Wahlkampf die PDS unter die Wasserlinie zu drücken. Die Nebel lichten sich; man sieht ein Stück Horizont.

Das Motto über unserem Juni-Heft könnte »Junge Republik« heißen; wir haben Autoren der jungen, der Nach-68er-Generation gebeten, sich die »linken Klassiker« vorzunehmen. In den 60er Jahren schlugen sich die (damals) Jungen um die Luxemburg, Karl Korsch, Wilhelm Reich und natürlich Marx. Was denken – heute – diejenigen, die damals in die Welt gesetzt wurden? Geben ihnen die alten Götter noch etwas? Oder ist der Perspektivenwechsel von Marx zu Nietzsche, von Gramsci zu Foucault, Lyotard und Derrida total? Der Redaktion erscheint das große Lektüreeperiment, das wir da gemacht haben, gelungen. Wir danken den Professoren Axel Honneth (FU Berlin), Bernd Witte (Düsseldorf), Sven Papcke (Münster) sowie Kurt Lenk (emeritiert, früher Aachen) für die Vermittlung in die gegenwärtige Generation der Studierenden hinein.

Ein Valet an Mitterrand; man konnte die Zeremonien des Abschieds am Ende zwar kaum noch ertragen, aber der, der da ging, ist zweifellos »Urgestein«. Vielleicht sollte man noch erwähnen, daß der Mann ein professioneller Politiker war, der seinem Amt gewachsen blieb; wir leben in einer Zeit, in der nur noch Querdenker und Gutmenschen geschätzt werden. Dieser war mit allen Wassern gewaschen – und doch ein kluger Präsident. Auf manche seiner Konzepte – zum Beispiel die Europäische Konföderation – werden seine Nachfolger, ob in Frankreich, in Deutschland oder anderswo in Europa, noch zurückkommen müssen.

Peter Glotz



JUTTA FALKE

### Die machtpolitische Perspektive heißt Rot-Grün

Die bitteren Erkenntnisse  
aus der NRW-Wahl

Die Wahlergebnisse im bevölkerungsreichsten und im kleinsten Bundesland scheinen Entwicklungen, die sich in den letzten Monaten anbahnten, mehr und mehr zu zementieren: Zum einen die Schwindsucht der FDP, das damit verbundene strategische Dilemma der Union, zum anderen der Vormarsch der GRÜNEN und die damit verbundene deutlichere bundespolitische Option für Rot-Grün. Trotz der SPD-Verluste und der niedrigen Wahlbeteiligung, so stellt es sich heute dar, bietet sich damit der SPD die machtpolitisch günstigere Perspektive für 1998. Sollte sich die FDP auch bei den demnächst anstehenden Wahlen in Berlin und im nächsten Jahr in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg nicht behaupten, steht die CDU voraussichtlich 1998 ohne Partner da.

#### Union ohne Partner

Ob die FDP diese Entwicklung aufhalten kann, scheint im Moment zweifelhaft. Denn den Liberalen, die sich im neunzehnten Jahrhundert Verdienste gerade durch ihren kommunalen »Munizipalsozialismus« erwarben, geht die Basis mehr und mehr verloren. Statt dessen etablieren sich die GRÜNEN als dritte Kraft auch bei der bürgerlichen Klientel. In NRW hat die FDP ihre größten Verluste in der Beamtenschaft erlitten, bei der wiederum die GRÜNEN die größten Zugewinne verbuchen konnten.

Natürlich hat der Liberalismus längst seinen festen Platz in den Beständen anderer Parteien. Ob er in diesen Zeiten allein als Programm taugt, bezweifelt nicht nur Heiner Geißler. Die gegenseitige Beeinflussung der Parteien und ihrer Programmatik gehört zur bundesdeutschen Normalität, zeigt sich ja auch in der Formel von der »Sozialdemokratisierung« der CDU oder in dem ursprünglich grünen Postulat von der »Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie« – inzwischen Allgemeingut fast aller Parteien.

Die Angleichung der Parteihalte korrespondiert mit einer Angleichung der Lebensver-

hältnisse der Milieus. Das gilt bekanntermaßen auch für Schwarz-Grün. Gab es nach 1990 in NRW nur vier solcher Bündnisse, so gibt es heute an Rhein und Ruhr 26.

Dennoch zeigt sich auch in den 90er Jahren keine neue Beliebigkeit in der Wahl des politischen Partners. Im Gegenteil: Die politischen Lager formieren sich deutlicher als noch vor Jahresfrist. So markiert die NRW-Wahl und ihre Folgen eine Zäsur, die die schwarz-grünen Tändeleien der letzten Monate wie kindliche Sandkastenspiele aussehen läßt in Relation zur rot-grünen Großbaustelle NRW. Ein Modell für Bonn, sagen alle. Auch Rudolf Scharping, freilich mit der gewohnten Zurückhaltung.

Rot-Grün, also. Viele in der SPD, die sich schon vor der Bundestagswahl Mobilisierungsschübe von dieser Option erhofft hatten, frohlocken. Scharping warnt vor zuviel Euphorie. Der Parteichef hatte vorsichtig für 1997 etwaige Koalitionsaussagen in Aussicht gestellt.

Wird das größte Bundesland nun Rot-Grün regiert, kann er – positiv oder negativ – auf konkrete Politik verweisen, ohne sich für Bonn vor der Zeit festlegen zu müssen.

#### Verluste in den Metropolen

Von konservativen Sozialdemokraten, die Rot-Grün höchstens als Zweckbündnis betrachten, hagelt es Warnungen: Man dürfe sich seitens der GRÜNEN nicht vereinnahmen lassen. Jetzt gelte es gerade, Wirtschaftskompetenz zu zeigen. Und man dürfe das andere Lager, die bürgerliche Mitte, nicht vernachlässigen.

Eben noch hatten die Seeheimer das Ruhrgebiet als Hort erfolgreicher sozialdemokratischer Politik gelobt, im Gegensatz zu den rot-grünen hessischen Metropolen. Jetzt hat da die SPD ausgerechnet in den dortigen Hochburgen große Verluste erlitten – und die GRÜNEN große Erfolge verbucht. Wenn auch die absoluten Zahlen das Ergebnis nicht ganz so dramatisch aussehen lassen, zeigt dies doch eines deutlich: Die Anhängerschaft der SPD selbst in klassischen Hochburgen bröckelt, die politische Klas-

sifizierung wird immer geringer. Wie sonst ist es zu erklären, daß die »Schutzmacht der kleinen Leute« (Johannes Rau) gerade bei der Arbeiterschaft prozentual die größten Verluste erlitt?

In Unionskreisen verspricht man sich von einer offensiv entwickelten rot-grünen Ablösungsperspektive auch Wählerwanderungen ins konservativ-bürgerliche Lager, wie auch immer es sich künftig formieren wird. Derzeit setzt man in Bonn eher auf die absolute Mehrheit der Union als auf Koalitionen mit den GRÜNEN. Im Gegenteil. Für die im Oktober anstehenden Wahlen in Berlin haben sich die dortigen Christdemokraten sogleich derartige Gedankenspiele verboten.

Auf Grün-Skeptiker in der konservativeren SPD-Basis hatte übrigens auch SPD-Chef Scharping bislang Rücksicht genommen. Auch die wird er weiter integrieren müssen, will die SPD Volkspartei bleiben.

Die Rot-Grün-Debatte bietet der in die Jahre gekommenen Oppositionspartei sicher-

lich eine machtpolitische Perspektive – sofern sie sich auch anderen wichtigen Herausforderungen stellt.

Denn drei Jahre vor der nächsten Wahl kann es nicht, wie Scharping selber sagt, um eine rot-grüne Koalition in der Opposition gehen, die SPD muß mit sich selbst ins reine kommen. Für eine »Holding unterschiedlicher Interessen« keine leichte Aufgabe.

### Rot-Grün ohne Alternative

Zwar gelang Rudolf Scharping gerade das Kunststück, bei der Auseinandersetzung um die Finanz- und Steuerpolitik die Einheit zwischen Fraktion und A-Ländern herzustellen. Doch schafft eine – wenn auch geschickte – finanzpolitische Oppositionspolitik noch keine »konkreten Visionen sozialdemokratischer Regierungspolitik«, wie sie nicht nur aus der Bundestagsfraktion immer wieder angemahnt werden. Dort sieht man jede Menge Renovierungsbedarf, etwa beim Thema »Umbau des Sozialstaa-

NRW-SPD verliert gegen den Zeitgeist

Foto: dpa

**Gestern null Bock.  
Heute studieren sie an 54 Hochschulen.  
Wir sind stolz auf sie! Wir in NRW.**



tes«, wo manchen auch in neuen Vorschlägen der Verteilungsaspekt zu sehr im Vordergrund steht. Andere wollen deutlichere ökologische Signale, wieder andere möchten den isolationistischen Sonderweg in der Außen- und Sicherheitspolitik hinter sich lassen. Der Vorsitzende muß hier – spätestens bis '98 – deutliche Weichenstellungen vornehmen, selbst wenn neue Konflikte aufbrechen.

Das Stimmungstief der Bonner SPD ist natürlich auch eine Folge der langen Oppositionszeit. Kräfte haben sich verbraucht, Aufbruchstimmungen abgenutzt.

So tritt der Erfolg der GRÜNEN nicht nur zeitgleich auf mit dem Niedergang der FDP, sondern ist auch ein Symptom für die emotionale Ausgezehrtheit der SPD.

Warum eigentlich braucht die SPD die grüne Option zur Mobilisierung linken Wählerwillens? Warum verläßt sie sich nicht auf die eigene Stärke? Dabei geht es nicht nur um Zahlenspiele oder Machtperspektive. Die Lage ist ernst. Zumindest im linken SPD-Flügel grassiert die Sehnsucht nach einem neuen linken Lebensgefühl. Das giert schon lange nach rot-grün. Rot ist tot.

Schließlich bekamen die GRÜNEN ihre größte Stimmenzufuhr bei der NRW-Wahl auch aus dem SPD-Lager. Selbst die Toskana-Fraktion (was ist aus ihr geworden?) wählt wohl heute eher grün.

Mehr als 20 Jahre nach der Willy-Wahl weht der Zeitgeist bei den GRÜNEN. Das muß nicht nur Guido Westerwelle zur Kenntnis nehmen.

Der Zeitgeist ist launisch, gewiß. Aber Lebenssituation und Wertewandel der modernen Gesellschaft müssen ernstgenommen werden; nur so können die Parteien ihre Bindekraft erhalten. Da nützt der FDP kein Helmut Kohl und der SPD kein Joschka Fischer.

*Die Autorin, geb. 1961, ist Bonner Korrespondentin des RHEINISCHEN MERKUR.*

Die Pariser feierten am Abend des 7. Mai wieder einmal eine Wahlfête, angesichts derer das Geunke über ihre Depolitisierung für deutsche Augen doch zweifelhaft wirkt. Mit 52,6 Prozent der Stimmen ist Jacques Chirac, der 62jährige Bürgermeister von Paris und ehemalige Vorsitzender des RPR, am 7. Mai zum fünften König, pardon, Präsidenten der Fünften Republik gewählt worden. Er hat damit ein Stimmenverhältnis erreicht, das besser ist als das von Valéry Giscard d'Estaing und Mitterrand 1974 und 1981 und das ihm die volle Legitimität des Amtes beschert. Der Kandidat der sozialistischen Partei Lionel Jospin erhielt nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 47,4 Prozent der Stimmen. Damit ist das höchste Staatsamt Frankreichs nach 14 Jahren wieder in den Händen der Bürgerlichen.

Die Neogaullisten haben nach dem Tod Pompidous (1974) 21 Jahre gebraucht, bis sie mit Chirac wieder den Präsidenten stellen können.

Alarmierend ist das weitere Schrumpfen der Wählerbasis für die gemäßigte Rechte und Linke: ihnen bleiben gemeinsam nur noch etwa 60 Prozent aller Stimmen, den Rest konnten auf der Rechten die extremen Kandidaten Le Pen und de Villiers mit zusammen 20 und auf der Linken Kommunisten und Troztkisten immerhin mit knapp 15 Prozent der Wähler einheimsen. Auch wenn das Ergebnis der Präsidentschaftswahl dies vergessen lassen könnte, während der Gemeinde- und Regionalwahlen im Juni wird sich das volle Gewicht der extremen Lager viel deutlicher geltend machen. Wegen des Mehrheitswahlrechts spiegelt die Nationalversammlung diese Lage auch nur sehr unvollständig. Die Abgeordneten der großen Parteien müssen ihr in ihrer politischen Arbeit trotzdem Rechnung tragen, wenn sie wiedergewählt werden wollen.

Mit welchen politischen Instrumenten kann der neue Präsident arbeiten? Das wichtigste ist neben seiner eigenen Legitimität und seinen Prärogativen als Präsident sicher die Mehrheit, über die er in der Nationalversammlung verfügt, und deren Loyalität. Dort sind seit 1993 von 577 Sitzen 242 durch RPR-Abgeordnete besetzt, durch das Zentrum 206; die PS dagegen hat nur mehr gerade 50, die PCF noch 25 Sitze. Chirac wollte die Nationalversammlung zunächst gleich auflösen; darauf hat er inzwischen aber verzichtet.

Damit schont er die jetzigen Abgeordneten des Zentrums und die Freunde Balladurs im Austausch für ihre Unterstützung. Aber Chirac weiß, daß eine schnelle Wahl in der Assemblée jetzt auch den rechten Flügel seiner Partei und unter Umständen sogar die PS stärken könnte, die ihm bei seiner Politik Schwierigkeiten machen würden. So kann er bis zur Parlamentsneuwahl von 1998 mit einer Mehrheit der rechten Mitte regieren, gegenüber deren Heterogenität er mehr Bewegungsfreiheit behält. Das Instrument der Auflösung bleibt ihm ohnehin.

Was will Chirac erreichen? Hier kann man am Morgen nach der Wahl nur auf sein im Wahlkampf entwickeltes Programm verweisen; die kommenden Wochen müssen zeigen, ob und in welchen Teilen er auch wirklich versucht, es zu verwirklichen. Tatsache ist, daß Chirac aus seiner politischen Vergangenheit ein Glaubwürdigkeitsproblem hat. Und immerhin tritt er jetzt mit Versprechen an, die der von ihm mit verantworteten bürgerlichen Politik der letzten Jahre zum Teil widersprechen. Andererseits enthält die Tradition des Gaullismus auch den teilweise geradezu linken populistischen Strang, den Chirac jetzt vertritt. Man wird mit einem Urteil also abwarten müssen.

Die Neujahrs-Glückwunschkarte der Zeitung LE MONDE zum 1. 1. 1994 zeigte einen Jacques Chirac, der Ministerpräsident Balladur einen Obdachlosen (SDF, *sans domicile fixe*) in einem Karton, wie ihn viele auf der Straße und unter Brücken zum Schutz gegen die Witterung benutzen, hinstreckt. »Gutes neues Jahr, Edouard!«, sagt er, und Balladur macht gute Miene zum Danaer-Geschenk: »Oh! ein SDF in seinem kleinen Karton! . . . Das war doch nicht nötig, Jacques!« . . .

Da sind schon vor Beginn des Wahlkampfs das politische Thema und die Konstellation ins Bild gesetzt, die später Chiracs spektakulären Erfolg erklären: Als im Herbst '94 Balladur noch eine vorsichtig pragmatische Konjunkturstützung und wirtschaftlich-soziale Reform betreibt, als der sozialistische Kandidat Lionel Jospin noch nicht im Wahlkampf steht, besetzt Chirac mit seinen zentralen Wahlkampfaussagen demonstrativ die Themen, die den Franzosen am meisten Sorge machen: die soziale Krise Frankreichs und ihr unübersehbarer Ausdruck: Ausschließung und Obdachlosigkeit.

Die Chancen des Präsidenten für leichte Erfolge auf diesen Feldern sind nur auf den ersten Blick gut. Zwar hat das Wachstum 1994 real etwa 2,6 Prozent betragen, das beste Ergebnis seit 1989, während es 1993 noch eine Rezession von 1,4 Prozent gegeben hatte. Zwar sinkt nach den regierungsoffiziellen Zahlen die Ar-

beitslosigkeit seit sechs Monaten um etwa 10 000 pro Monat, daran haben die Jugendlichen mit knapp 5 000 pro Monat Anteil; 1994 kamen nach denselben Meldungen zusätzliche 222 500 Arbeitsplätze zustande. Aber Ende Februar 1995 lag die Arbeitslosigkeit immer noch bei 12,3 Prozent. Viele Ökonomen nehmen eine leichte Zunahme und Fortsetzung des Wachstums in den nächsten Jahren an. Aber noch weniger als in anderen Industrieländern reicht dieses Wachstum bei rasch steigender Produktivität aus, um ausreichend viele Arbeitsplätze für die Resorption der in Frankreich besonders hohen Arbeitslosigkeit und für die Aufnahme der neu nachrückenden Jugendlichen zu schaffen. Sowohl Chirac wie Jospin machten daher entschiedenere Maßnahmen der Beschäftigungspolitik zum Mittelpunkt ihrer Kampagne.

Beide Kandidaten stellten sich dabei dieselben Fragen: Gibt es noch nicht ausprobierte und wirkungsvolle Maßnahmen? Was kosten sie? Wer kann sie bezahlen? Die Antworten Chiracs hierzu sind weniger eindeutig und schlüssig als die Jospins ausgefallen; die Ausformulierung hat er seiner ersten Regierung überlassen. An erster Stelle steht ein neues Verfahren, wonach den Unternehmen die Zahlung indirekter Lohnanteile erlassen werden soll, wenn sie Langzeitarbeitslose dauerhaft einstellen. An zweiter Stelle soll der Dschungel von Regelungen beschnitten werden, die – so Chirac – die Investitionslust und die Bereitschaft der Unternehmer zu Neueinstellungen bremsen. An dritter steht die Bereitschaft, eine kontrollierte Zunahme der gewerblichen Einkommen zustande zu bringen, damit auch von dieser Seite die Massenkaukraft und auch das Steueraufkommen der Bevölkerung zunimmt.

Über die Kosten dieser Maßnahmen gehen die Schätzungen so weit auseinander, daß sie hier nicht vorgestellt werden. Besser Geld für Arbeitsbeschaffung als für Arbeitslosenunterstützung, sagen die Befürworter pauschal. Außerdem werde die zunehmende wirtschaftliche Aktivität die Einnahmen des Staates so steigern, daß man letztlich die Kosten wieder herausbekäme. Chirac will im übrigen – wiederum ohne genauere Angaben – drastisch sparen. Und einen wesentlichen Teil der benötigten Gelder soll die Fortsetzung der Privatisierung hereinbringen. Eine schon angekündigte Maßnahme wurde am Abend nach der Wahl von Chiracs Sprecher bestätigt: Man wolle die Mehrwertsteuer von gegenwärtig 18,5 auf 20 Prozent erhöhen.

Auch institutionelle Fragen einer Reform des Staates stehen im Programm Chiracs an vorderer Stelle. Unter den wichtigsten sind eine

Szenen der französischen  
Präsidentenwahlen



Foto: dpa

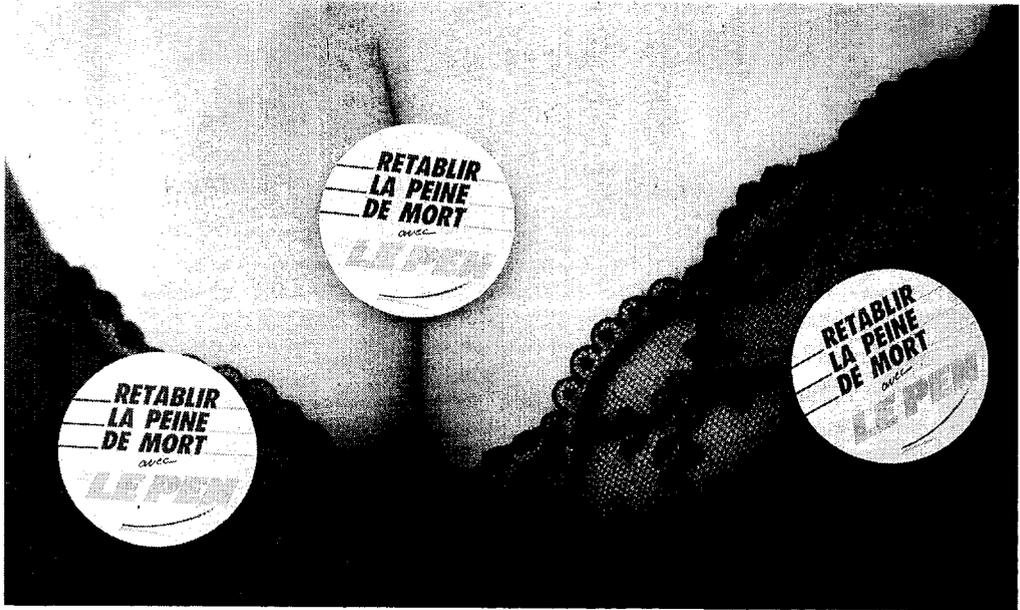


Foto: JOKER



Foto: dpa

Entbürokratisierung der politischen Entscheidungen und zum zweiten eine Verringerung der imperialen Rolle des Präsidenten. Zum ersten soll eine Stärkung der Rolle des Parlaments und der gewählten Politiker gegenüber den »Technokraten« der Institutionen führen, zum zweiten eine Reform der Verfassungs-Praxis durch den Präsidenten. Dieser soll »präsidieren, die Regierung soll regieren«. Nicht rühren will Chirac vorerst an der Amtszeit des Präsidenten (*Septennat*), an der Ämterkumulierung, am Mehrheitswahlrecht, außerdem sollen seine Reformen nicht durch die Änderung der Verfassungstexte, sondern der Praxis – wohl auch auf dem Verordnungswege – verwirklicht werden. Wirtschaftspolitik und Reform der Institutionen berühren die Beziehungen Frankreichs zur Europäischen Union und zu Deutschland.

Frankreichs Beziehungen zu Deutschland stehen im Mai 1995 im Vordergrund des außen- und europapolitischen Programms. Wichtigstes Thema zwischen beiden Ländern ist direkt oder indirekt die künftige Konstruktion Europas. Dabei geht es einmal darum, ob und welche inhaltlichen Vorschläge die beiden Länder ihren EU-Partnern dazu machen können, und zweitens, ob die bilaterale Sonderbeziehung der beiden Länder in einer EU weiter halten kann, die voraussichtlich noch längere Zeit auf ihre politische Einigung warten muß. In der Sicht des neuen Präsidenten sollte dieses Verhältnis gefestigt werden, so daß es für beide Länder im Zentrum ihrer europäischen Integrationspolitik steht und für die EU insgesamt den Motor der gemeinsamen Politik ausmachen kann.

Dem Thema Europa muß sich der neue Präsident sehr schnell zuwenden, wenn er vor dem Ende der französischen EU-Präsidentschaft noch einen spezifischen eigenen Akzent setzen will. Dabei wird er auch europapolitisch mehr Glaubwürdigkeit erringen müssen, gerade das keine leichte Aufgabe bei einer zu diesem Thema so zerstrittenen Mehrheit. Drängend steht die nur noch ein Jahr entfernte Regierungskonferenz zur Revision des EU-Vertrages auf dem Kalender. Die Vertreter der Regierungschefs der Fünfzehn in der Vorbereitungsgruppe haben aus Rücksicht auf die französische Wahl ihre Arbeit bisher nicht aufgenommen; jetzt warten sie, einschließlich der Deutschen, ungeduldig auf die ersten expliziten französischen Positionen für 1996.

Die gemeinsame Währung will der neue Präsident im Prinzip schnell, und bestätigt insofern ein altes französisches Interesse. Auf dem Weg dahin soll der Franc stark bleiben. »Schnell« und »stark« sind aber inzwischen relativ. Denn schließlich ist Chirac zuallererst mit

dem Auftrag gewählt worden, die wirtschaftliche und soziale Lage der Franzosen zu verbessern; dafür will er finanzpolitische Spielräume und mehr Zeit für die Erreichung der Maastrichter Konvergenzvorgaben – jedenfalls wohl bis 1999. Wie schon 1981 Mitterrand, wünscht auch sein Nachfolger 14 Jahre später von der EU eine unionsweite Wachstums- und Beschäftigungsinitiative zur Unterstützung der nationalen Politik, und er würde auch etwas mehr EU-Protektionismus begrüßen.

Die Union der Zukunft sieht der neue Präsident in gaullistischer Tradition als eine Föderation der Staaten, die nicht in einem Bundesstaat aufgehen. Entsprechend muß die Union in dem zentralen Entscheidungsorgan des Rats der EU gestärkt werden, durch einen gewählten Präsidenten, in der Beibehaltung des Konsensprinzips für zentrale Themen wie die Außen- und Verteidigungspolitik, in der Stärkung des Stimmgewichts der großen Mitgliedstaaten und einer gewissen Ausweitung der Entscheidungen nach qualifizierter Mehrheit. Die Kommission und vor allem das Parlament dagegen sollen stärker unter der Kontrolle der Regierungen bleiben bzw. eine größere Mitwirkung der nationalen Parlamente akzeptieren.

Bei den neuen Risiken für baldige Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitik, bei Europäischer Kommission und Parlament und bei wichtigen Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik dürften die offensichtlichsten Meinungsunterschiede zwischen Deutschland und anderen integrationswilligeren Mitgliedsländern sowie der neuen französischen Regierung auftreten. Allein die autonome Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre ein Schlag für den Binnenmarkt. Eng davon abhängig ist auch jeder Versuch zu einer Neubestimmung des deutsch-französischen Verhältnisses. Deutsche Widerstände dürfte es bei ausbleibender Integrationsvertiefung dagegen geben, die faktisch schon bestehende deutsch-französische Abstimmungspflicht in der EU noch expliziter zu stärken und die eigene integrationspolitische Bewegungsfreiheit gegenüber den anderen Mitgliedern damit weiter einzuschränken. Die institutionelle Debatte könnte in dem Maße streitiger werden als zuvor, als die Revisionsverhandlung von 1996/97 unvermeidlich noch näher an die Kernbestände der nationalen Souveränität und Gleichheit aller Mitgliedstaaten rühren muß und insofern den Widerspruch gerade der traditionellen gaullistischen und anderen nationalen Kräfte in Frankreich provozieren wird, denen Chirac den erfolgreichen Beginn seiner Wahlkampagne und den Sieg über Balladur verdankt.

## Gewerkschaften in Ost-Deutschland

Ein »Wessi« über die besonderen Probleme der Gewerkschaftsarbeit in den neuen Bundesländern schreiben zu lassen, proviziert die Frage nach der notwendigen Gegendarstellung aus »östlicher« Sicht. Dieser Diskussionsbeitrag ist notwendig subjektiv und bezieht die Erfahrungen aus jahrelanger Gewerkschaftsarbeit im Westen wie im Osten und vor allen Dingen den Vergleich der beiden miteinander ein.

Bei der Beschreibung des Umbruches darf die Einzigartigkeit des Vorganges nicht vergessen werden. Der Zusammenbruch eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, die beinahe bedingungslose Übernahme eines fremden Systems und die Zusammenführung von Menschen mit gleicher Sprache, aber unterschiedlicher Geschichte ist von Politikern, Unternehmern, Sachverständigen und auch Gewerkschaften zu oft mit dem Handbuch herkömmlicher Erkenntnisse bearbeitet worden. Die Einmaligkeit und Komplexität des Transformationsprozesses ist dabei regelmäßig übersehen worden. Die meisten Ergebnisse sind dementsprechend.

Das zeigt sich u. a. an den »Subjekten« der Gewerkschaftsarbeit. Die Aktiven der ersten Stunden, die große Zahl der Motivierten sind heute nicht mehr da. Die hohe anfängliche Bereitschaft zur kollektiven Aktion hat sich zum »normalen« Mobilisierungsproblem entwickelt. Die IG METALL ging anfangs von einer Vereinigung mit der IG METALL der DDR aus, die ersten Kontakte in Mecklenburg-Vorpommern fanden auf Funktionärebene statt. Die Entscheidung, eine neue IG METALL aufzubauen, jedes Mitglied einzeln entscheiden zu lassen, ob es in die IG METALL eintritt, war aus heutiger Sicht sicher richtig. Nicht übersehen werden darf aber, daß in vielen Betrieben die Strukturen trotzdem erhalten blieben und faktisch eine »Übernahme« erfolgte.

Entgegen dem Rat vieler und – faszinierend zu sehen – entgegen der heutigen Darstellung mancher, war die überwältigende Mehrheit für die sofortige Übernahme des westlichen Gesellschaftsmodells. Warnungen und Bedenken fielen ins Leere. Dies führte zu einer Gleichzeitigkeit von IG METALL *alt* und IG METALL *neu*, Betriebsgewerkschaftsleitung, Betriebsrat eigener Konstruktion und Betriebsrat nach Betriebsverfassungsgesetz. Zu diesem totalen Neuland waren »Sachverständige« gefragt, Ge-

werkschaften aus dem Westen. Die Gewerkschaftssekretäre, die ohne Büro und Arbeitsmittel als erste angingen, waren noch nicht die »Besserwessis«, sondern die gewünschten und gewollten Kollegen. Viele von ihnen sind heimisch geworden und geblieben, neue sind hinzugekommen, nicht immer, weil es so sein mußte, sondern oft, weil sich kein Ossi fand, der sich oder dem »man« dies zutraute. 40 Jahre unterschiedlich leben, lernen, Erfahrungen sammeln und arbeiten lassen sich nicht immer so einfach und schon gar nicht schnell überwinden. Andererseits zeigen viele Beispiele, daß der Kontakt von Menschen, ihr gemeinsames Ziel, und das enge Zusammenarbeiten auch bewirkt, daß beide Erfahrungen zusammen mehr sind, als jede einzelne für sich, daß Verkrustungen und Denkschablonen aufzubrechen sind.

Die Kontakte zwischen Betriebsräten haben verhindert, daß Unternehmen im Westen erfolgreich Belegschaften gegen die »neue Konkurrenz« aufhetzen konnten. Arbeits- und Lebenskontakte zwischen Vertrauensleuten und Gewerkschaften haben es ermöglicht, daß Arbeitskämpfe ohne Übung und Vorwarnung geführt werden konnten. Es sind Kontakte zwischen Ost und West entstanden, die so zwischen Gewerkschaften im Westen eher selten bestehen.

In vielen Betrieben wurden nach der Wende neue Betriebsräte gewählt. In nicht wenigen Betrieben wurde den »bisherigen« Gewerkschaftern das Vertrauen ausgesprochen, trotzdem ist der Verlust an gewerkschaftlicher Substanz im Betrieb, der *brain-drain* unübersehbar. Zusammen mit der Zerschlagung der großen Kombinate ging die Zerschlagung gewerkschaftlicher Vertrauensleutestrukturen im Betrieb einher. Ein Neuaufbau wird schwierig sein und lange dauern.

Dazu kommt, daß gerade im politischen Bereich, bei BÜNDNIS 90 und der SPD, Gewerkschafter lange Zeit nach der Wende immer noch als »staatsnah« galten und in den Ortsvereinen der SPD von Tierärzten, Pfarrern, Ingenieuren und Selbständigen argwöhnisch betrachtet wurden. Eine echte Diskriminierung war ja wegen der demokratischen Bestätigung im Betrieb nicht möglich. Aber ein Vertrauen, das Gefühl von Gemeinsamkeit und die eigentlich nötige enge Zusammenarbeit beschränkte sich auf einzelne Personen.

Gewerkschaftsarbeit steht immer vor dem Problem, neben der Bewältigung einer konkreten Einzelfrage die Selbstverantwortlichkeit der Gewerkschaftsmitglieder als Ziel und Aufgabe mit umzusetzen. Die Delegation von Problemen an Hauptamtliche erhöht das Risiko der Unlösbarkeit der Probleme. Die gesunde Skepsis gegenüber den »Oberen« steht im Konflikt mit der Erfahrung aus 40 Jahren, daß die Obrigkeit, wenn sie nur will, auch alles kann. Die Erfahrung, daß eine Gewerkschaftsbewegung, selbst wenn sie will, nicht alles kann, sondern daß dazu der Machtkampf mit den Unternehmern notwendig ist, die auch ohne Argumente und unter Bruch des bürgerlichen Rechts ihre Macht durchsetzen können, war sehr schwierig zu vermitteln. Und, wie nicht anders zu erwarten, wurde die Schwäche – ihr könnt ja noch nicht einmal den Rechtsbruch der Arbeitgeber verhindern – als Schwäche der anderen, der IG METALL, der Gewerkschaften, nicht als gemeinsame, d. h. eigene Schwäche ausgelegt. Die zu hohen Erwartungen an »die Gewerkschaft«, die hohe Mobilisierungsfähigkeit der noch großen Belegschaften führten nach Abwicklung und Rechtsbruch, nach Zerschlagung und Arbeitsplatzverlust zur Kritik nicht am Täter, sondern am »Nichtverhinderer«.

Die Menschen, die sich als Opfer der politisch-ökonomischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg sahen und die den November 1989 als Aufbruch feierten, wurden nicht zu Siegern der Geschichte. Sie blieben Opfer, jedenfalls überall dort, wo die Betriebe geschlossen, zerschlagen, die Substanz vernichtet und ganze Regionen in Massenarbeitslosigkeit ohne jede Perspektive gestoßen wurde. Dies führte notwendigerweise zur Schuldsuche, aber wider Erwarten eben nicht zu einer politisierenden Kritik der herrschenden Verhältnisse, sondern oft genug zur unpolitischen Vereinfachung oder zum individualistischen Rückzug in Resignation oder Egoismus. Für eine generelle politische Auseinandersetzung z. B. mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, der Politik der Treuhandanstalt oder von Länderregierungen war nicht immer die Gemeinsamkeit aller Arbeitnehmer erzielbar. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes führte auch innerbetrieblich zu dem Auseinanderfallen zwischen den »Verlierern« und den »Gewinnern«. Unternehmer, die den Betriebsegoismus und »Inselmentalität« betonten, hatten angesichts der düsteren Perspektive durchaus Erfolge.

Hier zeigte sich sehr deutlich das Fehlen einer gemeinsamen aktiven Opposition und die fehlende Verbindung zwischen Bürgerbewegung, politischen Parteien und Gewerkschaft-

ten. Die Berührungsgängste untereinander behinderten das gemeinsame Auftreten, verhinderten gemeinsame Zukunftsentwürfe und erschwerten die Durchsetzbarkeit von Alternativen.

Den erschwerenden Bedingungen stand auf der anderen Seite die hohe Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen, die Fähigkeit zur Formulierung von Gemeinsamkeiten und die Bereitschaft, die gemeinsame Auffassung auch unter persönlichen Opfern durchzusetzen. Die Arbeitskämpfe der Werftarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 1991 für den 1. Tarifvertrag, im Frühjahr 1992 für den Stufenvertrag, in den folgenden Monaten für den Erhalt ihrer Standorte und Arbeitsplätze und 1993 gegen den Rechtsbruch der Arbeitgeber, wären nach »westlichen« Maßstäben kaum zu führen gewesen. Die Angst und z. T. die Gewißheit, den Arbeitsplatz zu verlieren, der hohe ökonomische Druck und die ernst zu nehmenden Drohungen von Arbeitgebern und Regierung, dann eben noch mehr Arbeitsplätze zu vernichten, konnten nicht durch Besänftigung oder Streikunterstützung aufgewogen werden. Betriebsräte und Belegschaften, die mit ihren Unternehmensleitungen vor dem Verlust von Aufträgen bangten und gleichzeitig den Streik gegen den Rechtsbruch organisierten, waren keine Seltenheit. Eine Bewegung wie »der Aufstand der Zwerge«, bei der Mittel- und Kleinbetriebe gemeinsame Aktionen und Kundgebungen zur Durchsetzung ihrer Forderungen durchführten, die Demonstration der Werftarbeiter, die zum Sturz des Ministerpräsidenten Gomolka führten, die Verhinderung der schlimmsten Zerschlagungspläne der Treuhandanstalt oder von westlichen Unternehmern, sind beispielgebend in der Geschichte der Gewerkschaften.

Und schließlich wurden trotz der brisanten ökonomischen Situation mit Null-Kurzarbeit, Qualifizierung statt Entlassung, Beschäftigungsgesellschaften, Trägergesellschaftsstrukturen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in neuer Form und mit neuen Inhalten Instrumente geschaffen, die in den 40 Jahren zuvor in den westlichen Bundesländern zwar schon gedacht, aber nie realisierbar waren. Diversifizierung und Konversion, Neuqualifizierung und Wechsel vom Gewerblichen zum Angestellten und umgekehrt, all dies ist gewerkschaftliche Wirklichkeit, die zeigt, daß die Arbeit der Kollegen und Kolleginnen in den Gewerkschaften in Ost-Deutschland mehr war als nur das Schlimmste zu verhindern, sondern in erheblichem Umfang auch das Gestalten von etwas Neuem.

# Bildschön und sicher. Die BfG Visa Photocard.



Jetzt gratis im BfG Card & Phone Konto.

**BfG·BankAG**

GRUPPE CREDIT LYONNAIS

Fragen Sie nach  
dem Giro-Konto  
im Supersparpaket!

# Thema: Nach-68er lesen linke Klassiker

THOMAS HOEPS / RENÉ LINKE

Karl Marx:  
Manifest der Kommunistischen  
Partei (1848)

## 1. Sentimental Journey

Ich stelle mir vor. Marx in Brüssel, die Feile am jagenden Text. Draußen die geometrische Ordnung eines klirrenden Januartages, so hell und licht und klar wie das Wissen um die nahende Revolution, das Marx antreibt. Hinter ihm und Engels liegen die mühseligen Theoriekämpfe im Bund. Jetzt die Euphorie, Geschichte in ungeheurer Beschleunigung, schon hört er die Signale zu einer proletarischen Revolution, während die Lieder der 48er noch gedichtet werden. Mit jedem Satz, jeder seiner monumentalen Formulierungen sieht er die Arbeiterklasse zu sich selbst kommen. Auf seinen Papieren fügen sich die täglich einlaufenden Nachrichten zur objektiven Logik geschichtlicher Prozesse. Es erhebt sich das revolutionäre Subjekt, die Ketten werden gesprengt, der Sieg ist unausweichlich, Marx auf den Bahnhöfen von Brüssel, Paris, Köln, Berlin.

Ich stelle mir vor. Marx 1851 in London. Und Ende der 1970er: Dutschke in Arhus. Marcuse in San Diego.

10. Februar 1995, aus einem Brief an Christian Geissler: »Manchmal beneide ich Euch Ältere, weil Ihr wenigstens eine Zeitlang hoffen konntet, mit Tat etwas zu ändern. Jetzt sitzen wir hier mittendrin, sind vielleicht durch Euer Handeln schlauer, und dann?! Aber beneiden ist natürlich Quatsch, der einzige wesentliche Unterschied ist, daß ich vermutlich noch dreißig Jahre mehr als Du vor mir hab.«

## 2. Geschichte

Ein Satz für die orthodoxe Gebetsmühle:  
*Die Geschichte aller bisherigen Gesell-*

*schaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.* Das gespenstisch zukunftsichere Urteil des HISTOMAT fand seinen Endpunkt im leninistischen Totenkult, das Proletariat im Mausoleum. Tatsächlich war nichts ungewisser in der marxistischen Theorie als die über die Hegelsche Erblast vermittelten geschichtsphilosophischen Gewißheiten. Von Marxens konkretistisch-linearer Verknüpfung der ökonomischen Kritik mit der Klassenkampftheorie bis hin zu Marcuses verzweifelter Suche nach einem Proletariatsersatz blieb die optimistische Gewißheit ebenso wie die vage Hoffnung auf den rettenden Totalumschlag gebunden an ein zu sich findendes historisches Großsubjekt.

Heute, gegenüber den frei flottierenden Kapitalströmen eines anonym operierenden Weltwirtschaftssystems, erscheint selbst die von anschaulichem Elend entbundene, aus der Stellung zu den Produktionsmitteln hergeleitete Klassentheorie als klappernder Anachronismus.

Keine Klasse, nirgends. Aber überall das triumphierende Kapital, dessen Eigener schon Marx hymnisch zu schildern mußte:

*Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt (. . .). Sie zwingt alle Nationen die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zu Grunde gehen wollen; sie zwingt sie die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.*

### 3. Arbeit

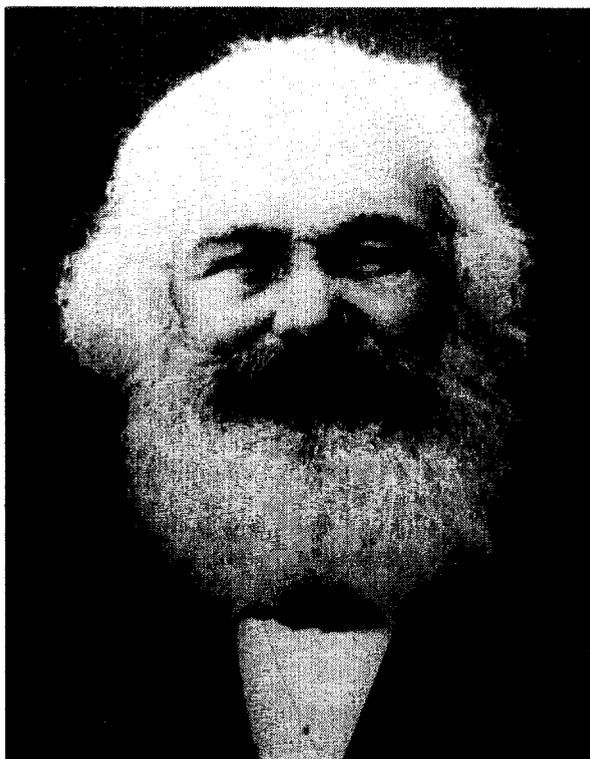
*Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine. . .*

Die Klage, der Arbeiter fühle sich erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich, orientierte sich schon zu Marx' Zeiten am vorkapitalistischen Wertemuster einer Handwerkerromantik. Das Verschwinden der lebendigen Arbeit macht nicht nur die ökonomische Kategorie der Arbeit als zentrale Form gesellschaftlicher Synthesis fragwürdig, es nimmt zugleich dem Zentralkonflikt zwischen Kapital und Arbeit die aufsprengende, negatorische Kraft. Weder braucht der Arbeiter die Maschine zu bedienen, um bis in die intimsten Regungen hinein nach der gesellschaftlichen Maschinerie geformt zu werden, noch braucht im Zuge der Automation sie ihn, um den Akkumulationsprozeß voranzutreiben. Von der Bestimmung des Menschen als *animal laborans* bleibt am Ende der Arbeitsgesellschaft allenfalls die äußerste Entfremdung, ohne Gewähr auf einen intakten Kern. Entäußerte der Marxsche Mensch in der arbeitsteiligen Produktion seine Wesenskräfte, so ist er nun im wesentlichen ein Äußeres. Er verschwindet zwischen industriablem Humankapital und Kaufkraft. Wer heute den Menschen denken will, muß die Maschine denken.

### 4. Midäische Wüsten

Wo ist der Feind, wo der noch selbstvergessene, künftige Freund. Überall sind die medial verstrahlten Glückssimulationen haarklein imitiert wiederzufinden: in den Gesichtsgroßbränden vor den Schaufenstern der Fußgängerzonen, in den Heldenträumen hinter den verspiegelten Türen der Banken, im ehernen Burgfrieden hinter der Reihenhaufentfront.

Mit durchschlagendem Erfolg wandelt sich der Überfluß zur elementaren



Karl Marx, 1882

Foto: dpa

(Über-)Lebensnotwendigkeit. Und der Preis unserer Grundnahrungsmittel ist Unrecht und Unfreiheit weltweit. Derweilen marschiert in den Metropolen das Heer der Ausgestoßenen, Abgeschobenen und Ausgemusterten, jeder für sich gegen die fixe Idee des eigenen Versagens, in der verlorenen Hoffnung auf eine persönliche Chance. Im Kampf um die permanente Befriedung durch Betäubung ist die Selbstausslöschung erste Bringschuld. Im Gegenzug projiziert ein Netzwerk aus Kapital, Politik und Medien Leben auf die Totenmaske, ehe die Starre allzu auffällig wird. Hinter der Blende aber wütet eine Verwertungs politik der verbrannten Erde.

### 5. Aussprache

Der Neo-Liberalismus vertraut darauf, daß es in der einzelnen Gesellschaft keinen einheitlichen Umschlagplatz mehr gibt, an dem das Elend seinen Namen finden könnte, geschweige denn die poli-

tische Handlung ihren verbürgten Sinn. Deregulation heißt seine immergleiche Antwort auf alle politischen Fragen. Neu ist hingegen, daß im sozialen Design der Erlebnisgesellschaft inzwischen selbst auf die integrative Kraft der befriedenden Belohnung verzichtet werden kann.

Wird dort die Zukunft der Gesellschaft dem Kapital direkt überantwortet, gewährt ein reformökologischer Aktivismus nicht mehr als eine Fristverlängerung. Die *Winkelreformer der buntscheckigsten Art* drücken sich mit dem Hinweis auf ›Realitäten‹ vor den Daten der ökologischen Katastrophe. Der Satz *Sie haben eine Welt zu gewinnen* hat angesichts des erreichten und erreichbaren Zerstörungsgrades seinen metaphorischen Charakter längst verloren. Eigentlich wäre die Verhinderung der Weltvernichtung nur noch in der sofortigen Umwälzung aller bestehenden Wertverhältnisse zu denken.

Eine solche Revolution aber wäre nach Benjamin nicht mehr die »Lokomotive der Weltgeschichte«, sondern »der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse«. Sie folgte einem Entwurf von Fortschritt, der »der Inbegriff aller ernsthaften Versuche [wäre], die auf der Strecke gebliebenen, abgeschobenen, verheimlichten Fragen der Vergangenheit als Fragen an die Gegenwart und an die Zukunft zu begreifen. Er wäre Aufmerksamkeit für das Unerledigte und Unerfüllte, nicht für das Niedagewesene« (*Negt*).

## 6. Prolog

Unser Dilemma: Auf der planen Oberfläche der Gesellschaft sind weder Orte noch Akteure des Einspruchs zu erkennen. Die traditionellen Oppositionsformen – vom Gewerkschaftskabarett bis zur ritualisierten Militanz – halten sich als gleichsam informelle Staatsorgane an feste Öffnungszeiten. Nichts Unerwartetes passiert mehr und alles, was jetzt gesendet wird, ist im Recht gegenüber allem Vorherigen.

Gegen diese Legitimation qua Prä-

senz richtete sich eine Strategie des Erinnerns. Sie entwürfe die ›Utopie im Rückspiegel‹, stelle das Neue als immergleiche Wiederholung bloß und zeigte das Vergangene als offene Frage. Ihr läge ein anderes Verhältnis von Anpassung und Widerstand zugrunde, d. h. sie markierte innerhalb der offiziellen Bilderwelten Risse und Bruchstellen. Ein Modell dieser Strategie wären die Beiträge Alexander Kluges. Er erkannte die Nachlässigkeiten der Mediengesetzgebung und besetzt die Kanäle mit Verfremdung, indem er Sprach- und Bildkonstellationen schafft. Aber auch Übersteigerung und Verdrehung des Bekannten, wie sie in den humanistischen Dunkelmännerbriefen ihre erste Form fanden, provozieren Fremdheit, verzerren die einverständliche Kommunikation.

Eine revolutionäre Situation ist nicht in Aussicht, aber die Lieder der Herrschaft zu kennen, ist immer noch die Verantwortung der jeweils Lebenden. Denn, das wußte schon Marx, man muß den versteinerten Verhältnissen solange ihre eigene Melodie vorspielen, bis sie anfangen zu tanzen.

CILJA HARDERS

Friedrich Engels:

Die Lage der arbeitenden Klasse in England 1844/45

Gerade 24jährig, schrieb Engels, von einem knapp zweijährigen Aufenthalt in Manchester zurückgekehrt, mit *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*<sup>1</sup> seinen ersten größeren Text und vollbrachte damit gleichzeitig, wie sein Kritiker und Übersetzer Henderson anmerkt, seine »größte schriftstellerische Leistung«<sup>2</sup> (*William Henderson*). Diese Studie trägt in vielerlei Hinsicht »den Stempel der Jugend des Verfas-

sers«, wie der alte Engels im Vorwort zur englischen Ausgabe von 1892 freimütig zugibt. Die »Lage« ist ein polemisches Buch, eine 300 Seiten starke Anklage der englischen Bourgeoisie, eine emphatische Beschreibung des ArbeiterInnenelends und eine engagierte Verteidigung der in kürzester Zeit erwarteten Revolution der ProletarierInnen. Engels Prognosen haben sich zum Großteil nicht bewahrt, viele seiner Daten und Quellen haben sich als falsch erwiesen, und die in Ansätzen vorhandenen theoretischen Implikationen des Widerspruchs von Kapital und Arbeit sind später von Marx profunder und detaillierter entwickelt worden. Welche Anregungen also kann dieser Text über seinen unbestreitbaren Wert als sozialhistorisches Dokument hinaus gut 150 Jahre nach seiner Entstehung noch geben?

## I.

Engels hat bereits mit 19 Jahren in den *Briefen aus dem Wuppertal* unter dem Pseudonym Friedrich Oswald eine erste kleine Studie über ArbeiterInnen in Wuppertal geschrieben, in der sich die besondere Qualität seines späteren Werkes schon zeigt. Engels ist in den *Briefen* wie in der *Lage* parteilich und gerade deshalb mit einem scharfen Blick für Details und ihre Einbettung in gesamtgesellschaftliche Verhältnisse begabt. Ihn interessiert der Speisezettel schlecht entlohnter FabrikarbeiterInnen in den Slums von Manchester ebenso wie die physischen Folgen katastrophaler Arbeitsbedingungen in den Bergwerken von Schottland und Wales. Alkoholismus, Prostitution und Gewalt werden nicht mit dem Ausdruck moralischer Überlegenheit eines voyeuristischen Fabrikantensohnes geschildert, sondern als gesellschaftliche Wirklichkeit zur Kenntnis genommen. Im Verhältnis zu anderen Schriften der Zeit hat er ein erstaunlich selten rassistisch, frauenfeindlich, antisemitisch oder darwinistisch argumentierendes Buch geschrieben und gibt gleichzeitig eine erfrischende Lektion in politischer Polemik.

Engels wendet sich den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der englischen ArbeiterInnenklasse zu, weil er ihre Geschichte und ihren aktuellen Zustand als exemplarisch begreift, aus deren Analyse sich Erkenntnisse über die Folgen der Industrialisierung insgesamt ableiten lassen. Hier zeigen sich Not und kommende Befreiung in Form einer Revolution in ihrer höchsten Entwicklungsstufe (232). Die Studie beginnt mit einem historischen Abriss, der in weiten Teilen die Zusammenfassung einer Arbeit von Peter Gaskell ist.<sup>3</sup> Der vorindustrielle Zustand erscheint darin geradezu idyllisch – eine Fehleinschätzung, die nur aus dramaturgischer Sicht heute noch zu rechtfertigen wäre, weil das vorindustrielle Glück das Elend der Modernisierung um so deutlicher hervortreten läßt. In den folgenden elf zumeist empirisch angelegten Kapiteln stehen das industrielle Proletariat und seine Überlebensbedingungen im Vordergrund, ergänzt durch Beschreibungen der ArbeiterInnen außerhalb des »Fabriksystems« und ihres Gegenspielers, der Bourgeoisie. Die theoretischen Ausführungen zu Lohnfragen, Handelskrisen und dem daraus entstehenden Lumpenproletariat beschränken sich auf das Kapitel über die Konkurrenz und in die empirischen Beispiele eingearbeiteten Analysen. Engels schreibt in einem Tonfall der beständigen Empörung, der die zusammenfassende Wiedergabe seiner Milieustudie vor ein sprachliches Problem stellt: hart an der Grenze zwischen Mitgefühl und Kitsch müßten seine Beobachtungen nachvollzogen werden, ohne den Schwung und den Glanz des Originals je zu erreichen. Es bleibt deshalb hier nur die Arbeit mit ausführlichen Zitaten.

Das Kapitel über »Die großen Städte« gehört zu den dichtesten und mitreißendsten der Studie, in dem Engels nicht nur Allgemeingültiges über den Zusammenhang von Städtebau und politischer Herrschaft, sondern auch über das anonymisierte Leben in Metropolen sagt (257). Er konzentriert sich vor allem auf Manchester, um seine eigenen empirischen Erfahrungen nutzbar zu machen.

So beschreibt er etwa ein Elendsviertel in der Altstadt Manchesters zunächst aus der Vogelperspektive, um seine LeserInnen nachher auf ausgedehnte Spaziergänge in eben dieses Viertel mitzunehmen: »Die Aussicht von dieser Brücke – zartfühlenderweise von einer mannshohen gemauerten Brustwehr den kleineren Sterblichen verhüllt – ist überhaupt charakteristisch für den ganzen Bezirk. In der Tiefe fließt oder vielmehr stagniert der Irk, ein schmaler, pechschwarzer, stinkender Fluß, voll Unrat und Abfall, den er ans rechte, flachere Ufer anspült; bei trockenem Wetter bleibt an diesem Ufer eine lange Reihe der ekelhaftesten schwarzgrünen Schlammputzen stehen, aus deren Tiefe fortwährend Blasen miasmatischer Gase aufsteigen und einen Geruch entwickeln, der selbst oben auf der Brücke, vierzig oder fünfzig Fuß über dem Wasserspiegel noch unerträglich ist« (282).

Engels ist aller Fehleinschätzungen und Schlamperereien zum Trotz ein sehr gewissenhafter Berichterstatter, der aus dem Impuls heraus, das Elend umfassend zu schildern, tatsächlich erstaunlich wenig vergißt.<sup>4</sup> Ihn interessiert alles, von der Kleidung über den Bierkonsum bis hin zur Dicke der Ziegel, wenn es der Argumentationslinie angepaßt und in ein polemisches Fazit gegossen werden kann: »Wenn man sehen will, wie wenig Raum der Mensch zum bewegen, wie wenig Luft – und welche Luft! – er zum Atmen im Notfall zu haben braucht, mit wie wenig Zivilisation er existieren kann, dann hat man nur hierher zu kommen« (285). Solche Schilderungen und ihr engagierter Tonfall dürfen Gültigkeit beanspruchen, solange es Armut gibt, weil sich an der Würdelosigkeit dieses Zustandes weltweit nur wenig geändert hat, auch wenn es in England heute anders aussieht.

Engels' analytischer Zugang zu den von ihm beschriebenen Phänomenen bleibt aber widersprüchlich. Er schwankt regelmäßig zwischen Erklärungsmustern, die den sozialen und politischen Zusammenhängen nachspüren und solchen, die die Arbeiter und Arbeiterinnen substan-

tialisieren und naturalisieren. Die hintergründige Annahme über eine »Kultur der Armut« steht neben historisch-dialektischen Erklärungsversuchen, wenn er etwa über Kriminalität schreibt: »Wirken die Ursachen, die den Arbeiter demoralisieren, stärker, konzentrierter als gewöhnlich, so wird er mit derselben Gewißheit Verbrecher, mit der das Wasser bei 80 Grad Réaumur aus dem tropfbarren in den luftförmigen Aggregatzustand übergeht« (356).

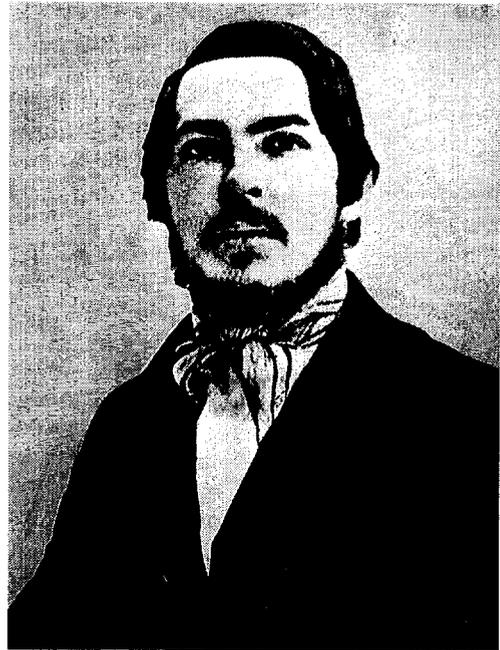
Engels geht aller Offenheit und Toleranz zum Trotz in zeitgenössische Denkfallen. Seine Anti-Irische-Polemik etwa nimmt einen geläufigen Rassismus der Zeit auf und verhindert leider eine etwas umfassendere Analyse. Er beschreibt zwar die Folgen der irischen Auswanderung für den englischen Arbeitsmarkt, erkennt aber nicht, daß der Irenhaß auch eine ideologische Waffe der Bourgeoisie ist. Engels geht sogar so weit, den IrInnen die Schuld an der Lage der englischen ArbeiterInnenbewegung zu geben und argumentiert damit ähnlich wie seine Feinde, denen die IrInnen willkommene Sündenböcke sind. »Denn wenn in fast jeder großen Stadt ein Fünftel (. . .) der Arbeiter Irländer (. . .) sind, so wird man sich nicht darüber wundern, daß das Leben der ganzen Arbeiterklasse, ihre Sitten, ihre intellektuelle und moralische Stellung, ihr ganzer Charakter einen bedeutenden Teil von diesem irischen Wesen angenommen hat, so wird man begreifen können, wie die schon durch die moderne Industrie (. . .) indignierende Lage der englischen Arbeiter auf eine hohe Stufe der Entwürdigung gesteigert werden konnte« (323). Das Schwanken zwischen Klischee und Analyse mündet in vielen Passagen in eine Kritik gesellschaftlicher Strukturen, die zwar zum Determinismus neigt, aber immerhin auch auf Ursachen verweist und nicht, wie damals gern praktiziert, beim obskuren »Nationalcharakter« stehenbleibt.

Ähnliches zeigt sich auch, wenn es um Geschlechterverhältnisse geht. Einerseits widmet Engels den Arbeitsverhältnissen von Arbeiterinnen ausführliche Beschreibungen (368 ff.). Er zeigt,

wie Frauen- und Kinderarbeit eingesetzt wird, um Löhne zu drücken, spricht über die physischen Folgen entwürdigender Arbeitsbedingungen wie etwa das Ausbleiben der Menstruation, häufige Fehlgeburten durch Arbeit bis zum Tag der Geburt, Probleme beim Stillen oder sexuelle Belästigung durch Fabrikbesitzer und Kollegen. Er durchschaut den Charakter der Hausarbeit und rafft sich sogar zu einer Patriarchatskritik auf (371), konterkariert diese Bemühungen aber durch sein konventionelles Frauenbild (368), wie es sich vor allem in der Beschreibung der Auflösung der Familie durch die Erwerbsarbeit beider Ehepartner zeigt. Auch Engels schwebt hier am Ende das klassische Hausfrauen- und Muttermodell vor, und die Tatsache, daß Männer Hausarbeit erledigen, weil ihre Ehefrauen das Geld verdienen, scheint fast das schlimmste Verbrechen der Industrialisierung zu sein. Zumindest zeigt Engels tiefes Verständnis für die »gerechte Entrüstung« der englischen Arbeiter über die »tatsächliche Kastration« des Mannes durch Hausarbeit.

## II.

Engels' Schrift wurde vor dem Hintergrund einer sich öffentlich konsolidierenden sozialistisch-kommunistischen Bewegung und der gleichzeitig entstehenden bürgerlichen Reaktion interessiert aufgenommen. Zwischen Zeitgenossen, die vor dem verderblichen Einfluß des Sozialismus warnen und Engels »Galgen« und »Scheiterhaufen« wünschen, und den überaus positiven Reaktionen der radikaldemokratischen und sozialistischen GesinnungsgenossInnen würdigten weniger mordlustige Konservative den Detailreichtum und die übersichtliche Strukturierung des Werkes. So widmet die konservative ALLGEMEINE PREUSSISCHE ZEITUNG dem Engelschen Erstling eine ausführliche Rezension, die Engels' Theorie der wiederkehrenden Handelskrisen interessiert zur Kenntnis nimmt, aber nicht umhin kommt, ihre Leser und Leserinnen vor den »krankhaften sozialistischen Grundsätze(n) unserer Zeit« zu



Friedrich Engels, um 1850

Foto: dpa

warnen.<sup>5</sup> Trotz der politischen Außenseiterposition ihres Autors erreicht Engels' Schilderung eine solche Glaubwürdigkeit, daß selbst seine Feinde aus der englischen Erfahrung Schlüsse ziehen wollen, die allerdings das Gegenteil der revolutionären Hoffnungen ihres sozialistischen Gewährsmannes darstellen: Alfred Freiherr von Bibra etwa empfiehlt seinem sächsischen Landesherrn nach der Lektüre sozialpolitische Maßnahmen, um das Heranwachsen eines deutschen Proletariats von vornherein zu verhindern.<sup>6</sup>

## III.

Marx schreibt 1863, knapp 20 Jahre nach dem Erscheinen der *Lage* mit leisem Bedauern: »Wie frisch, leidenschaftlich, kühn vorausgreifend und ohne gelehrte und wissenschaftliche Bedenken wird hier die Sache gefaßt! Und die Illusion selbst, daß morgen oder übermorgen das Resultat auch geschichtlich ans Tageslicht springen wird, gibt dem Ganzen eine Wärme und lebenslustigen Humor – wogegen das spätere »Grau in Grau« verdammt unangenehm absticht.«<sup>7</sup> Einmal

abgesehen von der Einsicht des Meisters selbst in den eher gräulichen Charme der politischen Ökonomie, stellt sich hier die Frage, ob Engels' bester Freund aus den Nöten des Engelsschen Erstlings lauter Tugenden macht, indem er die unbestreitbare Parteilichkeit des Werkes unter Frische und Leidenschaft, die Schlampereien unter wissenschaftlicher Bedenkenlosigkeit und die Fehleinschätzung der Lage als warme und humorvolle Illusion verbucht – womit wir wieder am Ausgangspunkt der Überlegungen angelangt wären. Warum sollte Engels Studie heute noch gelesen werden?

Sicherlich nicht, weil sie theoretisch-inhaltliche Anregungen bietet. In der *Lage* verfügt Engels über Polemik und die Begrifflichkeiten liberaler Nationalökonomien hinaus über kein angemessenes Instrumentarium zur theoretischen Analyse seiner empirischen Befunde. Im Keim sind zwar alle entscheidenden Grundgedanken des historischen Materialismus angelegt, werden aber in den Marxschen Schriften schärfer gefaßt.

Aus literaturhistorischer Perspektive lohnt die Lektüre schon eher, weil die *Lage* zu den wichtigen Dokumenten der frühen sozialistischen Debatte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts zählt. Sie läutet nicht nur den Beginn einer ausgedehnten intellektuellen Auseinandersetzung über politische Utopien in Deutschland ein, sondern beendet auch die philanthropische Armenforschung und steht insofern auch für wichtige soziologische Innovationen. Und sie bildet nicht zuletzt den Auftakt einer fruchtbaren theoretischen und praktischen Zusammenarbeit von Marx und Engels.

*Die Lage der arbeitenden Klasse in England* bietet aber vor allem ein vernünftiges Leseerlebnis, an das sich aus Sicht der heutigen Sozialwissenschaft methodisch anschließen ließe. Das Bekenntnis zur eigenen Parteilichkeit und die Offenlegung des Erkenntnisinteresses gehören heute nicht nur in der feministisch inspirierten qualitativen Sozialforschung zum notwendigen Standard einer jeden empirischen Studie. So schreibt Engels über die *Lage* im No-

vember 1844 an Marx: »Ich werde den Engländern ein schönes Sündenregister zusammenstellen; ich klage die englische Bourgeoisie vor aller Welt des Mordes, Raubes und aller übrigen Verbrechen in Masse an (. . .) Übrigens versteht sich, daß ich den Sack schlage und den Esel meine, nämlich die deutsche Bourgeoisie, der ich deutlich genug sage, sie sei ebenso schlimm wie die englische, nur nicht so couragiert, so konsequent und so geschickt in der Schinderei.«<sup>8</sup>

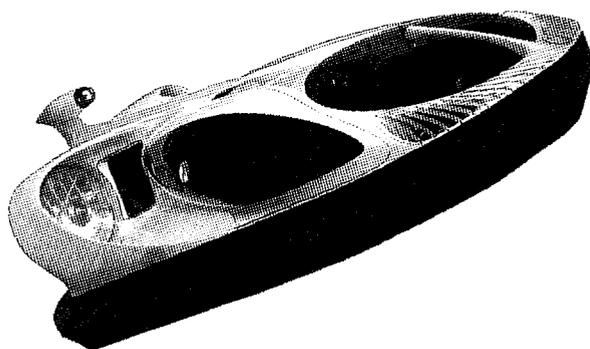
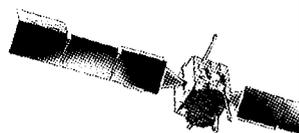
Engels führt außerdem sehr schön vor, wie an sich trockene empirische Schilderungen durch die Verbindung unterschiedlicher Methoden zu einem lebendigen und umfassenden Bericht werden können. Er wertet eine Vielzahl unterschiedlicher schriftlicher Quellen vom Parlamentsbericht über Armenstatistiken hin zu den wissenschaftlichen Werken seiner ärgsten Gegner aus, zeichnet Stadtpläne, bezieht seine eigenen Beobachtungen und Gespräche ein und läßt, selten zwar, aber immerhin, Arbeiter selbst zu Wort kommen. Dadurch, daß er nicht allein das Proletariat beschreibt, sondern auch die englische Bourgeoisie, die nationale und internationale Wirtschaftsentwicklung und ihre Auswirkungen auf alle beteiligten Akteure einbezieht, erreicht er eine Perspektivenvielfalt, die es erlaubt, nicht nur einfache kausale Zusammenhänge, sondern auch dialektische und widersprüchliche Entwicklungen ansatzweise zu erklären. Eine solche Mehrdimensionalität, so fehlerhaft sie im Detail auch sein mag, kann durchaus auch für heute entstehende empirische Studien als beispielhaft gelten.

Die Prognosen, die Engels wagt, tragen sicherlich zur erstaunlich großen Glaubwürdigkeit seiner Studie bei und weisen gleichzeitig auf ein altes Problem sozialwissenschaftlicher Empirie. Wenn die Analyse stimmt, dann sollte ein Blick auf die zukünftige Entwicklung möglich sein, zumal solche Weitsicht die Schlagkraft des Arguments erhöht. Das stete Scheitern von Prognosen konfrontiert die Sozialwissenschaft mit der bitteren, aber hilfreichen Erkenntnis, daß die komple-

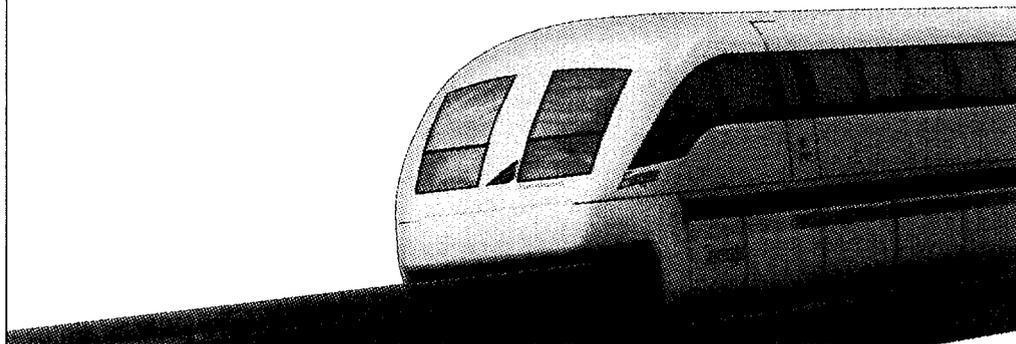


Rund 650.000.000.000 Kilowattstunden Strom haben wir unseren Kunden seit Ausgabe der ersten VEW-Aktie 1966 geliefert. So bringen wir die Zukunft in Bewegung.

# EINE DYNAMISCHE LEISTUNG!



## VEW



xen Strukturen gesellschaftlicher Wirklichkeit auch mit feinstem Instrumentarium nur ansatzweise erfassbar sind. Diese Einsicht scheint mir zumal nach dem »Ende der großen Theorien« für das Selbstverständnis sozialwissenschaftlicher Arbeit von Bedeutung zu sein.

Aber Engels schreibt nicht allein gegen die Borniertheit der Bourgeoisie an, sondern auch gegen die Langeweile in der politischen Ökonomie, gegen den gespreizten Ton, gegen das Halbwissen, gegen den pseudowissenschaftlichen Duktus zeitgenössischer sozialistischer wie konservativer Werke und gegen die Hilflosigkeit politischer Agitation. Die *Lage* ist in dieser Hinsicht ein hervorragendes Beispiel gelungenen politischen Schreibens, da Engels sich offensichtlich über die Lesbarkeit seiner Studie Gedanken gemacht hat. Er verzichtet weitgehend auf gestelztes Fachvokabular, Bandwurmsätze und andere sprachliche Verfehlungen, durch die sich Wissenschaftssprache eben auch schon damals auszeichnete. Statt dessen übt er sich in anschaulichen Beispielen, klaren Formulierungen, Ironie und Polemik und produziert auf diesem Wege einen aller Längen und Redundanzen zum Trotz sehr unterhaltsamen politischen Text. Darin liegt seine Qualität, heute wie vor 150 Jahren.

#### Anmerkungen:

- 1 Hier wird der in den MEW, Band 2, S. 225–506 abgedruckte Text zitiert.
- 2 William Henderson: *Friedrich Engels in Manchester*, in: *Friedrich Engels 1820–1970*, Bonn 1970, S. 28
- 3 Peter Gaskell: *The Manufacturing Population of England*, 1833.
- 4 Zu manipulierten Zahlen und unsauber verarbeiteten Quellen vgl. Henderson, a.a.O.
- 5 Rezension vom 31. 10., 1. 11., 7. 11. 1845
- 6 Zit. nach Jürgen Kuczynski: *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Berlin 1960, Bd. 8, S. 166.
- 7 MEGA III, 3, S. 3.
- 8 MEW 27, S. 10 f.

LINDA PIEPER

### August Bebel: Die Frau und der Sozialismus (1878)

August Bebels Buch *Die Frau und der Sozialismus (1878)* gehört zu den maßgeblichsten und populärsten Schriften der Sozialdemokratie und hatte prägenden Einfluß auf die Einstellung der Arbeiterschaft zur Frauenemanzipation – im positiven wie im negativen Sinne. Zwischen 1878 und 1929 erschienen 50 Auflagen, sechs davon unter den rigiden Zensurvorschriften der Bismarckschen Sozialistengesetze, auch aus verlegerischer Sicht war das Buch also ein Erfolg. Die Arbeit an dieser Schrift über drei Jahrzehnte hinweg macht sie zu Bebels literarischem Lebenswerk. Gemeinsam mit Engels *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (1884)* schuf sie die Voraussetzungen für die Formulierung einer Frauenemanzipationstheorie im Kontext der sozialistischen Arbeiterbewegung.

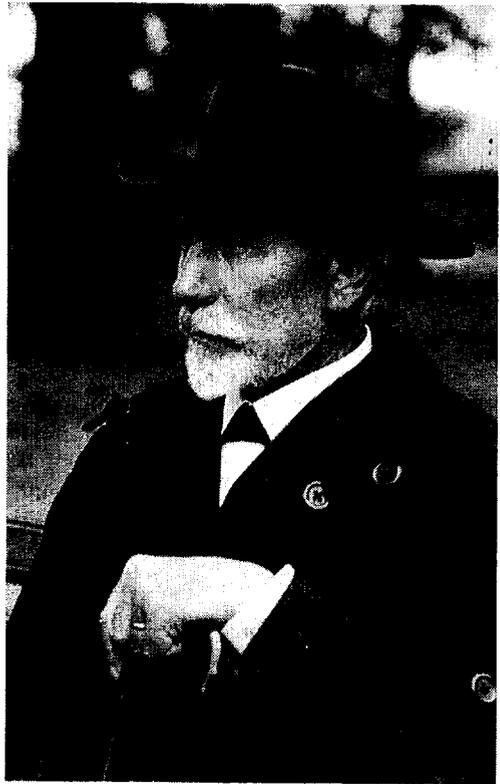
Welche Bedeutung hat nun aber *Die Frau und der Sozialismus* für die Diskussion des ausgehenden 20. Jahrhunderts? Welche Rolle hat sie im Rückblick für die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung gespielt? Der Auffassung Clara Zetkins folgend, soll das Buch vor allem »nach der Zeit beurteilt werden, in der es erschien«. Daraus ergibt sich von selbst die Kritik einiger Thesen und ihres Niederschlags in Organisation und Inhalten der sozialistischen Frauenbewegung.

Frühe sozialistische Autoren wie Saint-Simon, Owen und Fourier schlossen die Frage nach der Stellung der Frau in ihre Theorien mit ein. Sie beschränkten sich aber zumeist auf vage, wenn auch mit großer Emphase vorgetragene Gedanken zu Ehe und Erziehung etc. Der Theoretiker, der die Arbeiterbewegung in ihrer Einstellung zur Frauenemanzipation vor Bebel am direktesten beeinflusste, war Pierre-Joseph Proudhon. Er jedoch vertrat dazu äußerst kon-

servative Ansichten und meinte, die Gleichstellung von Frauen und Männern bedeute das Ende der Ehe als Institution und »den Ruin des menschlichen Geschlechts«. In diesen Zusammenhang gehört die antifeministische Haltung der Lassalleaner in der deutschen Arbeiterbewegung ebenso wie die Ablehnung von Frauenarbeit durch die I. Internationale. Große Teile der Arbeiterschaft sahen in ihr nur die Konkurrenz zur männlichen Erwerbsarbeit und betrachteten sie als unvereinbar mit dem weiblichen Wesen und der Funktion als Hausfrau und Mutter. Im Kanon der »klassischen« marxistischen Schriften erscheint die Emanzipation der Frau ebenfalls nur als peripheres Problem, als Facette der destruktiven Auswirkungen des Kapitalismus auf die Familie.

Dementsprechend war die spätere offizielle sozialistische Frauenemanzipationstheorie nicht eine Theorie zur Befreiung der individuellen Frau, sondern zielte vielmehr auf die Umgestaltung der Familie ab. Marx selbst verstand wie so viele Autoren nach ihm den männlichen Arbeiter als Grundelement der Gesellschaft. Die Arbeit von Frauen und Kindern erschien ihm unnatürlich und bedeutete in ihrem Einfluß auf Moral und Lebensbedingungen eine schwere Beeinträchtigung. Für sozialistische Arbeiterinnen boten die Theorien ihrer politischen Führer also eher spärliche Möglichkeiten zur Identifikation.

Hier nun liegt einer der Verdienste August Bebels bzw. seines Buches. Mit der detaillierten Darstellung der Unterdrückung der Frau von der Urgesellschaft bis zum kapitalistischen Staat gab das Buch den Frauen nicht nur ein Stück eigener Geschichte zurück, sondern bot ihnen Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage, immer verbunden mit der Erwartung einer kurz bevorstehenden Auflösung der alten Gesellschaft. Bebel zeigte, daß die Mechanismen der Unterdrückung seit Jahrtausenden dieselben geblieben waren. Gleichzeitig stellte er den Schilderungen der bedrückenden Gegenwart im Kapitalismus, in denen sich die meisten seiner Leserinnen und Leser



Frauenspezialist Bebel

Foto: dpa

wiederfinden konnten, die Vision eines Zukunftsstaates in schillernden Farben gegenüber. Gleichberechtigung und Glück der Frauen waren bei ihm jedoch an die Erringung dieses sozialistischen Zukunftsstaates gebunden. Bebel forderte von den Frauen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in den Organisationen der Arbeiterbewegung. Als oberstes organisatorisches Prinzip vertrat er die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung, der »alle Sonderinteressen untergeordnet werden müssen«. (Mensch beachte die Bezeichnung *Sonderinteressen* für die Belange der Bevölkerungsmehrheit!) Die Frauenfrage war für Bebel in der allgemeinen sozialen Frage aufgehoben. Ähnlich wie Marx und Engels konnte er sich einen Konflikt zwischen den Geschlechtern *innerhalb* der Arbeiterbewegung nicht vorstellen. Immerhin billigte er aber einer proletarischen Frauenbewegung eine, wenn auch stark eng begrenzte, Existenzberechtigung zu und

lehnte sie nicht grundsätzlich als unnötige Zersplitterung ab.

Mit Rücksicht auf die Vorurteile der Genossen und Arbeiter vertrat Bebel die Ansprüche der Frauen auf Gleichberechtigung in sozialdemokratischem Milieu in sehr moderater Form und als langfristige Perspektive. Als »Nebenwiderspruch der Geschichte« und verschoben auf die Zukunft nach dem Ende des Kapitalismus wirkte die Frauenemanzipation aus Sicht der Männer angenehm entschärft. Allgemein gilt dieses defensive Argumentieren als Ausdruck taktischer Überlegungen, um in der SPD überhaupt Unterstützung für die Frauenfrage zu gewinnen. Daneben entsprach es aber ebenso der persönlichen Einstellung Bebels. Trotz aller Progressivität und Weitsicht blieb er natürlich immer ein Mann seiner Zeit und konnte sich nie von den herrschenden Vorurteilen über Natur und Charakter der Frau, der Ehe und der Familie lösen.

So enthielt seine Vorstellung von »ererbten Anlagen« – gemeint ist die Vererbbarkeit sozialer Eigenschaften – deutlich darwinistische Elemente, die im Widerspruch stehen zur sonst hervorgehobenen ökonomischen Grundlage von Charakter und Verhalten. In den ersten Auflagen seines Buches behauptete Bebel noch, die Unterwerfung der Frau sei die Folge ihrer mütterlichen Funktion, weil sie während Schwangerschaft und Geburt auf den Schutz des Mannes angewiesen sei. Diese Aussage revidierte er im Laufe der Zeit, anders dagegen die enge Bindung von (weiblicher) Sexualität an die monogame Ehe, die noch in der 50. Auflage eine wichtige Rolle spielt. Er entwarf zunächst äußerst progressive Ideen zur Bedeutung der Sexualität für die Entwicklung des Individuums, auch des weiblichen, was das damals radikal Neue ausmacht. Dann band er das Ausleben der Sexualität jedoch fest an staatlich legitimierte Zweierbeziehungen, d. h. unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen an die Ehe. Selbst in seiner Version vom sozialistischen Zukunftsstaat verwarf Bebel jede andere Form des Zusammenlebens von Männern

und Frauen und ging stillschweigend davon aus, daß die zukünftigen, frei geschlossenen Ehen ein Leben lang halten würden. Das ist nur eine von vielen Passagen, an denen sich seine im Kern bürgerliche Einstellung zum Geschlechterverhältnis manifestiert. Probleme wie Ehescheidung und Schwangerschaftsabbruch, die große Zahl unehelicher Kinder bei gleichzeitigem Absinken der Geburtenrate, das Ansteigen der Prostitution und die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten waren für ihn in erster Linie Zeichen für die moralische Verdorbenheit der Gesellschaft unter kapitalistischen Bedingungen. Er sah in ihnen nicht die Symptome der geschlechtsspezifischen Unterdrückung von Frauen. Diesen Aspekt ignorierte er souverän in allen seinen Überlegungen.

August Bebel hielt immer an bürgerlich geprägten Geschlechterrollenstereotypen fest. Er idealisierte das Geschlechterverhältnis in der Arbeiterklasse und übertrug schlicht bürgerliche Moralbegriffe auf das Proletariat. Genauso wie er der bürgerlichen Frauenbewegung vorwarf, die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unangetastet zu lassen, ließ er die Strukturen der Geschlechterhierarchie unberührt. Unter seinem Einfluß arbeitete die SPD auf eine Beschränkung der weiblichen Rolle in der Wirtschaft hin. Beschränkt auf Aufgaben, die dem bürgerlichen Bild der Frau entsprachen als eines zarten, schutzbedürftigen Wesens, das für körperliche Arbeit ungeeignet ist. Außerdem sollte die Frauenarbeit begrenzt werden, damit die Mütter mehr Zeit für ihre Kinder hätten.

In der Position des praktisch einzigen Grundlagenwerks zur Frauenemanzipation aus linker Sicht hat *Die Frau und der Sozialismus* sicher die Ausrichtung der frühen proletarischen Frauenbewegung dominiert, bis ihr Frauen wie Clara Zetkin und Luise Zietz ein eigenständiges Gesicht gaben. Bebels Aussparung des geschlechtsspezifischen Unterdrückungsmechanismus und sein isoliertes Prioritätensetzen für die weibliche Industriearbeit waren für die Anfänge der

Frauenbewegung charakteristisch. Frauenarbeit wurde als erste und wesentlichste Voraussetzung der Frauenbefreiung verstanden, obwohl sie nur einer der Faktoren im weiblichen Lebenszusammenhang ist, der in seiner Widersprüchlichkeit den besonderen Charakter der Unterdrückung von Frauen ausmacht.

Im Mittelpunkt der Argumentation sowohl bei Bebel als auch in der Spitze der proletarischen Frauenbewegung stand das Verhältnis von Frauenfrage (Nebenwiderspruch) und sozialer Frage (Hauptwiderspruch). Indem die Berechtigung und Notwendigkeit des Nebenwiderspruchs theoretisch ausgespart wurde, geriet ein zentraler Bereich der Frauenemanzipation ins politische Abseits. Dieses Spannungsverhältnis von allgemeinem (zentralem) und besonderem (zweitrangigem) Kampf bestimmte die Entwicklung der Frauenbewegung. Ihre Einbindung in die Gliederungen der Partei, die Bebels Schrift mit wissenschaftlichem Anspruch untermauerte, hat diese Widersprüche nicht gelöst, sondern verschärft: Im Verlauf des Integrationsprozesses schrumpfte der Handlungs- und Entscheidungsraum der Frauen zusehends zusammen, bis sie schließlich ins Reservat der bürgerlichen Sozial- und Kommunalpolitik verbannt waren.

August Bebels Einfluß auf die proletarische Frauenbewegung und die Behandlung der Frauenfrage in der Sozialdemokratie insgesamt war wie beschrieben höchst ambivalent. *Die Frau und der Sozialismus*, die Zusammenfassung all seiner »frauenpolitischen« Ideen, ist nicht eben die einsame Spitze theoretischer Konsequenz, aber ein historisches Dokument von überraschender Radikalität. Es bleibt ihm das Verdienst der ersten umfassenden Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau und Fragen der Frauenemanzipation aus sozialistischer Perspektive.

GERD SIMONS

## Karl Kautsky: Der Weg zur Macht (1909)

Der Sozialdemokrat Karl Kautsky ist die prägendste Persönlichkeit auf dem Gebiet der theoretischen Entwicklung des Sozialismus zur Zeit der Zweiten Internationale (1889–1914). Nach dem Tode von Friedrich Engels im Jahre 1895 wird er zum autorisierten Interpreten der marxistischen Theorie und wesentlichen Schöpfer jenes theoretischen Lehrgebäudes, das man den orthodoxen Marxismus zu nennen pflegt. Dessen konstituierende Wesensmerkmale sind die Annahme eines deterministischen Geschichtsablaufes und der Glaube, daß das Proletariat nur in einer »von der bestehenden aufs tiefste verschiedenen Gesellschaftsordnung« seine Befriedigung erfahre. Orthodox ist Kautsky nicht in dem Sinne, daß er es als seine Aufgabe versteht, jeden von Marx und Engels geäußerten Gedanken als unumstößlichen Glaubenssatz zu verteidigen, sondern in der Beschränkung des Bezugsrahmens bei der Untersuchung gesellschaftlicher Phänomene auf die marxistische Theorie. Abgesehen von »Ergänzungen« durch den Darwinismus, akzeptiert er keine anderen Quellen.

Kautskys nicht nur innerhalb der deutschen Sozialdemokratie exponierte Stellung, die sogar Lenin bis 1914 anerkennt, läßt sich anhand folgender Tätigkeiten dokumentieren: 1883 gründet er die seinerzeit weltweit wichtigste Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, DIE NEUE ZEIT, deren Redaktion bis zum Jahre 1917 seiner Leitung untersteht. 1890 löst er Wilhelm Liebknecht als Programmierer der Partei ab und entwirft zusammen mit Eduard Bernstein das berühmte, auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1891 beschlossene Erfurter Programm. Die Arbeitsteilung bezüglich der Formulierung nimmt bereits die beiden Ausgangspunkte für jene spätere Auseinandersetzung vorweg, die in den sogenannten Revisionismusstreit



Determinist Kautsky

Foto: dpa

münden soll: Kautsky ist für den grundsätzlichen Teil zuständig, während Bernstein die praktische Politik betreffenden Forderungen formuliert. Kautskys Interpretationen des Marxismus werden somit zu offiziellen Grundlagen der theoretischen Ausrichtung der Partei:

### Der deterministische Geschichtsablauf

Karl Kautsky ist in der Gestaltung seiner Wissenschaftsauffassung ein Kind des positivistischen Zeitalters. Ihn prägt ein starker Glaube an die scheinbar grenzenlose Fähigkeit der Wissenschaft, ein stets umfangreicheres und zusammenhängendes Erklärungssystem zu schaffen. Seiner Schrift *Ethik und materialistische Geschichtsauffassung* aus dem Jahre 1906 ist zu entnehmen, daß sein Wissenschaftsverständnis von der Einheitlichkeit der szientistischen Methode geprägt ist, die die menschliche Gesellschaft als eine Weiterentwicklung der organischen Natur betrachtet. Gerade der Marxismus stellt für Kautsky ein ganzheitliches System zur »Erforschung der Entwicklungs- und Bewegungsgesetze

des gesellschaftlichen Organismus« dar: »zum Zwecke des Erkennens der notwendigen Tendenzen und Ziele des proletarischen Klassenkampfes«. Er entzieht der materialistischen Geschichtsauffassung jedoch ihr elementares Prinzip, die Dialektik, und setzt an ihre Stelle die dem Darwinismus entlehnte Vorstellung von der Evolution als einem Prozeß, der sich infolge von Mutationen vollzieht, wobei diejenigen Individuen überleben, welche es am besten vermögen, sich der Umwelt anzupassen.

Die deterministische Geschichtsauffassung zeigt sich vor allem in Kautskys Interpretation der damaligen geschichtlichen Situation. In seinem Kommentar zum Erfurter Programm heißt es: Die »unaufhaltsame ökonomische Entwicklung führt den Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise mit Naturnotwendigkeit herbei.« Diese Notwendigkeit leitet Kautsky aus den ökonomischen Erkenntnissen ab, zu denen Karl Marx in seinem Hauptwerk *Das Kapital* gelangt war: Das Privateigentum an den Produktionsmitteln sei unvereinbar geworden mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung. Hieraus schlußfolgert er die Unvermeidlichkeit der »Bildung einer neuen Gesellschaftsform an Stelle der bestehenden«. Einer Gesellschaft, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum umgewandelt und die Warenproduktion aufgehoben und somit sozialistisch ist.

### Revolutionäres Bewußtsein und Proletariat

Ist die zukünftige Entwicklung gewiß und ihr Ziel jeglicher Verfügung entzogen, so soll aktives menschliches Handeln dennoch nicht ausgeschlossen werden. Gültig bleibt der Marxsche Gedanke, nach dem der Sozialismus das bewußte Werk des organisierten Proletariats sein werde, das über die Erkenntnis der gesellschaftlichen Abläufe verfüge. Nach Kautskys Verständnis – so der Sozialwissenschaftler L. Kolakowski – hat Marx durch seine Theorie bewiesen, daß

der Sozialismus eine objektive Notwendigkeit ist, und eines der Elemente, die zu jenem notwendigen Prozeß gehören, die Erkenntnis des Proletariats von dieser Notwendigkeit und deren Billigung sind. Aus dieser Interpretation ergibt sich die Konsequenz, das Wissen von der Entwicklung und die praktische Anwendung desselben innerhalb des Prozesses als getrennt voneinander zu betrachten. Da ein derartiges Erkennen der wissenschaftlichen Analysefähigkeit bedarf und Träger der Wissenschaft nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche Intelligenz ist, müsse die sozialistische Theorie und das dazugehörige Bewußtsein von außen in den Klassenkampf des Proletariats hineingetragen werden. In letzter Konsequenz bildet diese Schlußfolgerung die Grundlage für die Idee der proletarischen Partei, die von einer im Besitz des sozialistischen Bewußtseins befindlichen Elite geführt werden soll. In der Annahme einer notwendigen Elite trifft sich Kautsky sowohl mit der Auffassung Bernsteins als auch Lenins, die die Klasse des Proletariats als formlose Masse betrachtet, die sehr wohl kämpfen, aber nicht regieren könne. Vor allem in seinem 1901 erschienenen Buch *Was tun?* stellt Lenin Kautskys diesbezügliche Interpretation als vorbildlich dar.

Auffallend ist indessen, daß in dieser Argumentation der Marxsche Begriff des »Gattungswesens« keine Berücksichtigung findet. Für Marx ist der Sozialismus mehr als nur die Beseitigung von gesellschaftlichen Mißständen und das sozialistische Bewußtsein keine bloße Folgeerscheinung im Sinne einer allmählichen Gewöhnung an veränderte gesellschaftliche Zustände. Auch erschöpft es sich nicht in dem Wissen um die geschichtliche Entwicklung. Vielmehr identifiziert er den Sozialismus mit der Gewinnung der eigentlichen Menschlichkeit, in dem Sinne, daß sich eine Identität des Menschen als Gattungswesen, d. h. als seinem potentiellen Menschsein, mit seiner empirischen Existenz einstellt. Das sozialistische Bewußtsein als Selbstbewußtsein der Menschheit, die zu ihrem Wesen findet, wird nicht von außen in

das Proletariat getragen, sondern fällt mit dem revolutionären Prozeß zusammen. Gerade die Grundbedingung dieses entfremdungsfreien Menschseins, die Aufhebung der Arbeitsteilung, wird von Kautsky nicht erkannt. Er erachtet hingegen »die Erweiterung der gesellschaftliche Arbeitsteilung« als sozialistische Notwendigkeit.

### Sowohl Revolution als auch Reformen

In Kautskys orthodoxer Interpretation müssen Ziel und Mittel unterschieden werden. Eindeutig revolutionär ist Kautsky in der Annahme, daß das Ziel der Arbeiterklasse jenseits der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu suchen sei. Nur durch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen könne das die Menschheit vertretende Proletariat seine Befreiung und Befriedigung finden. In der Benennung der Mittel will sich Kautsky jedoch auf keine ausschließliche Bestimmung festlegen, sondern empfiehlt eine den Umständen angepaßte Taktik. Sicher ist sich Kautsky indes in der Ablehnung sowohl der blanquistischen Auffassung, dernach eine revolutionäre Minderheit eine günstige Gelegenheit zu einem Staatsstreich ergreift, als auch der syndikalistischen Taktik, nach der durch vornehmlich gewerkschaftliche Maßnahmen der Sozialismus herbeizuführen ist. Lehnt Kautsky die erste Auffassung aufgrund ihrer Mißachtung der ökonomischen Entwicklung ab, so die letztere wegen des angeblich naiven Glaubens, der Sozialismus ließe sich an der bestehenden Staatsgewalt vorbei realisieren. Hingegen müsse zuerst die politische Macht erobert werden, um mit dem Staat das gewaltigste Werkzeug der Klassenherrschaft in die Hände des Proletariats zu bekommen.

Nachdem die letzte revolutionäre Erhebung mit dem Untergang der Pariser Kommune ihr Ende fand, sieht Kautsky in seiner 1909 verfaßten Schrift *Der Weg zur Macht* für die darauffolgenden Jahre »ein neues Zeitalter der Revolutionen« anbrechen. Eben weil der Sozialismus nur das Ergebnis der ökonomischen

Reife des Kapitalismus sein kann, die sich an der Zuspitzung der Klassengegensätze ablesen lasse, sei die Aktualität der revolutionären Situation erwiesen. Denn nicht die absolute Verelendung der Proletarier sei hierfür ursächlich, wie Marx und Engels dies noch im Kommunistischen Manifest erwarteten, sondern allein die vermeintliche Polarisierung der Klassen aufgrund des Verschwindens der Mittelklassen. Diese Argumentation richtet sich vor allem gegen den revisionistischen Einwand, daß ein Wachstum der Arbeitereinkommen die Klassenantagonismen abschwäche und eine Revolution letztlich erübrige. Daß Kautsky diesbezüglich jedoch irrt, konstatiert seinerzeit bereits der Soziologe Max Weber: »Jedenfalls stehen die Dinge vorerst nicht so, daß man bestimmt versichern könnte: künftig wird nur ein halbes Dutzend oder ein paar Hundert oder Tausend von Kapitalmagnaten isoliert Millionen und Abermillionen von Proletariern gegenüberstehen.«

### Defensive Revolutionsstrategie

Glaubt Kautsky die Aktualität des Übergangs zum Sozialismus belegt zu haben, so verwahrt er sich jedoch bewußt davor, definitive Angaben über dessen Zeitpunkt und dessen Form zu machen. Ebenso wie der späte Engels sieht auch Kautsky vor dem Hintergrund der wachsenden sozialdemokratischen Wahlerfolge im allgemeinen Wahlrecht das wirkungsvollste Mittel des proletarischen Klassenkampfes. Gerade im Hinblick auf den vorgezeichneten Geschichtsverlauf könnten die demokratischen Einrichtungen, indem sie klare Verhältnisse schufen, als Gradmesser der Stärke des Proletariats dienen und somit aussichtslose Revolutionsversuche verhüten helfen. Kautsky spricht sich deutlich für Reformen aus, die aber – hinsichtlich der Klassenpolarisierungsthese konsequenterweise – unter Vermeidung von Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, allein durch die Sozialdemokraten erlangt werden sollten. Zwar seien Reformen für die Emanzipation und das Selbstbewußtsein der Arbeiter-

klasse von großem Nutzen. Daß der Übergang zum Sozialismus letztlich innerhalb der bestehenden oder einer erweiterten demokratischen Ordnung auf rein reformistischem Wege vonstatten gehen werde, glaubt Kautsky trotzdem nicht. Vielmehr stünde zu erwarten, daß physische Gewalt eine entscheidende Rolle spielen werde, da die ausbeutenden Klassen ihrer Expropriation auf legalem Wege nicht tatenlos zusehen, sondern mit allen Mitteln solchen Widerstand leisten werden, »daß er nur durch einen Entscheidungskampf beseitigt werden kann.« Die Revolutionsstrategie stellt sich rein defensiv dar: Nicht das Proletariat wird zum eigentlichen Auslöser der Revolution, sondern ein als wahrscheinlich erachteter antidemokratischer Putsch der Expropriateure.

### Sozialismus mit Demokratie

Trotz aller Revolutionsprophetie – und hier zeigt sich die Schwäche der Lehre Kautskys in Form einer unvermittelten Verbindung von behaupteter revolutionärer Situation und Tagespolitik – schätzt Kautsky die damalige Situation jedoch dergestalt ein, daß es vorerst noch besser sei, »wenn der Verzweiflungsschlag der Herrschenden hinausgeschoben wird und erst eintrifft, wenn das Proletariat kraftvoll genug geworden ist, ihn für allemal niederzuschlagen.« Hieraus ergibt sich dann auch die »revolutionäre« Taktik: Keine zwecklose Provokation der herrschenden Klassen!

Für Kautsky ist der Sozialismus ohne Demokratie nicht denkbar. Als er im Jahre 1917 die »Diktatur des Proletariats« in dem Sinne verstanden wissen will, daß in ihr sogar die zu expropriierende Klasse Schutzrechte besitzen müsse, wird der orthodoxe Marxist vom Bolschewisten Lenin endgültig als Renegat abqualifiziert.

Eduard Bernstein:  
Die Voraussetzungen des  
Sozialismus und die Aufgaben  
der Sozialdemokratie (1899)

Eduard Bernstein erlebt seit Beginn der 90er Jahre erneut eine Renaissance. Eine Reihe von Publikationen und Wiederauflagen seiner Schriften sind nur äußerer Gradmesser dafür, daß der Auslöser des »Revisionismusstreites« und sein politisches Programm wieder hochaktuell sind. Dies ist erstaunlich angesichts der Tatsache, daß Bernstein spätestens mit seinem Tod Ende 1932 und der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten sechs Wochen darauf weitgehend in Vergessenheit geriet, weil sein politisches Programm als gescheitert angesehen wurde. Erst Ende der 70er Jahre wurde Bernstein wieder eingehender diskutiert – man denke nur an den Bernstein-Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung 1977.

Jenes Werk war im Londoner Exil aus einer defensiven Position heraus verfaßt worden. Schon ab 1896 hatte Bernstein in einer losen Artikelserie über »Probleme des Sozialismus« in der NEUEN ZEIT den Marxismus für revisionsbedürftig erklärt und dessen radikale Umsetzung für die Sozialdemokratie politisch abgelehnt. Diese Korrektur war bei führenden Parteimitgliedern auf große Verwunderung gestoßen, angesichts des hohen Ansehens von Bernstein in der SPD als früherem Herausgeber des Parteiorgans und der engen Freundschaft mit Friedrich Engels, der Bernstein mit Bebel zu seinem literarischen Nachlaßverwalter gemacht hatte. Parteiführer August Bebel und der »Chefideologe« Karl Kautsky forderten Bernstein auf, seine Meinung *en détail* darzulegen. Das sich daraus entwickelnde Buch war Bernsteins Versuch einer Rechtfertigung mittels offensiver Darstellung der eigenen Position, um sich aus der Distanz auf dem Parteitag in Hannover im Oktober 1899 zu verteidigen. Seine Schrift sollte

jedoch nicht, wie erhofft, zur Besänftigung, sondern zur Ausdehnung des »Revisionismusstreites« beitragen.

Bernstein verstand sich als Marxist und wollte innerhalb des Denkansatzes von Marx diesen weiterentwickeln. Er maßte sich nicht an, ein neuer sozialistischer Prophet oder ein charismatischer Politiker zu sein. Es ging ihm um eine gründliche Revision und Adaption des Marxismus an die veränderten Umstände ein halbes Jahrhundert nach dem *Kommunistischen Manifest*. Das umfaßte das Messen der Theorie an der Praxis, die Kritik der Theorie, das Entfernen der für unzutreffend befundenen Lehren und eine strategisch-politische Neuorientierung der Partei. Durch seine empirischen Beobachtungen, daß der soziale Wandel sich nicht in den von Marx vorhergesagten Bahnen vollzog, kam Bernstein dabei zu Schlüssen, die ungewollt und unausgesprochen mehrfach die Grenze eines »Grabgesang[s]« des Marxismus« (*Walter Theimer*) erreichten.

*Erstens* lehnte Bernstein die Verelendungstheorie als »Märchen« ab, indem er mittels detaillierter statistischer Auswertungen feststellte, daß die Mittelschichten zwar ihren Charakter änderten, aber nicht schrumpften, sondern erhalten blieben, und daß die Zahl der Besitzenden nicht ab-, sondern zunahm. Gleiches stellte Bernstein für die Betriebsgrößen fest. Der Klein- und Mittelbetrieb in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft verschwand nicht der Theorie gemäß, sondern hielt sich am Markt. Da zudem die Lage der Arbeiterklasse sich nicht verschlechterte, sondern langsam verbesserte, mithin die fortschreitende Polarisation der Klassen ausblieb, widersprach Bernstein *zweitens* der These des unvermeidlichen und baldigen Zusammenbruchs des Kapitalismus.

Er hielt ihn statt dessen angesichts der Ausdehnung des Weltmarktes und zunehmenden Internationalisierung des Kapitals für vital und entwicklungsfähig.

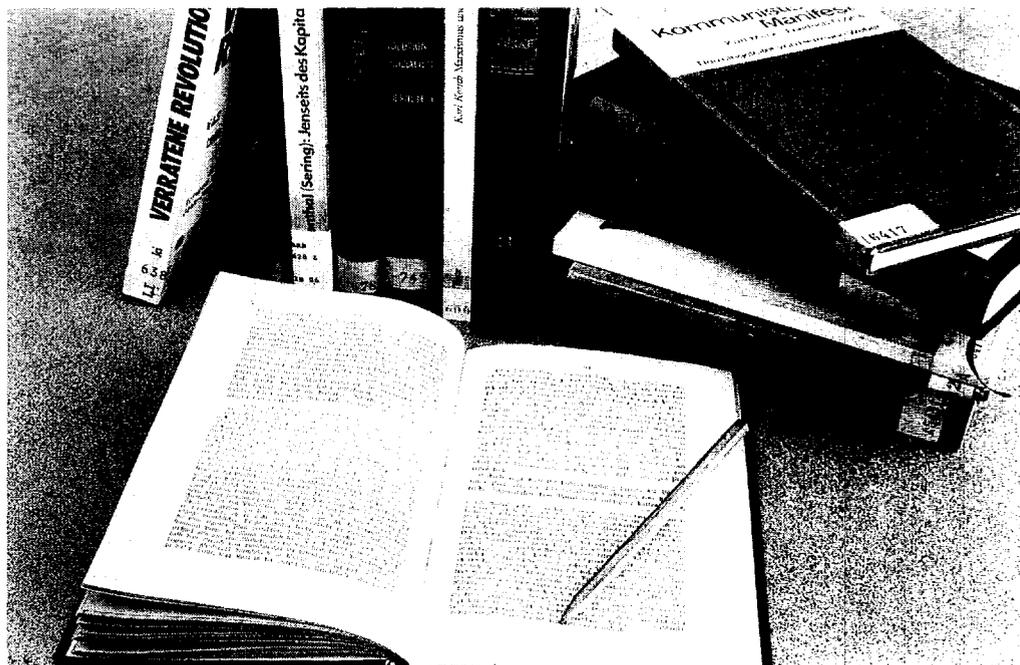
*Drittens* lehnte Bernstein Voraussage wie Forderung nach einer »Diktatur des Proletariats« als »geschichtliche Selbsttäuschung, wie sie der erste beste politische Schwärmer kaum überbieten konnte«, ab. Er hielt die Arbeiterklasse nicht für entwickelt genug, um den »Zukunftsstaat« zu schaffen, sondern stellte sich vielmehr die Frage, ob die Beschäftigten angesichts ihrer sich bessernden materiellen Situation noch an einer Revolution interessiert waren. Schließlich erkannte Bernstein dem Proletariat aus ethischen Gründen das Recht ab, eine Diktatur über die Mehrheit auszuüben, wenn es innerhalb der Gesellschaft eine Minderheit blieb. Der Autor verwarf das jakobinistische Erbe des Marxismus, nämlich die der Forderung nach der »Diktatur des Proletariats« implizite Akzeptanz von Terror als revolutionärer Methode. Für den überzeugten Humanisten war dieser »Gewaltkoller« des

orthodoxen Marxismus am Ende des 19. Jahrhunderts nur mehr »Phrase«, Rückfall in eine tiefere Kultur und »politischer Atavismus«.

Dies war umso mehr seine Überzeugung, als er nicht glaubte, daß eine Diktatur zum Ziel einer klassenlosen Gesellschaft führen würde. Bernstein deckte den Widerspruch der marxistischen Theorie auf, die Klassenherrschaft gewaltsam in einer Revolution abschaffen zu wollen, mittels der »Diktatur des Proletariats« jedoch die Herrschaft einer neuen Klasse aufrichten zu wollen, was für ihn auf einen bloßen Austausch der Eliten ohne Änderung des grundlegenden Herrschaftssystems hinauslief. Außerdem verwies er auf die generellen Schwierigkeiten einer zentralen Wirtschaftslenkung und lehnte diese grundsätzlich ab, weil er den Staat (obwohl er von dessen zukünftigem Wachstum überzeugt war) nicht in der Lage sah, die Masse auch nur der größeren Betriebe zu übernehmen: »Über welche Fülle von Einsicht, Sachkenntnis, Verwaltungstalent müßte eine Regierung oder eine Na-

Linke Klassiker in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Foto: JOKER/Hick



tionalversammlung verfügen, um auch nur der Oberleitung . . . eines solchen Riesenorganismus gewachsen zu sein?»

Damit waren nicht nur die Elemente des Marx-Engels'schen Werkes kritisch offengelegt, derer sich der Leninismus später als Legitimationsbasis bedienen sollte; es wurden auch bereits die Exzesse eines derartigen politischen Umsturzes aufgezeigt und die Folgen einer verfrühten sozialistischen Wirtschaftsform vorausgesagt. Damit umriß Bernstein die Grundübel sowohl der Zentralverwaltungswirtschaft, wie des sie stützenden politischen Systems, bevor diese überhaupt entstanden.

Da die Voraussetzungen des Sozialismus somit für Bernstein noch nicht gegeben waren, ergab sich für ihn als Aufgabenstellung an die Sozialdemokratie, auf die Umwandlung des bestehenden Klassenstaates hinzuwirken und ihre Katastrophen- und Revolutionstaktik aufzugeben. Das simple Warten der Parteiführung auf den »großen Kladderadatsch« wirkte kontraproduktiv, da die Chance der schrittweisen Entprivilegierung der bisherigen Verhältnisse, die das allgemeine Wahlrecht bot, vertan wurde. Im Gegensatz zum linken Parteiflügel war Bernstein davon überzeugt, daß die herrschenden Eliten sozialen Reformen zustimmen würden, und sei es nur, um damit das politische Wohlverhalten der Arbeiterschaft zu erkaufen. Insofern ist Bernstein schwerlich ohne Bismarck zu erklären. Erst die Erfahrung der Sozialgesetzgebung, daß der Staat (wenn auch sehr begrenzt und getrübt durch die Sozialistengesetze) sozialreformerisch tätig war, eröffnete die Bernstein'sche Perspektive einer Machtübernahme der Arbeiterschaft innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems, der Instrumentalisierung statt Zerschlagung des Staates. Er forderte ausdrücklich, daß sich die Sozialdemokratie »rückhaltlos, auch in der Doktrin, auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie stellt, mit allen sich daraus für die Taktik ergebenden Konsequenzen«. Was vorher nur durch Revolution möglich schien, war für Bernstein nun auf friedlichem Wege er-

reichbar, weshalb er diese Möglichkeit genutzt wissen wollte. Dies bedeutete keine vollständige Aufgabe von Revolution als Kampfmittel, sondern nur die vorläufige Preisgabe aufgrund der geänderten Bedingungen.

Bernstein entwickelte zwei Hauptrechtfertigungsstrategien zur Begründung seiner Thesen. Zum einen berief er sich extensiv auf Marx und Engels, um sich mit den geistigen Übervätern der Arbeiterbewegung vom Geruch eines Renegaten zu befreien und seinen Argumenten mehr Gewicht zu verleihen – ohne Erfolg, wie sich herausstellte. Insofern beinhaltete seine Schrift zu einem wesentlichen Teil Nachvollzug, Ausformulierung und Weiterentwicklung von bereits vorgedachten »revisionistischen« Ansätzen etwa in Engels' Spätwerken.

Zum anderen analysierte Bernstein, daß die SPD in der politischen Praxis den reformerischen Weg bereits eingeschlagen hatte, womit er seine Thesen als reinen Appell für Konsequenz hinstellte. Das dem vorletzten Kapitel seines Werkes vorangestellte Schiller-Zitat aus *Maria Stuart* war Programm: »Und was sie ist, das wage sie zu scheinen.« Bernstein wollte ein klares Bekenntnis der Partei zu dem, »was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei« (188) und eben keine revolutionäre Klassenpartei. Hinter diesen Forderungen war Taktik: Dieses öffentliche Farbe bekennen sollte der SPD den Einstieg in neue Wählergruppen erleichtern und sie von ideologischem Ballast befreien. Es war der erste Schritt auf dem Weg zur Volkspartei SPD, zu der sie endgültig erst mit dem Godesberger Programm 1959 wurde.

Tatsächlich befand sich die Partei seit der Aufhebung der Sozialistengesetzgebung Bismarcks in einer schizophrenen Situation zwischen orthodox-marxistischem Verbalradikalismus und praktisch-politischer Reformorientierung, wie dies auch die beiden gegensätzlichen Teile des Erfurter Programms vom Oktober 1891, verfaßt von Kautsky und Bernstein, deutlich zeigten. Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie weg

vom Utopismus und hin zur Realpolitik war faktisch bereits in vollem Gange. Die Partei konnte nicht auf Dauer Revolution predigen, aber Reformen praktizieren und dabei glaubwürdig bleiben. Bernsteins »Vergehen« war nicht so sehr der Inhalt seiner Vorstellungen, sondern vielmehr die Tatsache, daß er sie öffentlich aussprach.

Das eigentliche Ziel der Überwindung des *Hiatus* zwischen Theorie und Praxis der SPD konnte Bernstein jedoch nicht erreichen; sein Buch verschärfte ungewollt die Spannungen eher noch, indem es die Gegensätze offenbar machte und die dogmatische Position zunächst festigte. Rhetorisch blieb die Partei revolutionär, schon allein um die Erwartungen und Vertröstungsbedürfnisse der Klientel zu erfüllen, und hielt an der Kautsky'schen Interpretation des Marxismus fest. Politisch-praktisch jedoch schritt man auf einem reformistisch orientierten Kurs fort, wozu Bernsteins Werk nicht unwesentlich beigetragen hatte. Wesentlicher Grund für diesen Fehlschlag war, daß Bernstein mit seiner Analyse zwar die alltäglichen Bedürfnisse der Lohnabhängigen, die sich vor allem auf die Arbeitsplatzsituation bezogen, in größerem Maße als die bisherige Parteidoktrin befriedigte, jedoch die zentrale Funktion des öffentlich verkündeten dogmatischen Marxismus als identitätsstiftende Ideologie übersehen hatte.

Bernsteins Werk stellt eine der ersten theoretisch fundierten Herausforderungen des Marxismus überhaupt dar, die die SPD zunächst erfolglos zu einer Diskussion über die ideologischen Grundlagen ihrer Politik zwingen wollte, die schließlich aber vor der Geschichte in ihren wesentlichen Grundaussagen Bestand haben sollte. Zur theoretischen Erweiterung der eher ökonomistischen Basis von Marx bediente Bernstein sich eines eklektizistischen Verfahrens, um Elemente vor allem des Neukantianismus Friedrich Langes oder des Utilitarismus der Fabianer zu integrieren und damit eine bei Marx fehlende, auf die politischen Alltagsprobleme anwendbare Handlungstheorie anzubieten.

Angesichts des von Bernstein analysierten und objektiv unbestreitbaren Auseinanderrückens von sozialistischer Theorie und geschichtlicher Realität gab es abgesehen von einem blinden Wegsehen zwei grundsätzliche Möglichkeiten: Entweder man veränderte die Praxis so, daß sie der Theorie wieder entsprach, was durch eine gesetzmäßig bald einsetzende Entwicklung (*Kautsky*) oder gewaltsame Forcierung einer Revolution (*Lenin*) geschehen konnte, oder man modifizierte die Theorie, um sich der verändernden Realität anzupassen. Bernstein schlug den zweiten Weg ein, der jedoch implizierte, daß Marx eben nicht das die gesamte Weltgeschichte bewegende Element gefunden hatte.

Bernstein offenbarte ein dem Marxismus vor allem der frühen Phase widersprechendes Verständnis von Demokratie und Sozialismus, indem er letzteren nicht mehr als »historische Alternative zum Kapitalismus . . . , sondern vielmehr als dessen anzustrebendes Reifestadium« (*H. Tetzl*) ansah. Die bürgerliche Demokratie wurde unbedingte Voraussetzung und integraler Bestandteil des Sozialismus. Für Bernstein war der Sozialismus nicht nur in praktischen Einzelfragen, sondern auch »als weltgeschichtliche Bewegung . . . dem geistigen Gehalt nach . . . legitimer Erbe« des Liberalismus.

Dieser Hinweis auf die Überschneidungsflächen beider Bewegungen macht nicht nur Bernsteins im doppelten Sinne liberales Sozialismusverständnis deutlich, sondern sollte die SPD auch auf einen Kurs bringen, der sie für das Bürgertum und dessen Parteien bündnisfähig werden ließ. Bernstein schrieb der Sozialdemokratie ins Stammbuch, daß allzu gewalttätige Revolutionsrhetorik die materielle und ideologische Furcht der Bourgeoisie unnötig anfache und sie erst zu einer »einheitlichen reaktionären Masse« werden lasse. Statt mögliche Bündnispartner im Bürgertum zu verschrecken, wollte er die Front der Gegner durch Aufgabe der ohnehin überholten Expropriations-Propaganda aufweichen. »Sie

mögen unsichere Kantonisten sein. Aber man erzieht schlechte Bundesgenossen, wenn man ihnen erklärt, wir wollen euch helfen, den Feind fressen, aber gleich hinterher fressen wir euch ... Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß Erregung von Furcht alles vermag.«

Man kann Bernstein nicht auf dem rechten Flügel der SPD ansiedeln. Diese Sichtweise ignoriert meist seine zustimmende Stellungnahme in der Frage der Massenstreiks, in denen er ein legitimes Mittel für Reformen sah, ebenso wie seine Kritik an der Politik der Parteiführung im und nach dem August 1914. Es gereicht zu Bernsteins Ehre und ist ein Anzeichen für seine intellektuelle Kompetenz, daß er, der eine staatstragende Rolle für die Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf Folgen für seine Person angestrebt hatte, sich weder aktuell vom Hurra-Patriotismus noch prinzipiell vom Rechtsruck in der SPD anstecken ließ, der so viele infiziert hatte. Als die SPD im streng-marxistischen Ghetto von der weiteren Entwicklung abgeschlossen zu werden drohte, als sie zu »links« war,

war er es, der den Drift »rechtswärts« hin zur politischen Mitte auslöste und anführte. Als sich das von ihm Angestoßene zu weit von seinen Vorstellungen entfernte, stieß der »gelehrteste Kopf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion« (*Robert Michels*) zur USPD.

Lange trug sich die Partei mit der Frage, ob er nun »Ketzer« oder »Heiliger«, »echter« oder »falscher« Marxist sei. Es war eine Diskussion über Konformismus, wie sie sich in vielen jungen Religionen findet. Über Bernstein saß das »höchste Konzil« gleich mehrfach zu Rate, sogar mit dem Ergebnis des Verwerfens seiner »Lehre« als »Irrglauben«. Im September 1903 verurteilte der Dresdener Parteitag mit der »Resolution gegen die Revisionisten« Bernstein und seine Auffassung, verzichtete aber immerhin auf einen Parteiausschluß; der europäische Sozialistenkongreß in Amsterdam 1904 erneuerte den »Ketterspruch«. Parallel dazu stieg die SPD bei den Reichstagswahlen vom Juni 1903 zur zweitstärksten Fraktion auf – im Januar 1912 wurde sie stärkste Kraft. Diese Ergebnisse waren Triumph und Tragik des Revisionismus zugleich. Sie



## Das richten wir schon.

Ist der Dachstuhl erst einmal fertig, läßt der Einzug nicht mehr lange auf sich warten. Das muß natürlich gefeiert werden. Wüstenrot sorgt von Anfang an dafür, daß die Freude am eigenen Haus ungetrübt bleibt. Und bietet Ihnen eine zinsgünstige, kalkulierbare und ganz auf Ihre persönlichen Bedürfnisse ausgerichtete Finanzierung.

Wenn auch Sie ein solides Fundament für ein Eigenheim legen wollen, fragen Sie am besten Ihren Wüstenrot-Berater. Er richtet das schon.



## wüstenrot

Zum Glück berät Sie Wüstenrot

bestätigten Bernsteins Analyse der Lage, doch da die Partei nicht die Konsequenzen daraus zog, blieb sie trotz der Erfolge politisch bedeutungslos. Letztlich offenbarten der oftmals geradezu spießbürgerlich anmutende Deismus des orthodoxen Marxismus und die pseudo-christlichen Reaktionsmuster auf Bernstein, daß der »neue Mensch« jedenfalls noch nicht in den Reihen der sozialistischen Parteien zu finden war.

Im September 1901 erntete Bernstein noch allgemeines Gelächter auf dem SPD-Parteitag in Lübeck, als er verkündete: »Ich bin überzeugt, es wird die Zeit kommen, wo die Sozialdemokratie stolz sein wird, ein solches Buch zu besitzen.« Heute wird die übergroße Mehrheit der Partei diesen Satz voll und ganz unterschreiben wollen. Die Geschichte hat Bernstein recht gegeben, er hat »auf der ganzen Linie gesiegt«, wie bereits Carlo Schmid anlässlich der Hundert-Jahr-Feier der Sozialistischen Internationale 1964 in Brüssel feststellte.

Bernsteins Position konnte übrigens in der Folgezeit, abgesehen vom Wiederaufwärmen der alten Orthodoxien, nichts substantiell Neues entgegengesetzt werden. Er blieb ohne theoretische Alternative, einmal abgesehen vom allerdings unter völlig anderen geographischen, politischen, sozialen und historischen Voraussetzungen operierenden Lenin. Faktisch symbolisieren Bernstein und Lenin die einzigen alternativen Spielarten eines in die historische Praxis umgesetzten Marxismus. Erst seit die revolutionäre Variante des Marxismus ironischerweise durch die revolutionären Umwälzungen von 1989/90 endgültig diskreditiert ist, kann der Revisionismusstreit auch im Weltmaßstab als im wesentlichen zugunsten von Bernstein beigelegt betrachtet werden.

Dennoch ist sein Buch nicht nur von historischem Interesse. Sicher: Es besteht kein politischer Umsetzungsbedarf von Bernsteins Kernthese der Modifizierung des Marxismus in Deutschland mehr – seit dem Godesberger Programm 1959 (immerhin so lange dauerte es!), jedenfalls nicht für die SPD. Anders sieht

das für die andere deutsche Partei aus, die sich auf das sozialistische Erbe berief/beruft: die SED/PDS. Erleben wir in dieser Partei die anachronistische Wiederauflage des Kampfes innerhalb der SPD von vor 100 Jahren? Für die PDS ist dabei die Auseinandersetzung mit Bernstein und die Übernahme einiger zentraler Elemente seiner Vorstellungen umso einfacher, weil mit dem Untergang des leninistischen Modells nur noch die reformistische Alternative übriggeblieben ist.

BERND LADWIG

Rosa Luxemburg:  
Massenstreik, Partei und  
Gewerkschaften (1906)

Die Gedanken Rosa Luxemburgs scheinen einer versunkenen Epoche anzugehören. Wer schwärmt heute noch von der »unverbrüchlichen Notwendigkeit der Revolution«, wer glaubt noch an die wissenschaftliche Beweisbarkeit der finalen Krise des Kapitals? Rosa Luxemburgs Theorien waren durchdrungen und inspiriert vom historischen Optimismus der II. Internationale. Sie lebten vom Vertrauen in die Fähigkeit der Massen, ihrer geschichtlich vorgezeichneten Bahn der Befreiung zu folgen, darin dem zynischen Realismus eines Le Bon und dem massenpsychologischen Pessimismus eines Freud ganz entgegengesetzt.

Was bleibt? Einige zu Herzen gehende Briefe an ihre Geliebten und Freundinnen, ein geradliniges Leben, das Respekt abnötigt, ein gewaltsamer Tod, der empört. Schließlich der Satz von der »Freiheit der Andersdenkenden«: aus einer Fußnote der Autorin entwendet, zitiert von Bürgerrechtlern, Christdemokraten, neurechten Revisionisten und anderen verfolgten Minderheiten. Soll das alles gewesen sein?

Mit der nachfolgenden Diskussion des Textes *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* soll auf einige bedeutende Aspekte des Denkens Rosa Luxemburgs hingewiesen werden. Das allerdings ist eine mühsame archäologische Arbeit, denn zweifellos liegt viel Schutt auf den Schätzen. Die Schrift ist ein Dokument ihrer Zeit, bezogen auf die russischen Massenstreiks der Jahre 1903 bis 1905, gerichtet an und gegen die Führer von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften: also eine »linksradikale« Kampfschrift für den Parteitag von 1906.

## I.

Fehleinschätzungen zu finden fällt nicht schwer. Immer wieder neigt die Autorin zur Idealisierung der Massen; allzu heroisch preist sie den Massenstreik als »Bewegungsweise der proletarischen Masse«, als »Erscheinungsform des politischen Kampfes in der Revolution« (117 f.). Während Rosas innerparteiliche Widersacher die russischen Aufstände zum Sonderfall erklären, um mögliche Lehren für die eigene Politik nicht ziehen zu müssen, nimmt Luxemburg sie zum Anlaß für eine Wesensschau der proletarischen Revolution.

Treffend ist Rosa Luxemburg von Frank Deppe charakterisiert worden als »die Theoretikerin (par excellence) des »Bewegungskrieges«, der stets auch mit der Konzeption bzw. der realhistorischen Erfahrung des krisenhaften Zusammenbruchs der herrschenden sozialökonomischen und politischen Ordnung verbunden ist« (Deppe). Wer Gramsci kennt, bemerkt die kritische Pointe: Für den italienischen Kommunisten beschränkte sich der »Bewegungskrieg« als bestimmende Form des Klassenkampfes auf die *unterentwickelte* bürgerliche Gesellschaft. In demokratischen Systemen wird der »Stellungskrieg« zur wichtigeren Phase der Auseinandersetzung: »Die massive Struktur der modernen Demokratien – sei es als staatliche Organisation, sei es als Komplex der Assoziationen im bürgerlichen Leben, konstituieren für die

politische Kunst die »Schützengräben« und die permanenten Festungsanlagen der Front des Stellungskrieges, sie wirken dahingehend, daß das Element der Bewegung, das früher den ganzen Krieg ausmachte, nur noch einen Teilbereich darstellt« (Gramsci).

Eben das kann man Luxemburg vorbehalten: Sie hat einen »Teilbereich« zum Ganzen des revolutionären Kampfes erklärt, oder genauer: zu seinem übergreifenden Moment. Doch diese Schwäche ihres Textes verweist zugleich auf seinen entscheidenden Vorzug: die Würdigung der *Spontaneität* als Wesensmerkmal jeder befreienden Aktion.

## II.

Mit dem Begriff der »Spontaneität« ist Luxemburgs Denken verschiedentlich charakterisiert worden, vor allem in Abgrenzung zu den Überlegungen Lenins. Das ist insofern gerechtfertigt, als Luxemburg gegen den autoritären Avantgardismus des russischen Revolutionärs und gegen seine Vorliebe für eine dem kapitalistischen Betrieb, der Bürokratie und dem Militärwesen abgeschauten Disziplin stets rebelliert hat. Es ist insofern irreführend, als sie die führende Rolle der sozialdemokratischen (später der kommunistischen) Partei nie bestritten, sondern lediglich neu ausgelegt hat.

Rosa Luxemburg war keine Krypto-Anarchistin. Organisation und Spontaneität bilden in ihrem Denken keine abstrakten Gegensätze, sie verweisen aufeinander. Früher nannte man das Dialektik. Sie handelt von der *als Bildungsprozeß beschreibbaren Bewegung*. Eben darum geht es in *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*.

»Spontaneität« bedeutet in Rosas Deutung ein Vierfaches: Erfahrung, Schulung, Verknüpfung und Organisation.

1. »Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.«

Dieses Credo Rosa Luxemburgs, entnommen ihrer Schrift *Die russische Revolution (1918)*, bestimmt auch die Schilderung der revolutionären Ereignisse in Rußland. Die Form der Darstellung entspricht ganz dem Inhalt: Überall ist Aktivität, Leben, Tumult. Nirgends gehorchen die Handlungen der Massen jenen schönen Schemata, nach denen sich Luxemburgs Widersacher in Partei und Gewerkschaften ihre Umwälzungsvorstellungen zurechtgelegt hatten. Und das liegt nicht an der Unreife oder Unbildung des einfachen Volkes: Das Element des Spontanen spielt im Massenstreik eine so große Rolle, »weil bei jedem einzelnen Akt des Kampfes so viele unübersehbare ökonomische, politische und soziale, allgemeine und lokale, materielle und psychische Momente mitwirken, daß kein einzelner Akt sich wie ein Rechenexempel bestimmen und abwickeln läßt« (124).

Es sind die unter bestimmten Umständen gebildeten Bedürfnisse, die Ängste, Hoffnungen und Erwartungen, welche das Handeln der Menschen bestimmen, es sind die Erfahrungen, die sie handelnd erwerben, welche ihren nächsten Schritten die Richtung weisen. Dieses Moment der *aktivistischen Erfahrung* ist unhintergebar: Der Verlauf von Revolutionen läßt sich nicht aus der Vogelperspektive nachvollziehen und nicht am Schreibtisch vorhersagen. Er hängt ab von tausend objektiven und subjektiven Faktoren, deren Zusammenwirken sich nur einem verstehenden Blick erschließt, der nicht blind ist für die Versteheleistungen der kämpfenden Akteure selbst. Diese »Erkenntnistheorie der Revolution« erklärt Rosas Absage an den »von außen« ansetzenden Avantgardismus eines Lenin, an den akademischen Attentismus eines Kautsky, an jede kontemplative Attitüde des Besserwissens, wie sie so viele Führer von Partei und Gewerkschaften an den Tag legten.

2. »Das Kostbarste, weil bleibende, bei diesem scharfen revolutionären Auf und Ab der Welle ist ihr geistiger Niederschlag: das sprungweise intellektuelle, kulturelle Wachstum des Proletariats,

das eine unverbrüchliche Gewähr für sein weiteres unaufhaltsames Fortschreiten im wirtschaftlichen wie im politischen Kampfe bietet« (110). Der zweite Teil des Satzes ist Schwulst und widerspricht Rosas besseren Einsichten in die Unvorhersehbarkeit der Anlässe des Massenstreiks und seiner Ergebnisse. Der erste Teil jedoch bietet einen interessanten Beitrag zur Theorie der politischen Bildung. Was immer man den Proletariern in den Parteischulen mitgeben kann, nichts vermag die im Kampf gesammelten Eindrücke und ihre geistige Verarbeitung zu ersetzen. Die Revolution ist eine *Schule*, denn sie erschließt den Kämpfenden die Einsicht in ihre eigene kollektive Handlungsfähigkeit wie in das wahre Wesen ihrer Feinde. Aus diesem Grund hält Luxemburg selbst vorläufige Niederlagen für weniger wichtig als die Anhäufung eines Schatzes von Erfahrungen noch in der aussichtslosesten Auseinandersetzung.

3. In ihrem Fortgang reißt die revolutionäre Bewegung alle Schranken zwischen politischen und wirtschaftlichen Aspekten des proletarischen Kampfes ein. Sie *verknüpft* die scheinbar selbständigen Momente, welche in ruhigeren Zeiten von beamteten oder parteilich bestellten Funktionären verwaltet werden. Das eben ist, Luxemburg zufolge, die Wahrheit der proletarischen Bewegung: Ihr tägliches Bemühen um die Erleichterung ihres Loses unter der Lohnsklaverei wie um die Erweiterung ihres politischen Wirkkreises erhält seinen Sinn allein aus der Beziehung zum *Endziel* der Emanzipation.

In der revolutionären Situation wird das »An sich« der Einheit des Klassenkampfes *für* die Akteure erkennbar im freien Fluten vom ökonomischen zum politischen, vom politischen zum ökonomischen Moment der Aktion. »Ursache und Wirkung wechseln hier alle Augenblicke ihre Stellen, und so bilden das ökonomische und politische Moment in der Massenstreikperiode, weit entfernt, sich reinlich zu scheiden oder gar auszuschließen, wie es das pedantische Schema will, vielmehr nur zwei ineinander

dergeschlungene Seiten des proletarischen Klassenkampfes in Rußland. Und ihre *Einheit* ist eben der Massenstreik« (121).

Wie der ganze Text, so ist auch diese Einsicht vor allem an die deutschen Arbeiterfunktionäre adressiert. Rosa Luxemburg sieht in der zunehmenden Ver selbständigung der deutschen Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Bewegung eine bürokratische »Entartung«. Nur durch eine *Arbeitereinheit von unten* könne das deutsche Proletariat die abdriftende Führung seiner ökonomischen Interessenorganisation auf die gemeinsame Bahn des Befreiungskampfes zurückzwingen.

4. Mit dem Anwachsen der gewerkschaftlichen und parteilichen Apparate entfernt sich die Führung von den Massen. Die Führer sprechen für ihre »Klientel«, doch sie hören nicht auf sie und entwinden sich ihrer Kontrolle. Jedes spontane Handeln, jede »wilde« Aktion weckt in ihnen die Furcht vor einem Verlust ihrer organisatorischen Besitzstände. Mittel und Zweck verkehren sich: Der Apparat, ein notwendiges Übel unter nicht-revolutionären Bedingungen, wird zum eigentlichen Gegenstand der Sorge um Selbsterhaltung.

Der Organisationsfetischismus ist eine Form *verdinglichten* Denkens. Er verdrängt die Bedingung seiner Möglichkeit: das Hervorgehen der Organisation aus der Spontaneität und Kreativität des Handelns.

Auch das lehrt die russische Erfahrung: Die Massenstreiks sind nicht einfach *Produkte* der Organisationstätigkeit, sie sind zugleich deren *Voraussetzung*: »Und während die Hüter der deutschen Gewerkschaften am meisten befürchten, daß die Organisationen in einem revolutionären Wirbel wie kostbares Porzellan krachend in Stücke gehen, zeigt uns die russische Revolution das direkt umgekehrte Bild: Aus dem Wirbel und Sturm, aus Feuer und Glut der Massenstreiks, der Straßenkämpfe steigen empor wie Venus aus dem Meerschäum: frische, junge, kräftige und lebensfrohe ... Gewerkschaften« (111).

VERLAG FÜR GEISTES-, SOZIAL- UND  
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

## Theologie und Frieden

Gerhard Beestermöller  
Norbert Glatzel (Hrsg.)

### Theologie im Ringen um Frieden

Einblicke in die Werkstatt  
theologischer Friedensethik  
1995. 218 Seiten.

Fester Einband Fadenheftung.  
DM 116,- / öS 905,- / sFr 116,-

Die mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation einhergehenden tiefen Umbrüche erfordern eine grundlegende Neukonzeption der Sicherheitspolitik, da praktisch alle bisherigen Planungsvorhaben obsolet geworden sind. In den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen bieten sich Chancen einer Neugestaltung von Friedenspolitik. In Rückbindung an die Tradition und im Dialog der Konfessionen untereinander sowie mit anderen Religionen entwickeln die Autoren des Bandes Perspektiven für eine friedlichere Welt. Das Werk ist zum 15jährigen Bestehen des Instituts für Theologie und Frieden entstanden und seinem Leiter Professor DDr. Ernst Josef Nagel gewidmet.

 W. Kohlhammer

W. Kohlhammer GmbH · 70549 Stuttgart

### III.

Rosa Luxemburg leugnete die Erfolge von Parlamentsfraktion und Gewerkschaften nicht, doch sie richtete die Aufmerksamkeit auf deren Kehrseite: Dort erblickte sie Stillstand, Selbstgefälligkeit und Verkrustung. Ihre Hoffnung war, daß es einer revolutionären Bewegung gelingen werde, die verkapselten Apparate radikaldemokratisch aufzubrechen und die Führer an die Willensäußerungen ihrer Basis zurückzubinden: »Allein, es ist hohe Zeit, daß die sozialdemokratische Arbeitermasse lernt, ihre Urteilsfähigkeit und Aktionsfähigkeit zum Ausdruck zu bringen und damit ihre Reife für jene Zeiten großer Kämpfe und großer Aufgaben darzutun, in denen sie, die Masse, der handelnde Chorus, die Leitungen nur die »sprechenden Personen, d. h. die Dolmetscher des Massenwillens sein sollen« (160).

Heute sind wir, was »jene Zeiten großer Kämpfe und großer Aufgaben« angeht, gewiß ernüchert. Auch glauben wir nicht mehr an die Möglichkeit, alle emanzipatorischen Bestrebungen der Gegenwart auf das eine Ziel der Überwindung des Kapitalverhältnisses zu konzentrieren. Die Akteure haben sich pluralisiert, ihre Wahrnehmungen und Lebenslagen sind immer weiter auseinandergetreten. Weniger denn je entspricht dem Strukturbegriff der Klasse ein Kollektivsubjekt.

Das allerdings erwartet Rosa Luxemburgs Würdigung des Spontanen als Lebenselixier sozialer Bewegungen nicht. Emanzipatorische Politik muß immer auch ein Bildungsprozeß der an der Bewegung Beteiligten sein. Zugleich darf keine politische »Anrufung« auf Wiederhall hoffen, die nicht bei den tatsächlichen Erfahrungen und Bedürfnissen der Adressaten ansetzt.

Weiterhin gilt, daß Apparate zur fetischistischen Verkennung ihrer Abhängigkeit von sozialem Handeln neigen. Gerade führt uns die Partei der »Grünen« im Zeitraffer einen Prozeß der Verwischung ihrer Bewegungsspuren vor.

Schließlich bleibt auch Luxemburgs

Kritik am bürokratischen Zentralismus der Gewerkschaften an der Zeit. Vielleicht ist sie aktueller denn je: Erst im Lichte einer hochgradig *individualisierter* Klassengesellschaft werden die historischen Grenzen der bürokratischen Massenorganisationen in aller Schärfe sichtbar: »Je weniger auf objektiv gleiche Interessenlagen auf der Basis standardisierter Arbeitsverhältnisse gesetzt werden kann, desto wichtiger wird die Demokratisierung und Politisierung der bürokratisch-korporativ erstarrten Gewerkschaftsapparatur« (J. Hirsch).

DIETMAR LIESER

Karl Korsch:  
Marxismus und Philosophie  
(1923)

**K**eine noch so subtile Ausdeutung der 1923 publizierten Studie *Marxismus und Philosophie* vermag daran etwas zu ändern: Die geschichtsphilosophische Idee einer proletarischen Revolution, die Karl Korsch's theoretisches Werk der frühen zwanziger Jahre wie selbstverständlich noch beseelte, ist uns Heutigen nicht nur fremd, sondern inzwischen sogar unheimlich geworden. Wenn sich in der Studie *Marxismus und Philosophie* dennoch ein Aktualitätskern erhalten hat, so deshalb, weil sie auf der Notwendigkeit einer dialektisch-kritischen Denkmethode insistiert. Die Erinnerung daran erscheint umso dringlicher, als spezifische Theorieoptionen der Postmoderne (und hier vor allem die von Jean Baudrillard vertretene Simulationstheorie) dahin tendieren, das Ende der marxistischen Utopie mit dem Ende des kritischen Denkens selbst zu verwechseln.

Folgt man den Diagnosen des philosophischen Zeitgeistes, wie er namentlich unter dem Banner der »Postmo-

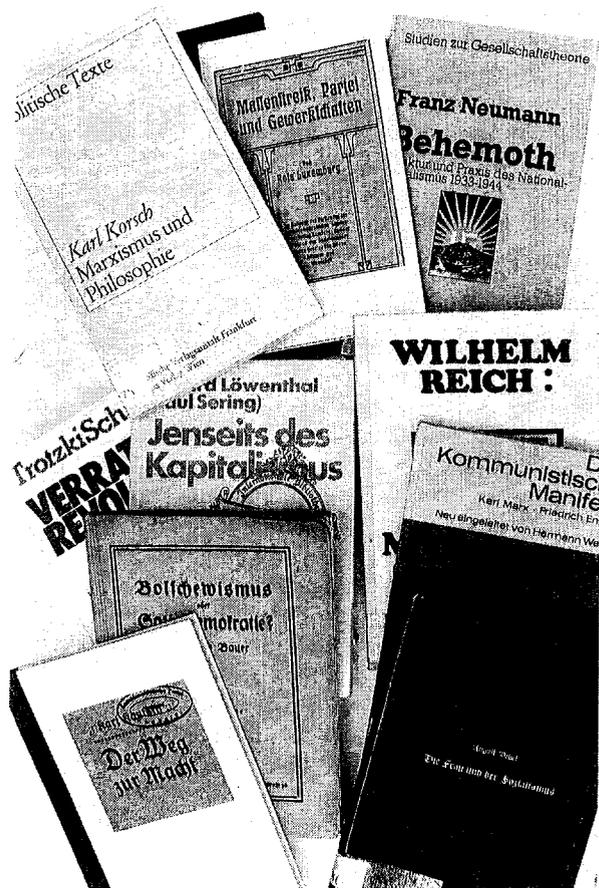


Foto: JOKER/Hick\*

die gegenwärtige Generation so wenig wie auf irgendeine zukünftige. Wer daher heutzutage unvermindert am Gedanken einer materialistischen, d. h. sozialistischen Glücksverheißung festhält, der findet sich auf dem Jahrmarkt intellektueller Moden häufiger mit dem Etikett des Unzeitgemäßen behaftet: Aus dem subversiven Systemkritiker von einst ist nun eine melancholische Figur geworden, ein Kompensations-theoretiker linker Observanz, dem sich nur schwer die Einsicht mitteilt, daß er ein im Grunde längst verlorenes Erbe verwaltet – so jedenfalls will es der über nahezu alle ideologischen Grenzen hinweg bestehende intellektuelle Konsens.

Und in der Tat – wer wollte auch leugnen, daß das sozialistische Experiment, wenigstens sofern es den Vorgaben der klassischen marxistischen Theorie verpflichtet blieb, gründlich gescheitert ist. Darüber belehrt die politische Geschichte dieses Jahrhunderts zur Genüge. Bekanntlich reicht die Spur des Terrors, die den

derne« sich ausbreitet, dann sind wir inzwischen in eine Epoche eingetreten, in der die Auseinandersetzung mit den kanonischen Texten der marxistischen Tradition zu einer hoffnungslos anachronistischen Beschäftigung geworden ist, sofern sie nicht ohnehin durch ein ausschließlich historisches Interesse determiniert wird. Unwiderruflich, so scheint es, haben sich die »utopischen Energien« (Habermas) des geschichtsphilosophischen Denkens verzehrt, sind dessen einstige Bastionen zu Ruinen verfallen, aus denen heraus sich bestenfalls noch Rückzugsgefechte führen lassen. Die »schwache messianische Kraft« des materialistischen Versprechens, von der Walter Benjamin, allem gebotenen Pessimismus zum Trotz, noch sprechen konnte, ist augenscheinlich nicht mehr übertragbar – auf

realhistorischen Weg der sozialistischen Utopie markiert, bis in die unmittelbare Gegenwart hinein. Gescheitert ist der Realsozialismus allerdings nicht nur als politisches System, sondern auch als gesamtgesellschaftliche Konzeption, d. h. als Idee einer Gesellschaftsform, die die Verwerfungen der Moderne aufhebt und versöhnt in einer integralen Ordnung lebensweltlicher Sinnbezüge: »Vorstellbar wäre die Verwirklichung einer (kommunistischen) Gemeinschaftsgesellschaft nur durch einen weitgehenden Abbau der Komplexität des Gesellschaftssystems, was zur Voraussetzung hätte, daß man industrielle Technologien, die funktionale Spezialisierung, Aufgabenteilung, Warenaustausch und Fremdversorgung erfordern, »radikal abschafft«, um eine *stable state* Zivilisation aufzubauen, mit

Produktionsmitteln, die von kleinen Gemeinschaften beherrschbar, zur lokalen Selbstversorgung brauchbar sind«; so André Gorz in seinem Buch *Und jetzt wohin?*

## Geburtsstunde der Posthistoire

Die Frage nach einer ebenso wirkungsvollen wie zukunftssträchtigen Alternative erscheint müßig angesichts der Ergebnisse, die das Scheitern des sozialistischen Experiments gezeitigt hat. Denn spätestens seit den Ereignissen des Jahres 1989 steht wohl außer Zweifel, daß die Rollen im politischen Kräftespiel neu besetzt werden müssen. Während das revolutionäre Potential der Geschichte immer unangefochtener durch den westlichen Spätkapitalismus verkörpert wird, etabliert sich linkes Denken auf der anderen Seite zunehmend als retardierendes Prinzip, als, wie es scheint, ohnmächtige Einspruchsinstanz gegen den »rasenden Stillstand« (Virilio) des leerlaufenden kapitalistischen Verwertungsprozesses. Mit der Vernutzung der welthistorischen Alternativen aber petrifiziert die beschleunigte Moderne zur ewigen Wiederkehr des Gleichen: »Geschichte geschieht nur noch als ob« (Norbert Bolz). Das ist die Geburtsstunde des Posthistoire.

Der postmodernen Theorieoption ist dieser gesellschaftliche und bewußtseinsgeschichtliche Zustand längst zum Fundament bzw. Ausgangspunkt ausgreifender Reflexionstätigkeit geworden. Das gilt vor allem für die durch Baudrillard vertretene Variante des Abschieds vom »Projekt der Moderne« (Habermas), deren bisweilen zynisch-apokalyptische Klangfarbe unschwer erkennen läßt, daß das diagnostizierte Ende der Geschichte auch die eigenen Erwartungen und Hoffnungen – sie gründeten einst im revolutionären Potential des Mai '68 – in den Sog der Annihilation gezogen hat. Die Systemopposition von ehemals gehört inzwischen selbst zum »Retro-Szenario« des Historischen, in jene vergangene Epoche also, da der dialektische Widerspruch noch das Bewegungsgesetz des

geschichtlichen Fortschritts bildete. Das war vor dem endgültigen Eintritt ins Informationszeitalter. Seither aber hat die kapitalistische Warengesellschaft eine neue Qualität gewonnen. Denn mit dem Übergang vom klassischen Industriekapitalismus in die Epoche universal vernetzter Kommunikation transzendiert der materiale Produktions- und Konsumtionsprozeß in die »Hyperrealität« eines selbstreferentiellen Zeichensystems, in dem die Form selbst dominant geworden ist. Nach Baudrillard erleben wir also die Umkehrung des Kategoriensystems der politischen Ökonomie: trug einst der Gebrauchswert das gesamte System, so ist es nun der nurmehr unablässig sich selbst reproduzierende Tauschwert. Das ist die strukturelle Revolution des Wertes: »Aus dem Wertgesetz im Sinne der Ökonomen oder im Sinne von Marx [...] ist das Wertgesetz im Sinne Saussures geworden: jeder Term eines Systems hat Wert nur durch seine Beziehung zu den anderen, zu allen anderen Termen; kein Term hat Wert an sich, vielmehr geht der Wert aus der totalen Austauschbarkeit der Elemente hervor, er ist die dem Code entsprechende variable Geometrie: struktureller Wert. Es ist dieses linguistische und strukturelle Wertgesetz, das uns heute regiert und das einer phantastischen Ausweitung des ökonomischen Wertgesetzes entspricht« (Baudrillard, *Koolhaas oder Der Aufstand der Zeichen*). Im total abstrakt gewordenen Arbeitsprozeß des medientechnologisch organisierten Kapitalismus verflüchtigen sich die dialektischen Polaritäten, die dem klassischen Maschinenzeitalter ihr utopisches »Noch-Nicht« einschrieben, zu folgenlosen Signalen in einem zirkulären Zeichensystem ohne jede externe Referenz; sie werden allenfalls noch simuliert, aber nicht mehr realgeschichtlich ausgetragen, seit das Realitätsprinzip selbst definitiv außer Kraft gesetzt ist. Am Ende einer »Theologie der Wahrheit« (Baudrillard, *Agonie des Realen*) ist die Substanz des historischen Prozesses in der Überfülle der Zeichen verdampft. Der Mensch selbst ist zu einem Zeichen, zu einer Schnittstelle im globalen Inter-

face geworden, das heißt zu einem Subjekt/Objekt ohne realen Wert: er »sehnt sich nicht mehr nach seinem vollkommenen Idealbild, sondern nach der Formel einer endlosen genetischen Reproduktion« (Baudrillard, *Videowelt und fraktale Subjekt*). Damit aber deutet sich ein Endzustand an, der alle marxistisch-materialistischen Glücksverheißungen auf eine perverse Art und Weise überbietet und zugleich einlöst. Denn im Rausch des fugenlosen Funktionierens und der unendlichen Reduplikation seiner selbst wird das Subjekt derart unterkomplex, daß von einer Differenz zwischen Mensch und Maschine sich so wenig sprechen läßt wie von einer »Differenz zwischen einem Subjekt und einem anderen« (ebd.). Der utopische Horizont, den der kritische Schlüsselbegriff der »Entfremdung« negativ anzeigt, gehört der Vergangenheit an, weil er bereits erreicht ist in der zur ersten Natur geronnenen Abstraktheit der postmodernen Medienwelt. Die von allen materialistischen Paradigmen befreite, selbstreferentielle Computerwelt des Spätkapitalismus als unüberbietbare Verwirklichung des marxistischen Programms – das ist die lustvoll-zynische Botschaft Baudrillards an die Adresse der sozialistischen Intelligenz alten Schlages.

### Korsch *contra* Baudrillard

Zu den konkreten Vorgaben, die Korsch's Studie *Marxismus und Philosophie* auf den Weg brachten, zählte auch und vor allem die Erfahrung der Revolution von 1918/19. Deren Scheitern ursächlich zu bestimmen, mußte Anspruch und Aufgabe einer den Zielen des Sozialismus verpflichteten Reflexionstätigkeit sein. Korsch's diesbezügliche Analyse fällt eindeutig aus: sie diagnostiziert das Versagen der proletarischen Bewegung als ein »Zurückbleiben ihres subjektiven Bewußtseins hinter den Erfordernissen der objektiven geschichtlichen Situation« (Erich Gerlach) – ein Mißverhältnis, das aus der Perspektive Korsch's nicht zuletzt dem Vulgärmarxismus der II. Internationale und seiner Reduktion auf ein »ent-

weder überhaupt nicht mehr oder nur noch zufällig in revolutionäre praktische Aufgaben auslaufendes« ökonomisch-evolutionistisches Theoriemodell anzulasten ist (Korsch, *Marxismus und Philosophie*). Um einer solchen Verflüchtigung des Zusammenhangs von Theorie und Praxis entgegenzutreten, soll in *Marxismus und Philosophie* das revolutionäre Wesen der von Marx entwickelten materialistischen Dialektik rekonstruiert und reaktualisiert werden. Korsch sieht sich deshalb genötigt, die vulgärmaterialistische Verflachung des Marxismus durch die Ausarbeitung eines unverkürzten Begriffs gesellschaftlicher Totalität, der bei Marx selbst angelegt sei, zu korrigieren. Unverkürzt aber heißt nach Korsch, daß die in der marxistischen Orthodoxie vorherrschende Neigung, die gesellschaftlichen Formen des Bewußtseins zu unselbständigen und zudem unrealen Anhängseln der ohnehin einzig ausschlaggebenden materiellen Praxis herabzustufen, aufgehoben werden muß durch eine »marxistisch-materialistische Dialektik«, für die das »Zusammenfallen von Bewußtsein und Wirklichkeit« charakteristisch ist (ebd.). Aus dieser schon beim frühen Marx greifbaren Betrachtungsweise spreche die ebenso tiefgreifende wie unhintergehbare Erkenntnis, »daß auch die materiellen Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Epoche das, was sie sind, nur zusammen mit denjenigen Bewußtseinsformen sind, in denen sie sich [. . .] im [. . .] Bewußtsein dieser Epoche widerspiegeln, und ohne (die sie) [. . .] in Wirklichkeit nicht bestehen könnten« (ebd.). Im Gegensatz zum Vulgärmarxismus der II. Internationale nimmt Korsch daher die idellen Konstrukte des Überbaus als Realitäten ernst und gelangt so zu einer Auffassung von gesellschaftlicher Totalität, in der sich Wirklichkeit und Bewußtsein wechselseitig erhellen.

Damit aber ergeben sich sogleich die Konturen eines Praxisbegriffs, der den des ökonomischen Determinismus der marxistischen Orthodoxie überschreitet durch die Einführung einer subjektiven Dimension: »die geistige Aktion gegen

die Bewußtseinsformen der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft« (ebd.) wird nun selbst zu einem selbständigen Bestandteil der revolutionären Praxis, und zwar exakt im Sinne der »materialistisch-dialektischen Methode des Sozialismus von Marx und Engels« (ebd.). Es ist diese Einsicht in den dialektischen Zusammenhang der als »real« zu begreifenden geistigen Sphäre mit den gesellschaftlich-materiellen Basisbedingungen, die Korsch dahin führt, einen erweiterten, nicht mehr einseitig am Ökonomischen und Politischen ausgerichteten Praxisbegriff zu formulieren und einzufordern. Die bürgerliche Gesellschaft, so Korsch, müsse nicht nur praktisch-ökonomisch, sondern zugleich auch »theoretisch vollständig überwunden« werden (ebd.). Das bedeutet auch und vor allem: Sie muß auf dem Gebiet der Philosophie kritisiert und überschritten werden. In diesem Sinne aber hätten, so Korsch weiter, bereits Marx und Engels ihre Theorie und Philosophie verstanden: als geistige Aktion eines nicht nur politisch und ökonomisch, sondern umfassend zu führenden Kampfes. Daran müsse angeknüpft werden, um das Bewußtsein des Proletariats auf das Niveau der objektiven geschichtlichen Situation zu heben.

### Verflüchtigung des dialektischen Widerspruchs

Wir haben eingangs bereits auf die Überholtheit der von Korsch vorgetragenen Theorieoption hingewiesen. Ihre historische Grenze wird durch die orthodoxe Vorstellung einer notwendigen Verknüpfung von emanzipatorischer Idee und proletarischer Revolution angezeigt. Was damals, im Jahre 1923, noch geschichtlich möglich schien, ist inzwischen unwiderrufflich dem historischen Bestand zugeschlagen: Wo heute noch Revolutionen geführt werden, da richten sie sich nicht mehr gegen den Kapitalismus, sondern werden in dessen Namen geführt. Das macht die Aktualität der Simulationstheorie Baudrillards geradezu unabweisbar, reflektiert sie doch nicht nur den ohnehin offenkundigen Verlust eines histo-

risch-revolutionären Subjekts, sondern damit zugleich auch die zunehmende Verflüchtigung des dialektischen Widerspruchs der bürgerlichen Gesellschaft im medientechnologisch organisierten Spätkapitalismus, d. h. die Hereinnahme des Widerspruchs ins System selbst. Zu übersehen ist allerdings ebensowenig, daß die oftmals verblüffende Authentizität der Baudrillardschen Theorie mit der Austreibung jeder kritischen Perspektive bezahlt wird: Die postmoderne Entzauberung der geschichtsphilosophischen Utopien endet in der lustvoll-zynischen Bejahung einer ahistorischen, gleichsam mythisch verzauberten Medienrealität, in der die Selbstentfremdung der Menschheit, um mit Benjamin zu reden, zum ästhetischen Genuß avanciert. So treibt die unterstellte und schwer zu widerlegende Aussichtslosigkeit des kritischen Geschäfts in der Theorie Formen eines verdinglichten Bewußtseins hervor.

Gewiß, wirkungsmächtige und attraktive Alternativen sind kaum noch formulierbar, schon gar nicht als auf ein Kollektivsubjekt ausgerichtete Totalentwürfe; die geschichtlichen Erfahrungen dieses Jahrhunderts haben uns hinreichend darüber belehrt, daß sie nicht einmal wünschenswert sind. Der reflektierte Verzicht darauf darf allerdings ebensowenig um den Preis eines *sacrificium intellectus* geleistet werden. Apokalyptisch-zynische Affirmation ersetzt nicht das kritische und wie auch immer erfolglos-ohnmächtige Geschäft der Theorie. Wenigstens daran wäre mit Korsch zu erinnern – auch nach dem Ende der proletarischen Revolutionshoffnungen. Daß dies unvermindert nötig bleibt, belegen die Ausführungen Baudrillards zur Genüge.

Otto Bauer:  
Zwischen zwei Weltkriegen?  
(1936)

Der Name Otto Bauers ist im Gedächtnis unserer Generation erloschen. Lesen wir, was Julius Braunthal im vierten Band der Werkausgabe Bauers *Statt einer Einleitung* über den führenden Kopf der österreichischen Sozialdemokraten schreibt: »Er war eine der großen Gestalten des Sozialismus (. . .) Er war das Haupt der Revolution in Österreich. Er war wahrscheinlich der bedeutendste Theoretiker des Marxismus seit dem Tode von Marx und Engels (. . .). Vielleicht war Otto Bauer der letzte der Propheten eines sozialistischen Millenniums.« Voller Enthusiasmus wird hier ein Mann gewürdigt, der in der Zeit zwischen den Weltkriegen wie kaum ein anderer die Politik der Sozialdemokratie in Österreich prägte und als einer der wichtigen Akteure der Sozialistischen Internationale galt. Bauer war der Wortführer der Sozialistischen Arbeiterpartei in Österreich und einer der wichtigsten Vordenker des »Austromarxismus«. Er führte die österreichischen Sozialdemokraten auf den Pfad des Dritten Weges.

Schon im Linzer Parteiprogramm von 1926 versuchte Bauer eine Brücke zu schlagen zwischen revolutionärem Sozialismus und angepaßter Sozialdemokratie, zwischen Bolschewismus und Reformismus. Aber erst zehn Jahre später, in seinem Letzt-Werk *Zwischen zwei Weltkriegen?* (1936) entfaltete Bauer den Dritten Weg auch als theoretische Konzeption. Er nannte sie »integralen Sozialismus«.

Es war die Zersplitterung der internationalen Arbeiterbewegung, gegen die Bauer in *Zwischen zwei Weltkriegen?* anscrieb. Als Kriegsgefangener hatte er 1917 die russische Revolution selbst miterlebt. Er hatte gesehen, wie sie eine Diktatur des Proletariats mit zunehmend totalitären Zügen errichteten und leichtfertig niedermetzelten, was Bauer als

»das wertvollste Resultat (. . .) der ganzen bürgerlichen Geschichtsepoche« beschrieb: die Freiheit und die Menschlichkeit demokratischer Gemeinwesen. Für den österreichischen Sozialdemokraten rückte der Bolschewismus gefährlich in die Nähe der faschistischen Gewaltherrschaft: Beide zerstörten die Resultate der politischen Emanzipation des Individuums – der Bolschewismus allerdings, um die Emanzipation der Volksmasse zu erzwingen; der Faschismus, um sie zu verhindern.

Was aber war die europäische Alternative zum russischen Totalitarismus? Aus Bauers Sicht ein angepaßter, spießiger Reformismus, der das sozialistische Gesellschaftsideal längst zu bloßer Utopie degradiert hatte. Die sozialdemokratischen Parteien in West- und Mitteleuropa hatten geglaubt, den Kapitalismus von innen her aushöhlen zu können. Durch das Ausnützen der demokratischen Institutionen, durch Arbeitskämpfe, Lohnverhandlungen und Sozialgesetze wollten sie die kapitalistische Gesellschaft allmählich in eine sozialistische umwandeln. Doch der Faschismus – für Bauer die häßlichste aller Fratzen des Kapitalismus – zerstörte die reformistische Illusion. Gebeutelt durch die Wirtschaftskrise, bemächtigten sich die Kapitalisten der faschistischen Milizen, um die profitschmälernden Errungenschaften des reformerischen Sozialismus zu zerschlagen.

Bauer analysiert den Faschismus eindimensional als Erscheinung des Niedergangs der Bourgeoisie. Die faschistischen Milizen sind ihm ein »Werkzeug(s) zur Niederwerfung der Arbeiterklasse«. Das ist für sein Konzept des integralen Sozialismus fundamental. Denn die Faschismus-Erfahrung lehrte ihn, daß die Interessen des Kapitals selbst vor der Abschaffung demokratischer Institutio-

nen nicht halt machten. »Solange die Kommandohöhen der Wirtschaft in den Händen des Kapitals bleiben«, schrieb Bauer, zwingt das Kapital jede Staatsmacht unter seine Interessen. Deshalb glaubte er, daß dauerhafte Volksfreiheit und Demokratie nur dann gesichert sind, wenn die kapitalistischen Klassengegensätze in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aufgehoben werden. Er brachte seine Erkenntnis auf die griffige Kurzformel: »Die Gesellschaftsordnung ist stärker als die Staatsverfassung«.

Daraus leitete sich für Bauer auch die Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Demokratie ab. Er charakterisierte sie als ein »gewaltiges Werk der Befreiung« – unter der Herrschaft des Kapital.

Denn der demokratische Staat verbürgt zwar jedem Bürger eine Sphäre der Freiheit – aber die ökonomische Abhängigkeit vom Kapital bleibt unangetastet. Nicht anders sei es, so Bauer, um die versprochene Gleichheit aller bestellt. Auch sie erweise sich nurmehr als Gleichheit vor dem Gesetz. Ebenso bleibe die Regierung durch Volksvertreter den ökonomisch-ideologischen Machtmechanismen des Kapitals unterworfen. Wie das funktioniert, ist uns allen bekannt: Kürzungen bei den Sozialleistungen werden mit dem Arbeitgeber-Argument durchgesetzt, daß dadurch langfristig Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Im Duktus Bauers: Das Kapital maskiere seine Interessen als Interessen des Staates, der Volksgemeinschaft usw. Es ersetze Gewalt oder politische Privilegierung – in einer Demokratie unlautere Mittel – durch »Ideensysteme«. Und genau darin sah Bauer die große Gefahr des reformerischen Sozialismus.

Retrospektive bescheinigte er den europäischen Sozialdemokraten, den Ideensystemen der Kapitalisten erlegen zu sein – moderner formuliert, ihrer Deutungsmacht. Er rechnete den Sozialdemokraten zwar hoch an, daß sie den Kapitalismus auf eine höhere Entwicklungsstufe gehoben hatten (die Lohnforderungen der Arbeiter führten zu einer Beschleunigung der technischen Entwicklung und erhöhten so die gesell-

schaftliche Wohlfahrt) – aber das hatte an der Ausbeutung der Arbeiterklasse nichts geändert. Im Gegenteil, daß sich die Lebensbedingungen der Arbeiter besserten, beruhte auf ihrer Ausbeutung.

Bauers Kritik an der bürgerlichen Demokratie war eine Kritik an ihrer Eingrenzung auf den Bereich des Politischen. Er begriff Sozialismus und Demokratie nicht als Gegensätze, sondern sah im Sozialismus gerade die Verwirklichung der demokratischen Ideen. Nur durch eine soziale Emanzipation der Arbeiterschaft, durch die Aufhebung der Klassengegensätze, glaubte Bauer, die Demokratie vervollkommen zu können. Gleichzeitig hatte ihn der Faschismus gelehrt, wie anfällig die bloß auf den politischen Raum beschränkte Demokratie war. Eine heftige Wirtschaftskrise – und schon schlugen sich die Kapitalisten auf die Seite der Gewalt, um ihre Profite zu retten. Darum schien Bauer auch die Dauerhaftigkeit demokratischer Institutionen allein in einer sozialistischen, klassenlosen Demokratie garantiert. Als Weg dorthin sah er nur eine einzige Möglichkeit: die Diktatur des Proletariats.

Nur mit einer Diktatur des Proletariats konnten aus Bauers Sicht die Deutungsmacht und die Absorptionsfähigkeit des Kapitalismus gebrochen werden. Freilich stellte er sich keine Diktatur sowjetischer Provenienz vor. Er beurteilte zwar die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in der Sowjetunion mit geradezu blauäugigem Optimismus (so entging ihm der als Sozialismus verschleierte Staatskapitalismus), aber die totalitäre Partei-Diktatur der Bolschewisten hatte Bauer von Anfang an scharf verurteilt. Nicht eine totalitäre Gewaltherrschaft stellte er sich unter einer Diktatur des Proletariats vor, sondern eine von der Arbeiterklasse eroberte Staatsmacht, die – abhängig von den konkreten geschichtlichen Voraussetzungen – gerade so stark ist, daß sie alle Widerstände, die der gesellschaftlichen Umwandlung entgegenstehen, brechen kann. Im günstigsten Fall konnte das eine Demokratie der Werktätigen unter Ausschluß der kapitalistischen Minderheit sein.

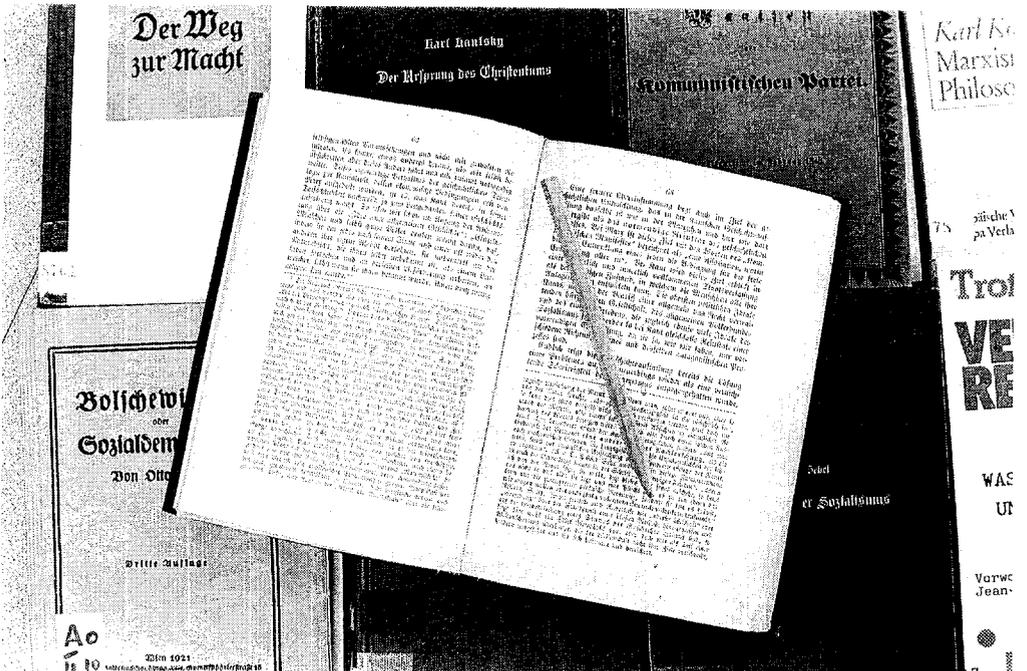
Damit beschriftet Bauer den Dritten Weg als eine Möglichkeit zwischen totalitärem Bolschewismus und demokratiegläubigem Reformismus. In gewohnter Länge formuliert er: »Wir brauchen einen Sozialismus, der jede auch nur vorübergehende Preisgabe dieser (demokratischen) Rechtsgüter als das schwerste Opfer (. . .) wertet und dieses Opfer nur in dem unerlässlichen, unvermeidlichen Maße und nur so lange zu bringen bereit ist, als es unerlässlich und unvermeidlich ist.« So glaubte Bauer, den demokratischen Sozialismus des Westens und den revolutionären Sozialismus des Ostens vereinen zu können – als Synthese aus geistig politischer Freiheit und ökonomisch-sozialer Befreiung.

Bauer entwickelte den integralen Sozialismus, weil er endlich den alten Gegensatz zwischen der reformerischen Arbeiterbewegung, die um ihre unmittelbaren Tagesinteressen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kämpft, und dem zielbewußten Kampf revolutionärer Sozialisten um eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufheben sollte. Reformismus und Revolutionis-

mus waren für ihn keine unüberwindbaren Gegensätze; er begriff sie als verschiedene Erscheinungsformen ein- und desselben Sozialismus. Das ist der besondere Dreh am Konzept des integralen Sozialismus: Der österreichische Sozialdemokrat versuchte den vielgescholtenen Reformismus zu rehabilitieren, indem er ihn als »Ideologie der Arbeiterklasse auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung« betrachtete – jener Stufe, »auf der die Arbeiterklasse zwar noch nicht stark genug ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen, wohl aber stark genug, die demokratischen Institutionen erfolgreich für ihre Kämpfe um die Hebung ihrer Lebenshaltung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auszunützen«. Sobald diese Entwicklungsphase überwunden sei, hoffte Bauer, könne auch der reformerische Sozialismus überwunden werden.

Dabei gedachte er den revolutionären Sozialisten eine führende Rolle zu. *Innerhalb* der großen Arbeiterparteien sollten sie die revolutionären Ideen verfechten und die »spießbürgerlichen, vulgär-demokratischen Vorurteile gegen die

Foto: JOKER/Hick



Sowjetunion« bekämpfen, damit die revolutionären Ideen die Arbeiterklasse eroberten und die Revolution vom Damm gebrochen werden könne, »sobald erst geschichtliche Ereignisse die Massen der Arbeiterklasse für revolutionäre Ideen empfänglich machen«. So verknüpfte Bauer die reformistische Gegenwarts-ideologie mit einer revolutionären Zukunftsperspektive. So gab er der alltäglichen Realpolitik einen utopischen Glanz.

Aber wie so viele Sozialismus-Ideen scheiterte auch das Konzept des integralen Sozialismus. Als im Mai 1932 der autoritativ-klerikale, mit Notverordnungen herrschende Engelbert Dollfuß in Österreich die Macht übernahm, sahen die Sozialdemokraten ohnmächtig zu. Zwei Jahre später wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei aufgelöst. Sie hatte sich mit ihrem bewaffneten Arm, dem Republikanischen Schutzbund, ein letztes Mal gegen die Staatsmacht aufgebaut – vergeblich. Die Sozialdemokraten wurden geschlagen, Bauer und die anderen Parteiführer mußten ins Ausland fliehen.

Heute ist der sozialistische Glanz, den Bauer mit so viel Pathos herbeischrieb, mehr denn je abgestumpft. Selbst für diejenigen, die seine Kritik an der Einengung des Demokratiebegriffs auf den bloß formal-politischen Bereich teilen, für feministische Denkerinnen, hat der Sozialismus seine Anziehungskraft eingebüßt. Die Magnetwirkung der sozialistischen Utopie verlor sich auf dem Weg zu einer kapitalistischen Weltgesellschaft. Der Aufstand der Zapatisten in Mexiko gegen ihre ökonomische und soziale Benachteiligung nimmt sich darin wie ein Relikt aus.

Vielleicht war Otto Bauer tatsächlich »der letzte der Propheten eines sozialistischen Millenniums«. Auf jeden Fall aber war er Realist genug, die Beharrlichkeit des Kapitalismus nicht zu unterschätzen. Der marxistische Determinismus, wonach die Geschichte unweigerlich auf den Sozialismus zusteuert, war für ihn zu Recht eine Illusion. Nie waren die kapitalistische Marktwirtschaft und ihr poli-

tisches Äquivalent, die bürgerliche Demokratie, stärker als heute. Die »Ideen-systeme« des Kapitalismus haben sich praktisch weltweit durchgesetzt. Damit gehört die revolutionär-sozialistische Zukunftsperspektive Bauers wohl in die Geschichtsbücher.

Was bleibt, ist ganz allgemein betrachtet der Widerstreit zwischen radikaler und Reform-Strategie – und der ist heute so aktuell wie vor 60 Jahren. Mit seiner Konzeption des integralen Sozialismus baute Bauer darauf, daß sich eine reformerische Bewegung eine radikal-fundamentalistische Zukunftsperspektive bewahren kann. Er hielt das sogar für notwendig. Denn nur so, glaubte er, könne das kritische System von innen her reformiert werden, ohne daß die Bewegung den deutungsmächtigen Ideensystemen erliege. Und nur so könne das System von derselben Bewegung revolutioniert werden, sobald die gesellschaftlichen Bedingungen dies zulassen. Wie gesagt, die österreichischen Sozialdemokraten scheiterten mit dieser Strategie. Aber auch anderen Bewegungen ist es nicht gelungen, sich den radikalen Pol zu bewahren. Beispiel: die Grünen. Nach jahrelangen Flügelkämpfen zwischen Realos und Fundis spielen die Fundamentalisten heute kaum noch eine Rolle. Nüchterne Realpolitik mit fundamentalistischem Zierat, ist die dominierende Parteilinie.

Bauer unterschätzte den Anpassungsdruck, der von Institutionen ausgeht. Wer sich auf eine Institution – und sei es nur der Sportausschuß eines Gemeinderats – einläßt, muß wenigstens die Grund-Spielregeln akzeptieren, um handlungsfähig zu sein. Sich dabei trotzdem eine radikale Gesinnung zu bewahren, erfordert schon eine Höchstleistung an Resistenz.

In bezug auf den opportunistischen Reformismus der Zwischenkriegszeit schrieb Bauer: »Es ist der höchste Triumph einer Klasse, wenn ihre Ideen dermaßen zu den herrschenden Ideen der Zeit geworden sind, daß sie keiner politischen Privilegien mehr bedarf, (. . .) um herrschen zu können (. . .)«. Der Refor-

mismus war der Deutungsmacht des Kapitals erlegen. Statt dem Kapitalismus eine revolutionäre Perspektive entgegenzusetzen, wurde er zu einer tragenden Stütze des kritisierten Systems.

Bauer hatte die faschistische Erfahrung im Nacken, als er seine Kritik am Reformismus formulierte. Aber in einer Demokratie macht genau diese Absorptionsfähigkeit die Stabilität des Systems aus. Das ist die positive Seite des politischen Aushandelns von Interessenkonflikten. Die negative: Kompromisse machen Politik moderat, schleifen Ideale ab. Bauer bescheinigte der bürgerlichen Demokratie den Verlust ihres emanzipatorischen Charakters. Nicht ganz zu Unrecht. Die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, kritisierte er, sei vom Fordismus erhofft worden. »Das technische Ideal war an die Stelle der verlorengegangenen gesellschaftlichen Ideale getreten.«

Vor diesem Hintergrund liest sich das Konzept des integralen Sozialismus wie eine Aufforderung, wider die bloße Affirmation des Bestehenden zu handeln. Das ist, zugegeben, eine sehr abge-speckte Version.

ANETTE EMTMANN

Leo Trotzki:  
Verratene Revolution (1936)

**L**eo Dawidowitsch Bronstein alias Trotzki (1879–1940) beendete 1936 im norwegischen Exil seine Analyse der Entwicklung der Sowjetgesellschaft. *Verratene Revolution* gilt als Trotzki's Hauptwerk in seiner Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Im Rahmen einer geschichtlich-soziologischen Deutung untersucht Trotzki die Widersprüche der Sowjetgesellschaft, z. B. die ma-

terielle und kulturelle Ungleichheit sowie die staatliche Unterdrückung. Im Sinne der klassischen marxistischen Definition vom Sozialismus könne die UdSSR nicht als sozialistische, »sondern als vorbereitendes oder Übergangsregime zwischen Kapitalismus und Sozialismus« (63)<sup>1</sup> bezeichnet werden. Nichts weist auf ein »Absterben« des Staates hin, vielmehr wuchere die Bürokratie zu einem in der Geschichte bis dato einmaligen Zwangsapparat aus.

Nach Trotzki hatte der Sowjetstaat von Anfang an einen doppelten Charakter: einen sozialistischen, indem er das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln schützte und einen bürgerlichen hinsichtlich der Verteilung der Konsumgüter. Die Bürokratie, zunächst aufgrund der sozialen Gegensätze für die Sowjetunion unumgänglich, könne zur tödlichen Gefahr für die Errungenschaften des Sozialismus werden. Nachdem in der UdSSR aufgrund der Wiedereinführung der bürgerlichen Verteilungsnorm das Warenangebot gestiegen sei, hätte der Bürokratie die Macht entzogen werden müssen. Diese habe jedoch ihre Privilegien gesichert und das Zwangsregime verstärkt. Ursache und Wirkung der Bürokratisierung sei die Entartung der bolschewistischen Partei gewesen. Zudem habe die Bürokratie im »Sowjetthermidor« nicht nur die linke Opposition besiegt, sondern auch das Programm Lenins. »Das bleierne Hinterteil der Bürokratie wog schwerer als der Kopf der Revolution« (107).

Zwar gehörten die Produktionsmittel dem Staat, aber der gehöre eben der Bürokratie. Würden diese Verhältnisse legalisiert, liefe dies auf die völlige Liquidierung der sozialen Errungenschaften der proletarischen Revolution und damit auf eine kapitalistische Restauration hinaus. Die Bürokratie unter Stalin habe die Revolution verraten, aber noch nicht gestürzt. Notwendig und erforderlich sei nun eine politische Revolution durch die Arbeiterklasse, wobei die bestehenden Eigentumsverhältnisse beibehalten, die Wirtschaft aber sicher reformiert werden müßte.

Trotsky bezeichnet das Stalinregime als einen auf Polizei und Offizierskorps gestützten Bonapartismus neuen Typs. Dieser – wie auch der Faschismus – verdanke seine Entstehung »der Verspätung des Weltproletariats bei der Lösung der ihm von der Geschichte gestellten Aufgabe« (279). Die Sowjetsektion der noch zu gründenden trotzkistischen IV. Internationale müsse die neue politische Revolution gegen die Bürokratie vorbereiten und zudem zur Tradition des revolutionären Internationalismus zurückkehren, denn das Schicksal der Oktoberrevolution sei eng mit dem Europas verbunden. »Nur so kann der erste Arbeiterstaat für die sozialistische Zukunft gerettet werden« (290).

Trotsky macht in der *Verratenen Revolution* seine Position gegen Stalins Theorie vom »Sozialismus in einem Land« nochmals stark. Die Revolution in einem Land dürfe nur das Vorspiel zur Weltrevolution sein. In dem Buch *Die permanente Revolution* (1930) hatte Trotsky bereits erklärt, daß arme, technisch zurückgebliebene oder koloniale Länder ihre Probleme nur unter der proletarischen Diktatur lösen könnten. Im nationalen Rahmen werde der Mangel lediglich verallgemeinert: die Weltrevolution sei unumgebar. Die *Verratene Revolution* – Trotskys letztes vollendetes Buch – kann als das Resümee seines theoretischen und politischen Werkes gelesen werden. Sein vehement vertretener Internationalismus hinsichtlich der Organisation der Arbeiterklasse und der revolutionären Initiative machte die Schrift zu einer Art Manifest der trotzkistischen Bewegung.

Die 1938 von Trotsky und seinen Anhängern gegründete IV. Internationale, die die Ausbreitung des Faschismus verhindern wollte, blieb auch nach 1945 relativ erfolglos. Infolge der Radikalisierung der politischen Ansichten spaltete sich die Bewegung in viele sich untereinander bekämpfende Gruppen. Trotskys Schriften wurden unter seinen Anhängern gemäß der divergierenden Auffassungen sehr unterschiedlich gedeutet.

In den 70er Jahren erfuhren Trotskys

Person und Werk im Westen eine Renaissance. Seine Schriften wurden neu bzw. erstmals in vielen Sprachen aufgelegt. Als Augenzeuge und Chronist der Revolutionen von 1905 und 1917 in Rußland sind seine Darstellungen von Bedeutung. Seine pointierte historische Analyse fand viele Anhänger. Akademische Würdigungen mühten sich vor allem darum, seine Revolutionstheorie zu rehabilitieren sowie zu aktualisieren. Beispielsweise schienen die kubanische Revolution und die lateinamerikanischen Kämpfe Trotskys Theorie der permanenten Revolution zu bestätigen.

Zudem verwies man auf Trotskys »weitsichtige(n), wenn auch vergebliche(n) Bemühungen, die deutschen Arbeiter, die internationale Linke und die Sowjetunion angesichts der tödlichen Bedrohung durch den Aufstieg Hitlers wachzurütteln; seine beharrliche Kritik an dem scheußlichen Machtmißbrauch Stalins, »nicht zuletzt bei der Leitung der wirtschaftlichen Angelegenheiten, und besonders bei der Kollektivierung, und sein letzter titanischer Kampf gegen die großen Säuberungen« (*Isaac Deutscher*). Zum anderen wurde gerade durch die Rezeption der *Verratenen Revolution* deutlich, daß Trotsky im Exil zu einer Anzahl von Fehleinschätzungen hinsichtlich der internationalen Lage und der der Sowjetunion neigte. Trotsky unterschätzte die Fortentwicklung der sozialen, wirtschaftlichen und technischen Bedingungen, die die »revolutionäre« Motivation der Arbeiter lähmte. Auch die reale Machtposition und Bedeutung Stalins schien Trotsky nicht klar zu sein. Er maß Stalin zu wenig politische Kompetenz und Führungsqualität zu, machte ihn aber gleichzeitig für alle Rückschläge der Entwicklung in der UdSSR und innerhalb der KOMINTERN verantwortlich.

Stalins Bemühungen, das Werk Trotskys für immer unzugänglich zu machen, wurden nicht zuletzt durch die Bestrebungen der IV. Internationale um das Andenken Trotskys vereitelt. Aber er unterschätzte seinen Gegner keinesfalls. 1940 ließ er ihn im mexikanischen Exil durch einen Mittelsmann der Geheim-

polizei (GPU) töten. Nach der ersten Ent-stalinisierungswelle durften Trotzki's Bedeutung für die Rote Armee und seine Rolle im Bürgerkrieg in der UdSSR erwähnt werden.

Heute kann man nicht mehr von einer Konstituierung der Arbeiterbewegung als einem *historischen Subjekt* ausgehen. Seit 1989 ist der Glaube an die Durchsetzungskraft der marxistischen Ideale fast verschwunden. Aber vielleicht hat der inzwischen historisch gewordene Sozialismus die von Trotzki antizipierten Folgen der Machenschaften der Bürokratie – freilich unter umgekehrtem Vorzeichen! – doch ein wenig bestätigt: Die aus der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Misere resultierenden Revolutionen des Jahres 1989 in Osteuropa waren allerdings auf Demokratie und Marktwirtschaft nach ›westlichem‹ Vorbild ausgerichtet, d. h. im Sinne Trotzki's »restaurativ« bzw. »konterrevolutionär«.

In *allen* osteuropäischen Ländern sind die demokratischen Errungenschaften der friedlichen Revolution immer noch nicht gesichert. Ein neuerlicher Thermidor ist aufgrund der ethnisch-nationalistischen, religiösen und sozio-ökonomischen Konflikte und Krisen keinesfalls vollends auszuschließen. Trotzki hat in seiner Revolutionstheorie Grundsätzliches erkannt: Die Entwicklung der revolutionären Situation und der Akteure hin zur Despotie kann jedoch noch so demokratischen Revolutionen folgen, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche ungelöst und die internationalen politischen Bedingungen unberücksichtigt bleiben.

»Die Revolution ist eine große Verzehrerin menschlicher Energie, individueller wie kollektiver. Die Nerven halten nicht stand, das Bewußtsein reibt sich auf, die Charaktere verschleifen. Die Ereignisse rollen zu schnell ab, als daß ein Zustrom frischer Kräfte den Verlust wettmachen könnte« (102).

#### Anmerkung:

1 Alle mit Seitenzahl gekennzeichneten Zitate und Anmerkungen beziehen sich auf folgende Ausgabe: Leo Trotzki: *Verratene Revolution*, Essen 1990 (ARBETTERPRESSE VERLAG).

FRANK JANNING

## Antonio Gramsci: Gefängnishefte

Das Leben im Einklang mit Subversion und Jugendkultur macht einfach keinen Spaß mehr: Auf Lebenszeit beschäftigte Ex-Kommunisten gründen Beavis- und Butthead-Fanclubs, Frank Elstner trägt ein Hole-T-Shirt, man schenkt sich gegenseitig zu Weihnachten Verhütungsmittel, Päderasten werden als Priester geoutet (oder umgekehrt), die jungen Leute sehnen sich nach der Geborgenheit und Zärtlichkeit der Kleinfamilie, und die Urin-Therapie ist in aller Munde.

Es blüht die Pracht der kulturellen Vielfalt, und doch ist fast alles gemein, übertrieben, aufgesetzt und spießig. Die Zombies aus dem Betrieb der Lebensstil-Vermittlung überbieten sich gegenseitig mit neuen Angeboten und suchen hier ein Patchwork zur Ergänzung der biographischen *bricolage* oder dort einen Stil, der sich noch ganz authentisch gibt, um ihn zu verramschen. Das ist also, was bleibt nach diesen »herrlich hedonistischen« 80er Jahren: ein kultureller *hang-over* ungeheuren Ausmaßes.

Was hilft dagegen? Klaus Theweleit ist selbst schon zur Pop-Ikone mumifiziert, Niklas Luhmann hat die Harfe ausgepackt und schwört, nur noch Verbindliches anzustimmen, Habermas hängt jetzt auch die Woche über in Starnberg ab, und die anderen Jungs und Mädchen der Theorie-Crew schielen auf Verkaufszahlen. Also gut, probieren wir es mal mit *Gramsci*! Schließlich linken hier junge Leute von links linke Kleinverlage und zocken Rezensionsexemplare ab (hallo, ARGUMENT-Verlag, Du schickes Teil!)?

Die kritische Spitze des Beitrags Gramsci's zur Kapitalismus-Kritik in den *Gefängnisheften* liegt darin, zu zeigen, daß politische Herrschaft neben einer Grundierung in ökonomischen Kräfteverhältnissen eine eigene Gestalt und ein eigenes Beharrungsvermögen hat. Die

Ausgestaltung politischer Herrschaft bleibt aber nicht allein an die Ausübung von repressiver Staatsmacht gebunden, sondern findet ihre wichtige Stütze in den Arenen und den Diskursen einer Zivilgesellschaft. Politische Rechte, die Einrichtungen des Bildungssystems, Gewerkschaften, die Kirchen, die Presse, aber auch private Debattierklubs, politische Parteien und literarische Zirkel stellen das institutionelle Binnengeflecht dar, in dem und mittels dessen Zivilgesellschaft als Apotheose staatlicher Ordnung funktioniert. Natürlich finden sich innerhalb des Institutionengeflechts der Zivilgesellschaft inhaltliche und funktionale Widersprüche, also konkurrierende und mitunter sich ausschließende Vorstellungen über Politik, Bildung, das gute Leben, die akuten Probleme einer Gesellschaft etc. Die interne Fragmentierung und Vielschichtigkeit einer Zivilgesellschaft ist dann auch der Ansatzpunkt für Gramsci, politische Macht für eine revolutionäre Bewegung, die sich aus der Arbeiterbewegung formiert, nicht auf dem Wege des radikalen Umsturzes zu suchen, sondern sie sozusagen von innen her zu okkupieren. Die Institutionen und Kanäle der Zivilgesellschaft können dafür herangezogen werden, die politischen Ziele der Arbeiterbewegung in die Öffentlichkeit zu tragen, die Bewußtwerdung der unterdrückten Massen anzuleiten und schließlich die Staatsmacht für eine emanzipative Selbstorganisation der Gesellschaft zu gewinnen. Daß dieses Unterfangen der Unterwanderung oder Umgestaltung einer Gesellschaft jedoch nicht so einfach zu leisten ist, hat damit zu tun, daß die zivilgesellschaftlichen Institutionen und ihre diversen sozialen Trägergruppen einen Block bilden; dieser Block artikuliert sich zum einen als Interessenbündnis zur Abwehr gegnerischer Allianzen und zum anderen als Definitionsrahmen des politisch Erlaubten und der angesehenen kulturellen Leistungen in Abgrenzung zu nicht-legitimen Ausdrucksformen.

Der Begriff der Hegemonität faßt nun beide Elemente der Herrschaftssicherung zusammen: In gegenseitiger Er-

gänzung stabilisieren sich die herrschenden sozialen Gruppen und die politisch akzeptierten Programmvorstellungen und die in den Gattungen der Literatur, der Kunst und Musik als legitim erkannten Werte, Formvorstellungen und Gegenstände. Es ist dieser Gedanke eines Verweisungszusammenhangs zwischen politischen Themen, kulturellen Moden und den Interessen von ressourcenmächtigen Eliten, der sicherlich am ehesten die Aktualität der Schriften Gramscis begründet. Es erscheint gerade für Linke anziehend, Erscheinungsformen des Reaktionsären in Kultur und Politik aufeinander zu beziehen und Zusammenhänge herzustellen, die zumindest einige Vermittlungsebenen außer acht lassen. Gramscis Kulturkritik sah Schriftsteller und Musiker aber nicht einfach als Agenten des herrschenden Geschmacks und der herrschenden Klasse; ihm war durchaus bewußt, daß sich in Opposition zu einer abgehobenen, alltagsentleerten Hochkultur Kulturbewegungen formieren können, die sich stärker in einer produktiven Auseinandersetzung mit dem Alltagsverstand befinden und an konkreten Erfahrungen von erlittener Entfremdung und Unterdrückung und von gelebter Solidarität und Opposition ansetzen. In Erscheinungsformen der Trivialkultur, als auch in der offenen politisierten Arbeiterliteratur versucht Gramsci solche Momente einer widerständigen Praxis und eines anti-hegemonialen Diskurses auszumachen.

Gramscis kulturkritische Position läßt sich aber auch nicht als eine einfache Negation der Hochkultur kennzeichnen; eher erschien ihm der herrschaftszersetzende Dialog zwischen den quasi-authentischen Ausdrucksformen des Alltagsverstandes und den mitunter aufklärerischen Gehalten hochkultureller Sinnvermittlung wichtig.

Nun kann man sich angesichts der skizzierten Argumente fragen, was über das Blättern in der hübsch gestalteten Gesamtausgabe *Gefängnissefte* hinaus mit Gramsci anzufangen ist. Die Einschätzung der Aktualität Gramscis kann an den erläuterten Zusammenhängen

zwischen kultureller Hegemonie und politisch-kultureller Blockbildung und an der von ihm unterstellten Widerspenstigkeit des Alltagsverständes und der Massenkultur ansetzen.

Sicherlich lassen sich auch heutzutage Ideen-Koalitionen zwischen Politikern und Literaten ausmachen, allerdings ist fraglich, ob sie zielgerichtet von beiden Seiten gesucht werden oder ob nicht spezifische Anforderungen im Parteienwettbewerb und im Kampf um Aufmerksamkeit unter Autoren die jeweiligen Autoren zu Stellungnahmen verleiten, die dann ähnlich klingen, weil sich durchaus entsprechende Abgrenzungen sowohl im politischen wie im literarischen Feld etablieren. Diese durch die Soziologie von Pierre Bourdieu angelegte Interpretationsweise muß dann stärker die Voraussetzungen innerhalb einer komplexen Gesellschaft zum Gegenstand machen, die Rollenträger in unterschiedlichen Handlungskontexten dazu verleitet, ähnliche Positionsbestimmungen durchzuführen. Bemerkenswert ist deshalb nicht unbedingt die Feststellung, daß Kohl/Schäuble und Walser/B. Strauß im gleichen Boot schwimmen, sondern daß ein gewisses Entsprechungsverhältnis der in unterschiedlichen Kontexten getätigten Bestimmungen von politischer bzw. kollektiver Identität vorliegt. Solche Entsprechungen werden allerdings nur immer wieder kurz aufflackern und sind kontingent. Eine bestimmte Position von Politikern und Autoren wird je nach den Reaktionen im politischen Feld bzw. im Feuilleton und veränderten Handlungsbedingungen variiert und unterliegt deshalb einem gewissen Wandel oder einer gewissen Öffnung für andere mögliche Positionen. Eine solche Instabilität in der »Blockbildung« wird darüber hinaus damit zusammenhängen, daß der gemeinsame große Feind (die Linke, die Massenkultur bzw. die amerikanische Pop-Kultur, der Individualismus oder Pluralismus) auch nur in schattenhaften Umrissen bzw. als bloßes Konstrukt für die Gegner existiert; die bewußt gesuchte und herbeikonstruierte ideologische Geg-



Antonio Gramsci

Foto: dpa

nerschaft gelingt jedoch nur dann, wenn kohärente Interpretationen von Identität und Differenz erzeugt werden können. Ein solcher Versuch und damit der Bestand der Ideen-Koalition ist allerdings mit der Gefahr konfrontiert, durch den in Institutionen und kulturellen Feldern produzierten Ideenmüll und Interpretationswust selbst ad absurdum geführt zu werden.

Die Idee, daß sich feste ideologische Blöcke herausbilden und sich gegenseitig bekriegen, besitzt somit eine altmodische, leicht archaische Färbung. Klare Gegensätze zwischen Positionen sind weder in der Politik noch in der Kulturproduktion heute gang und gäbe; und die sich ausbildenden Gegensätze können je nach »Sachlage« und Trend wechseln und müssen sich nicht überschneiden. Die ideologische Scheidung zwischen »rechts« und »links« funktioniert gerade deshalb noch, weil sich die Zuordnung in gewissen Grenzen flexibel und immer neu handhaben läßt. Dadurch werden politisch-ideologische Grenzziehungen nicht obsolet, aber sie verflachen. Ein kohärenter politischer Entwurf bleibt genauso auf der Strecke wie das Anliegen von Individuen, sich nicht einfach durchs Leben zu zappen.

Das bloße Aufflackern von Differenz gilt auch für die traditionelle Spaltung

zwischen Hochkultur und Massenkultur. Die Verschiedenartigkeit und Undurchlässigkeit zwischen Wertsystemen und Genres erscheint nunmehr als bloße Behauptung; so wie der avantgardistische Diskurs in Literatur und Kunst kaum noch ohne die Verarbeitung des »Materials« der Pop-Kultur über die Runden kommt, wird auch die Massenkultur zunehmend intellektualisiert und mit einem selbst-reflexiven bzw. selbst-ironischen Gestus ausgestattet. Die einfache Transformation von Lebenserfahrungen in kulturellen Ausdruck scheint dadurch aber fast unmöglich. Eine zynisch gewordene Massenkultur feiert den Kult des bloß Konstruierten, der Spielsituation ohne Konsequenzen. Selbst die Eigenaktivitäten in der Freizeit werden in diesem Sinne fremd gemacht und mit kulturellem Mehrwert aufgeladen. Das harmlose Zusammentreffen von Jugendlichen zum Basketball-Spielen wird in ein aufwendiges Referenzsystem aus Jugendkultur, Sport-Fetischismus und Images der Werbung eingelagert und für die *Kids* verfügbar. Möglicherweise steigert sich dadurch die alltagskulturelle Reflexionskompetenz der Individuen, ebenso wahrscheinlich resultiert daraus, daß noch die einfachste Zerstreung mit einem latenten Zwang zur Interpretation und Bewertung auf Grundlage des eigenen Lebensstils und anderer Interpretationsraster konfrontiert wird.

Auch das Fragment gebliebene und in den *Gefängnisheften* bruchstückhaft überlieferte theoretische Hauptwerk Antonio Gramscis liefert wenig Rüstzeug dafür zu verstehen, warum erwachsene Menschen Liebesbriefe an Panda-Bären schreiben und freiwillig an einem Plastikseil in die Tiefe springen. Gramsci hätte vielleicht nur resigniert einwenden können, daß auch ein Leben in zugebilligter Freiheit in Einzelhaft und in Zwangsarbeit resultieren kann.

*Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Klaus Bohmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin: Argument Verlag, 1991 ff., Bd. 1–6.*

ANSGAR KNIRIM

## Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus (1942)

In der Nacht zum 3. November 1957 starb der Arzt, Psychoanalytiker und Sozialwissenschaftler Wilhelm Reich im Gefängnis von Lewisburg, Pennsylvania, an Herzversagen. Die Haftstrafe, welche Reich ein halbes Jahr zuvor wegen Mißachtung eines Gerichtes anzutreten hatte, markierte den Endpunkt einer Aktion der US-Gesundheitsbehörde FDA gegen Reichs Forschungen auf dem Gebiet der Orgonbiophysik, der er sich seit den späten 30er Jahren mit zunehmender Energie verschrieben hatte.

Im Amerika der McCarthy-Ära war Reich Anfeindungen ausgesetzt, die zuvor bereits darin gegipfelt waren, daß Reich im August 1956 die behördlich angeordnete Zerstörung seiner Laboreinrichtungen sowie – zum zweiten Mal in seinem Leben – Vernichtung und Verbot seiner Werke erleben mußte. Unter den Büchern, die der Müllverbrennungsanlage an der Hudson Street in Lower Manhattan zum Opfer fielen, war auch sein aus sozialwissenschaftlicher Perspektive wohl wichtigstes Werk, die *Massenpsychologie des Faschismus*.

Bereits ab 1930 konzipiert, im September 1933 in Dänemark erstmals erschienen, kann das Buch als eine der frühesten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Faschismus, mithin als seltenes Beispiel unmittelbar aktualitätsbezogener sozialwissenschaftlicher Diagnostik gelten. 1942, als die dieser Rezension zugrundeliegende dritte Auflage erschien, war der gesamten Welt längst deutlich geworden, wie sehr der Faschismus von Politik und Sozialwissenschaft unterschätzt worden war. Reich nähert sich dem Zeitphänomen Faschismus mit dem Blick des marxistisch orientierten Psychoanalytikers; bereits 1929 hatte er in seiner Schrift *Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse* Elemente einer Synthese beider Denkrichtungen erarbeitet und damit ein



Wilhelm Reich, 1935 in Oslo

Foto: dpa

diagnostisches Instrumentarium mitentwickelt, dessen sich auch Soziologen wie Erich Fromm oder Herbert Marcuse erfolgreich bedienten, ohne dabei jedoch auf die theoretische Pionierarbeit Reichs zu verweisen. Das Erkenntnisinteresse in der Massenpsychologie des Faschismus ist zweigeteilt. Kommt es Reich zunächst darauf an, Strukturen und Inhalte faschistischer, insbesondere nationalsozialistischer Ideologie aufzuarbeiten, so wird in einem zweiten, diagnostisch brisanteren Schritt gefragt, auf welche Weise diese Ideologie die psychische Konstitution des Individuums anspricht, wie also der Erfolg des Faschismus als Massenbewegung zu erklären ist.

Mit der Zielsetzung einer Analyse der faschistischen Ideologie hat sich Reich, im Gegensatz zum Gros der kritischen Intellektuellen seiner Zeit, der Mühe unterworfen, die einschlägigen nationalsozialistischen Schriften einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Die ›Weltanschauung‹ Hitlers und seiner Epigo-

nen entlarvt Reich als mystisch verbrämtes Konglomerat dreier massenpsychologisch hochwirksamer Grundelemente, nämlich Rassentheorie, Familienideologie und Sexualfeindlichkeit. Der Nachweis des zutiefst inhumanen und irrationalen Charakters der NS-Rassentheorie wie auch deren Funktion als Rechtfertigung kriegerischer Expansion muß hier nicht ausgebreitet werden; Reichs Analyse verdeutlicht aus heutiger Sicht einmal mehr, daß die Bestialität nationalsozialistischer Herrschaftspraxis allein aus der Hitler- und Rosenberglectüre lange vor der Machtergreifung zumindest zu erahnen war. Die zentrale Bedeutung, welche der traditionellen Familie innerhalb der NS-Programmatik zugewiesen wird, verweist auf die zwei weiteren von Reich erkannten Strukturmerkmale. Zwischen der traditionellen Familie und dem vom Faschismus angestrebten totalitären Staat ist eine Wechselwirkung feststellbar, deren Dynamik sich der Nationalsozialismus bedient, ohne die tiefenpsychologischen Mechanismen zu durchschauen.

Reich analysiert, daß die autoritäre Struktur der Familie, die sich in der absoluten Gehorsamspflicht gegenüber den Eltern sowie in der Unterdrückung aller nicht auf die Zeugung ausgerichteten Formen von Sexualität ausdrückt, in der nationalsozialistischen Ideologie ihre genaue Entsprechung findet. Einerseits fördert der Nationalsozialismus gezielt die familiär erworbene Autoritätshörigkeit, die zur Führerhörigkeit instrumentalisiert wird, andererseits werden rebellische, insbesondere durch unterdrückte Sexualität motivierte Verhaltensmuster in Aggressionen gegen das vermeintlich Minderwertige umgemünzt.

Neben den erwähnten ideologischen Bausteinen erkennt Reich als weiteres Element des Faschismus den Mystizismus. Mystische Komponenten verschleiern die konkreten politischen Dimensionen, sind gleichzeitig aber verantwortlich für die Anziehungskraft faschistischer Bewegungen. Reich sieht hier wiederum einen deutlichen Zusammenhang zur Unterdrückung sexueller Bedürf-

nisse. Mystische Erfahrungen, ob in religiöser oder quasi-religiöser Form, ähneln in ihrem affektiven Gehalt sexuellen Erfahrungen und eignen sich daher besonders zur Sublimierung; der Nationalsozialismus, dessen Ausdruck das nach Reich deutlich sexuell aufgeladene, an den Geschlechtsakt erinnernde Symbol des Hakenkreuzes ist, macht sich diesen Mechanismus in seiner Selbstinszenierung zunutze.

Die Beschreibung und Deutung von Ideologie und Erscheinungsformen deckt nur eine Perspektive des Phänomens Faschismus ab. Von höherer diagnostischer Reichweite ist die von Reich aufgeworfene Frage, warum eine Ideologie wie der Nationalsozialismus trotz seines explizit destruktiven und zutiefst inhumanen Charakters zu einer Massenbewegung von enormer schichten- und klassenübergreifenden Anziehungskraft werden konnte. Diese im eigentlichen Sinne massenpsychologische Fragestellung geht von der auf den ersten Blick verblüffenden empirischen Beobachtung aus, daß in Deutschland 1932 ein deutliches Mißverhältnis zwischen sozialökonomischer Struktur und politischer Orientierung besteht, welches sich in besonderem Maße in den von der wirtschaftlichen Misere am nachhaltigsten bedrohten unteren Mittelschichten manifestiert. Die politische Präferenz dieser Schicht liegt klar bei den reaktionären Parteien, also bei DNVP und NSDAP, obwohl ihr ökonomisches Interesse eine Präferenz der Linksparteien nahelegen sollte.

Ökonomische und ideologische Interessen klaffen also in weiten Teilen der Gesellschaft auseinander; Reich interpretiert diesen Befund als Schere, die sich zwischen der objektiven sozialen Lage und dem sozialen Bewußtsein bis in die Charakterstruktur hinein öffnet. Reichs Folgerung aus diesem Befund ist ebenso innovativ wie brisant: Nicht etwa rationale Motive sind die hauptsächlichen Determinanten politischer Orientierung, sondern Affekte. Die Determinanten von Denken und Handeln durch Affekte und damit durch irrationale Strukturen erhält massenpsychologische Relevanz mit der

Ausnutzung dieses Mechanismus durch reaktionäre Bewegungen. Der mystisch verbrämte, mit aggressiv rassistischen Elementen aufgeladene Autoritarismus der Nationalsozialisten bedient und reproduziert in extremer Zuspitzung genau jene autoritätshörige psychische Konstitution, welche das wilhelminische Deutschland erzeugt hat. Der Ignoranz gegenüber der massenpsychologischen Wirksamkeit irrationaler, weil affektbezogener politischer Propaganda schreibt Reich das theoretische und praktische Scheitern aller linken und bürgerlichen Politik gegenüber der Herausforderung des Faschismus zu. Der orthodoxe Marxismus hat versucht, mit einem begrifflichen Instrumentarium, welches auf die sozialen Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts zugeschnitten ist, dem in seiner Erscheinungsform völlig neuartigen Phänomen des Faschismus zu begegnen. Da die so entstehenden ökonomistischen Theorien den irrationalen Kern faschistischer Ideologie nicht treffen, kann der Marxismus gegen sie keine wirksame Praxis entwickeln.

Die deutsche Sozialdemokratie hingegen versagt gegenüber der Bedrohung durch den Nationalsozialismus aufgrund struktureller Widersprüche. Entgegen ihrer politischen Interessenlage diagnostiziert Reich der gesamten organisierten Arbeiterbewegung über deren offensichtlichen Bürokratismus hinaus eine konservative, ja führerhörige massenpsychologische Struktur, die der NS-Agitation in der Praxis nichts entgegenzusetzen hat und sich »nach innen diktatorisch, nach außen kompromißlerisch« verhält (ein Vorwurf übrigens, der durch Erich Fromms empirische Studie *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches* verifiziert wird).

Daß die Disposition zu einem autoritätshörigen Verhalten, welches sich, sind die Voraussetzungen erst einmal geschaffen, leicht in faschistisches Verhalten verwandeln läßt, unabhängig von Schicht, Milieu und Parteibuch besteht, bleibt eine gültige Feststellung. Die moderne Sozialpsychologie hat dies u. a. in Gestalt der *Milgram-Experimente* ein-

drucksvoll bestätigt. Wilhelm Reich nimmt seine Beobachtungen zum Anlaß, den Faschismus als »politisch organisierte(n) Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur«, als »emotionelle Grundhaltung des autoritär unterdrückten Menschen der maschinellen Zivilisation« zu kennzeichnen. Der Lösungsvorschlag, den Reich anbietet, um den Menschen von seiner selbstzerstörerischen Disposition zu befreien, ist die eigenverantwortliche Organisation von Arbeit, Liebe und Wissen. Dieses als Arbeitsdemokratie bezeichnete Konzept soll den Irrationalismus überwinden helfen und jenseits von Politik und Ideologie zu echter Freiheit führen.

Das hier nur kurz erwähnte Konzept der Arbeitsdemokratie mutet heute nahezu so skurril an wie die Organbiophysik, also die Erforschung der kosmischen Lebensenergie, welche dafür verantwortlich ist, daß Reichs Name heute je nach Blickwinkel mit dem Makel des Scharlatans, Phantasten oder einfach Spinners behaftet ist. Der arbeitsdemokratische Entwurf in der *Massenpsychologie des Faschismus* konnte gewiß zu keinem Zeitpunkt als ernstzunehmende soziale Utopie verstanden werden. Auch die diagnostische Leistung des Buches ist durch Blickverengungen getrübt, die dem heutigen Leser augenscheinlich sind. Die Betrachtung des Faschismus aus massenpsychologischer Perspektive gewährt tiefe Einblicke in dessen Wirkmechanismen, verstellt aber den Blick auf Aspekte, die speziell den Nationalsozialismus als deutsche Ausprägung des Faschismus betreffen. Die historisch beispiellose Zerstörungsdynamik, die Hitler entfesselte, konnte Reich nicht erfassen; von der millionenfachen, industriell durchgeführten Vernichtung von Menschen ist in der *Massenpsychologie des Faschismus* nicht einmal andeutungsweise die Rede. Gleichwohl bleibt Wilhelm Reichs Buch eine vorbildliche Analyse. Aus historischer Sicht stellt es eine der frühesten fundierten Auseinandersetzungen mit dem Faschismus dar, die unter anderem auch schmerzhaft deutlich macht, daß die nationalsozialistische Katastrophe

für die wenigen kritischen Leser von Hitlers *Mein Kampf* absehbar war. Über die historische Bedeutung hinaus sollte das Buch heute, gut 60 Jahre nach Erscheinen der ersten Auflage, als Aufruf zur Wachsamkeit gelesen werden. Daß die charakterliche Disposition zum Faschismus durch das bloße Existieren einer Demokratie nicht eliminiert wird, daß die »Maske der Kultiviertheit« immer wieder fällt, machen nicht erst Solingen und Hoyerswerda deutlich.

MATTHIAS DÜMPELMANN

Franz Neumann:  
Behemoth (1942)

Unversehens gerät, wer sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, in ein Dilemma. Denn weder Singularität, die monströse Unbegreiflichkeit des deutschen Abgleitens in ein Regime der Barbarei, noch seine Darstellung als gleichsam normaler, sowohl verstehbarer wie verständlicher Weg sind zureichende Beschreibungsweisen. Die Rede vom gewaltsamen Einbruch des übermächtigen, ja unfaßbaren Nationalsozialismus verschleiert nur allzu leicht die Alltäglichkeit des Wegsehens, Geschehenlassens, Billigens dessen, was geschah. Die Nazizeit war nicht singulär im Sinne einer unbegreiflichen Heimsuchung, zu mächtig, daß jemand etwas dagegen hätte unternehmen können.

Umgekehrt ist der Nationalsozialismus schon gar nicht eine verständliche und gewöhnliche Entwicklung historischer Zeitläufe, irgendwo zwischen krisenhafter Überreaktion auf ökonomische Strukturbrüche oder auf das eine oder andere logische und faktische Prius aus dem Reiche Stalins oder der historischen Phantasie. Das gilt vollends für die monströse Normalität, mit der der Holocaust

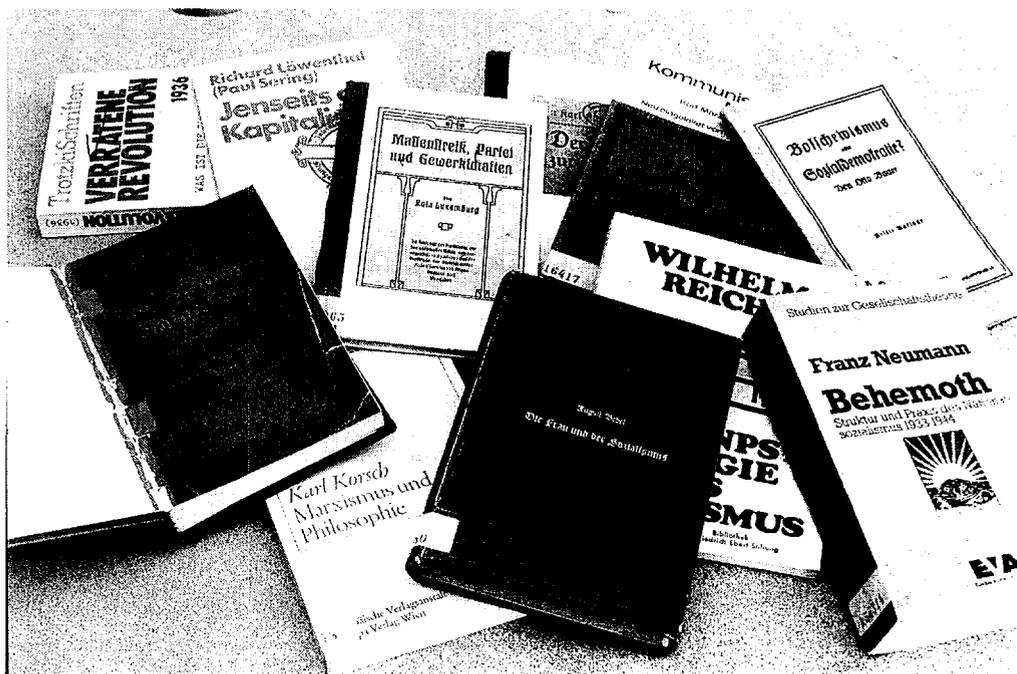


Foto: JOKER/Hick

organisiert und durchgeführt wurde – Banalität des Bösen.

Franz Neumann, dessen *Behemoth* hier neu zu lesen ist, hat sich diesem Beschreibungsdilemma gestellt. Ausgerechnet er, der deutsch-jüdische Sozialdemokrat und Emigrant, stellte sich die quälende Frage nach seiner eigenen Verantwortung für den Umschlag des Weimarer Systems in die Herrschaft der Nationalsozialisten. »Wir«, so schrieb er 1954, »die wir in Opposition zu der Reaktion standen, waren alle zu feige. Wir haben alle kompromittiert. Ich habe ja mit eigenen Augen gesehen, wie verlogen die SPD (...) war (...) und ich habe nichts gesagt. Wie feige die Gewerkschaftsbosse waren – und ich habe ihnen weiter gedient. Wie feige die Intellektuellen waren – und ich habe geschwiegen.«

Seine monumentale Studie *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*, 1942 in New York erschienen, 1944 erweitert und schließlich erst 1977 in deutscher Übersetzung, seit 1984 als Taschenbuch greifbar, ist ein bis heute gültiger Versuch, die mon-

ströse Normalität nationalsozialistischer Herrschaftspraxis zu analysieren.

Neumann unternimmt dazu zwei Schritte. Gegenstand seines ersten Fragenkomplexes ist das politische System nationalsozialistischer Machtausübung. Ohne eigentlich konsistente Theorie der Gesellschaft sei die nationalsozialistische Ideologie gekennzeichnet von wirrem Kauderwelsch, das stets der je aktuellen Situation angepaßt werde. Am ehesten sei die Ideologie negativ zu bestimmen, als Absage an jede Form traditionaler politischer Überzeugung, allerdings geprägt von dem Ziel, die Diskrepanz zwischen aktuellen und potentiellen Möglichkeiten des deutschen Industrieapparates durch einen imperialistischen Krieg aufzuheben.

Die paradoxe Bestimmung des Dritten Reiches als Unstaat ergibt sich nun aus Neumanns Auffassung, daß ein Staat »begrifflich durch die Einheit der von ihm ausgeübten politischen Gewalt definiert« sei. Die Einheit der Gewalt und die Allgemeinheit der von ihm ausgehenden Bestimmungen, selbst in der absolu-

ten Monarchie des vorrevolutionären Frankreich, bezeichnet jedoch die Grenzen der Machtausübung. Gerät diese in Konflikt mit der Realität, so verfällt der Staat. Der Austrag divergierender Gruppeninteressen ist in geregelter Form nur möglich durch die Verlässlichkeit und Allgemeinheit der zugrundeliegenden Prinzipien. Der nationalsozialistische Behemoth umgeht diese Basisbedingung von Staatlichkeit. Seine nach dem Führerprinzip zentralistisch organisierten gesellschaftlichen Gruppen handeln – berechnet, doch nicht rechtlich – politische Linien unter sich aus. Ihre Träger verschmelzen zugleich durch Funktionsübernahme mit der Partei. Ein Staat zur Ausübung von Macht ist damit überflüssig – die Bevölkerung wird direkt, ohne Allgemeinheit verbindlicher rechtlicher Kriterien reglementiert. Zentrale Aufgaben des Staates, polizeiliche Exekutive und Jugendlenkung sind in der Partei, in ss und Hitlerjugend, monopolisiert.

Über allem steht Adolf Hitler als oberster Führer, dessen Charisma das »Volkstum« hypostasiert. Die fehlende Konsistenz des Systems, die Unstaatlichkeit des Nazi-Staates wurde ausgeglichen und zugleich mächtig erhalten durch die virtuos betriebene Fiktion rassischer Bedrohung. Dessen Ventil war der Antisemitismus. Sein rassenimperialistischer Impuls garantierte die stetige Zukunft des Systems. Er erforderte imperialistisches Ausgreifen in den Raum – durch Krieg und durch Unterdrückung und Vernichtung jener, denen das System keinen Platz ließ, am wenigsten den Juden. Und er erforderte ein Ausgreifen des Rassenimperialismus in die Zeit. Behemoth kann nicht aufhören, Recht und Würde der Menschen zu verschlingen. Das war Hitlers Versprechen.

All das analysiert Neumann anhand einer beeindruckenden Menge zeitgenössischer Quellen. Das schrittweise oder wenigstens folgerichtige Entstehen des Un-Staates im Staat, des Un-Rechtes im Recht, expliziert Neumann in geduldigen, manchmal langatmigen Schritten. Doch gerade damit gelingt ihm die Pathologie des monströsen Behemoth.

Der zweite Teil seiner Untersuchung ist der Verschmelzung der Ökonomie in den Unstaat gewidmet. Auch hier zeigt sich eine paradoxe Struktur. So wie der Staat ein Un-Staat ist, ist der »totalitäre Monopolkapitalismus« ein Un-Kapitalismus. Sein Verwertungscharakter – wie Neumann eindringlich an der Nutzung menschlicher Arbeitskraft durch das Regime zeigt – wird beibehalten, allerdings unter zentraler Kontrolle. Privatwirtschaftliche Betätigung wird, was bereits in der Weimarer Republik begonnen hatte, autoritär organisiert und zusammengefaßt. Monopolistische Kartellbildung beschleunigt sich in dem Maße, wie mißliebige Mitbewerber, namentlich aus dem Mittelstand, ausgeschaltet werden. Die Arisierung jüdischer Unternehmen ist hier kennzeichnend, denn die Kartellbildung, die den Juden unterstellt wurde, gelang schließlich jenen Großunternehmern – und zwar vollständig –, die von den Enteignungen am leichtesten profitieren konnten.

Ebenso wie auf politischer Ebene das Recht durch Unterdrückung seiner Allgemeinheit zum totalitären Un-Recht wurde, nahm der totalitäre Monopolkapitalismus den ökonomischen Akteuren – dem Mittelstand und den Kleinunternehmern ebenso wie den Arbeitern – das Recht freier ökonomischer Tätigkeit. Die Befehlswirtschaft vollendete die Monopolisierungstendenzen des Kapitalismus. Ausschaltung von Gewerbe-, Vertrags- und Marktfreiheit ließen die dominierenden Unternehmergruppen zu »Praktikern der Gewalt« werden. Industrie-, Finanz- und Agrarmonopolisten, die man zum Einstieg in die oberste Parteihierarchie nicht lange bitten mußte, und Parteibonzen, die die Staats- und Parteiwirtschaft kontrollierten, verschmolzen so »zu einem einzigen Block, der über die Mittel der Produktion wie über die Mittel der Gewalt verfügt.«

Hierin vor allem liegt der systematische, politische und ökonomische Fragestellungen verbindende Ertrag von Neumanns Buch. Auch wer einzelne Entwicklungslinien anders bewerten möchte (zu kurz kommt meines Erachtens vor al-

lem die Analyse industriell erzeugter Nazi-Ästhetik als Instrument der Massensteuerung), profitiert von Neumanns politischer, ökonomischer und soziologischer Synthese.

Damit hat die Studie ihre Schwächen insbesondere nur dort, wo heute – 50 Jahre nach Kriegsende – Historiker eine ganz andere Perspektive auf zumal neues Material entwickeln, und natürlich blieb ein Jahr vor Kriegsende der Holocaust, blieben die Konzentrations- und Vernichtungslager als schrecklichstes Zeugnis deutscher Politik noch unbegriffen. Die Ausrottung der Juden findet im Anhang von 1944 Erwähnung als ein »Testfeld universaler terroristischer Methoden«. Die Teilnahme an diesem »ungeheuren Verbrechen« jedoch, so Neumann weiter, »macht die deutsche Wehrmacht, das deutsche Beamtentum und breite Massen zu Mittätern und Helfern dieses Verbrechens und macht es ihnen daher unmöglich, das Naziboot zu verlassen.«

Ungleich schwerer wiegt allerdings ein Einwand, den Klaus Epstein 1963 formulierte. Neumanns geradezu pathetischer Glaube an die Arbeiterklasse gehe an den durchaus plebiszitären Elementen der Naziherrschaft fehl. Freilich war jedoch diese positive Einschätzung wenigstens eines Teiles der deutschen Bevölkerung für Neumann Anlaß, an wirksame Formen der Entnazifizierung zu glauben, die er als Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums seit 1942 vorbereitete.

Einzuräumen, daß auch die Arbeiter in den Un-Staat der Nazis zu integrieren waren, hätte dem Konzept des Werkes durchaus keinen Abbruch getan. Das Dritte Reich war auch und gerade darin Behemoth, war Herrschaft der »Gesetzlosigkeit und Anarchie, welche die Rechte wie die Würde des Menschen »verschlungen« hat«. Unschuldig gelassen hat er niemanden, wie Neumann im eingangs zitierten Brief schreibt, nicht einmal jene, die vor ihm flohen.

HUBERTUS BUCHSTEIN

Paul Sering

(alias Richard Löwenthal):

Jenseits des Kapitalismus (1947)

*E*rstens: »Alle Welt will heute ›Sozialist‹ sein« (6), beginnt Paul Sering alias Richard Löwenthal sein Buch *Jenseits des Kapitalismus* aus dem Jahre 1947. Mit diesem Buch gelang ihm damals so etwas wie ein politischer Bestseller. Es wurde mehrfach in Billigausgaben aufgelegt und avancierte zu einer Art Manifest der deutschen antikommunistischen Linken in der Nachkriegszeit. Was Löwenthal entwickeln wollte, war ein »Dritter Weg« (168) namens »Demokratischer Sozialismus« (246) als Alternative zum Weg der »kapitalistischen Planung mit der Tendenz zum Faschismus und Krieg« und dem Weg der »bürokratischen Planung durch eine totalitäre Diktatur«. Heute, den Zusammenbruch des Realen Sozialismus hinter uns und die Probleme des modernen Wohlfahrtsstaates vor uns, ist die Stimmung eher »Jenseits des Sozialismus«. Eine Chance also für Löwenthals Buch, der Linken zum zweiten Mal eine Lektion geben zu können?

Mein Exemplar des Buches stammt aus dem Jahre 1948. Ich konnte es vor einiger Zeit auf dem Flohmarkt in Berlin erstehen. Die Namen des vormaligen Besitzers und desjenigen, der es ihm schenkte, sind unleserlich. Zu entziffern sind aber die »solidarischen Grüße« in der Widmung und die damit verbundene Hoffnung auf weitere Diskussionen über die Zukunft des Sozialismus. Ich weiß natürlich nicht, welchen Verlauf diese Diskussion zwischen den zwei politischen Freunden genommen hat, doch anhand der Unterstreichungen und Randkommentare des damaligen Besitzers ist die Aufregung, mit der Löwenthals Buch damals gelesen wurde, noch deutlich nachzuvollziehen. Mein damaliger Leser gehörte zu denen, an die Löwenthal sein Buch in erster Linie adressiert hatte: Sozialisten, die angesichts der neuen po-

litischen Konstellation nach der Befreiung vom NS-Regime händeringend nach einer neuen Orientierung suchten. Die angebotenen Optionen klafften in ihren Konsequenzen zu weit auseinander: Auf der einen Seite sollte in der russischen Zone der Sozialismus aufgebaut werden, was für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten, mit denen man die Konzentrationslager solidarisch überlebt hatte und mit denen manche sich nun als Ost-Sozialdemokraten zwangsvereinigt in der SED wiederfanden, sprach. Auf der anderen Seite gab es neue westliche Ideen wie die des *New Deal* in Amerika, der Labour-Regierung in England und der sozialdemokratischen Regierungen in Skandinavien, von denen man nach den zwölf Jahren politischer Isolation nichts Genaues wußte. Außerdem wurde das Wort »Sozialismus« auch noch von der CDU des Ahlener Programms im Munde geführt. Was tun?

In diese Gemengelage muß Löwenthals Buch wie eine Erlösung, die neue Koordinaten in die politische Gegenwartsanalyse brachte, gewirkt haben. Den zustimmenden Unterstreichungen meines ersten Lesers ist dieser Erlösungseffekt jedenfalls noch anzusehen. Für ihn leistete Löwenthal dreierlei. *Zunächst* machte Löwenthal dem von den Umbrüchen verunsicherten Leser wieder plausibel, warum er eigentlich für den Sozialismus Partei ergreifen sollte. Der Sozialismus war demnach nicht nur die ökonomisch effizientere Gesellschaftsordnung, Löwenthal schien auch zu zeigen, daß der Übergang zum Sozialismus historischen Rückenwind hatte. *Zweitens* legte er ein Konzept von *Sozialismus* vor, das in seinen Konturen scharf geschnitten war. Löwenthal verfocht ein Sozialismusverständnis, das sich in die Tradition des Marxismus stellte und zugleich in seiner Verarbeitung der Weimarer und sowjetischen Erfahrungen eine klare Sollbruchstelle zu den Kommunisten markierte. *Drittens* schließlich sortierte Löwenthal das aktuelle politikstrategische Feld und erklärte die Notwendigkeit einer scharfen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten.

*Zweitens*: Was verstand Löwenthal unter Sozialismus? Soziologisch gesehen bedeutet Sozialismus für ihn »Abschaffung der Klassen«, es bedeutet, daß »Kinder aus allen Berufsgruppen die gleichen Entwicklungschancen haben müssen« (200). Ökonomisch bedeutet Sozialismus die Aufhebung der kapitalistischen Lohnarbeit und die Einführung der Planwirtschaft. Politisch schließlich bedeutet Sozialismus die »Selbstbestimmung der Produzenten, die demokratische Entscheidung über die Planung« (202). Oder, wie es in Anlehnung an eine Lincolnsche Formulierung heißt: »Sozialismus ist Planung für das Volk und durch das Volk« (169).

Was sind die Gründe, mit denen Löwenthal den Leser für den Sozialismus erwärmen wollte? Generell trifft man in der sozialistischen Literatur auf drei Sorten solcher Gründe. *Erstens* moralische Gründe: Die These lautet in diesem Fall, daß die bestehende kapitalistische Ordnung ungerecht im Sinne von ungleicher Güterverteilung sei (Ausbeutung der Arbeiterschaft, der Dritten Welt, oder späteren Generationen), durch eine gerechtere Gesellschaftsform ersetzt werden müsse und daß der Sozialismus genau dies bewerkstelligen könne. Eine *zweite* Sorte von Gründen ist ökonomischer Natur: Die bestehende Wirtschaftsordnung wird als ineffizient (und von den meisten Theoretikern dann auch gleich als in einer unheilbaren Krise steckend) beschrieben, was die Einführung einer produktiveren und stabileren Wirtschaftsweise, eben des Sozialismus, notwendig mache. Eine *dritte* Sorte von Gründen ist ontologischer Art: Danach produziert und reproduziert das kapitalistische System Lebensformen, die als entfremdet und falsch, auf jeden Fall als dem Menschen nicht gemäß beschrieben werden müssen. Sozialismus bedeutet in diesem Argumentationszusammenhang die Verwirklichung anderer Beziehungsmuster zwischen den Mitmenschen, bei einigen Theoretikern gar zur Natur. Die Begründungslasten dieser drei Argumentationsweisen sind ebenso unterschiedlich, wie die Akzentuierungen in den konkreten

Auszeichnungen einer sozialistischen Ordnung, die sich aus ihnen ergeben. Löwenthal setzt in seiner Argumentation auf die ökonomische Karte. Moralische Gründe und ontologische Motive haben eher Begleitmusikcharakter: Zwar soll die Klassengesellschaft abgeschafft werden, es bedarf aber auch im Sozialismus differenzierter Einkommen als Leistungsanreiz und damit Raum für soziale Ungleichheit (179); zwar bedeutet Lohnarbeit generell Entfremdung und muß deshalb aufgehoben werden, die konkreten Arbeitsabläufe werden aber auch im Sozialismus nicht ohne stupide Mechanisierung auskommen.

Die Unterstreichungen meines Erst-Lesers bezeugen die damalige Suggestivkraft der ökonomischen Argumentation Löwenthals. Souverän legt Löwenthal in mehreren Schritten einen umfassenden Systemvergleich vor. Seine erste These lautet, daß der »Freie Kapitalismus« unwiderruflich untergegangen sei, und daß sich der neue »Monopolkapitalismus« seit der großen Depression in den zwanziger Jahren in einer Existenzkrise befunden habe, aus der ihm nur der Übergang in den »Planungskapitalismus« (89–109) gerettet habe. Der Planungskapitalismus, so Löwenthal weiter, ist darauf zugeschnitten, die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik innerhalb des Rahmens der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse auf einen übergeordneten Planungszweck auszurichten. Er tritt in zwei konkurrierenden Varianten auf. Für die weitere Argumentation Löwenthals ist die These zentral, daß keine der beiden Varianten die ökonomischen Probleme des Monopolkapitalismus lösen könne. Die *erste* Spielart ist der »Planungsimperialismus«, dessen »klassische politische Form« (120) der Faschismus darstelle. Löwenthal beschreibt ihn am Beispiel der deutschen Hitlerdiktatur. Der Planungsimperialismus nehme die ganze Gesellschaft unter seine politische Kontrolle und müsse ökonomisch den Akzent auf imperialistische Expansion und die Rüstungsproduktion setzen. Dies führe »unvermeidlich zum Kriege« (105) und seiner Selbstzerstörung. Die *zweite*

Variante, die »kapitalistische Wohlfahrtsplanung«, illustriert Löwenthal am Beispiel des amerikanischen *New Deal*. Er markiert die demokratische Variante des Planungskapitalismus, sei aber letztlich auch nicht in der Lage, die ökonomischen Probleme des Monopolkapitalismus zu lösen. Roosevelts auf Hebung der Massenkaufkraft zielende Politik leide an einer »Klassenschranke« (107). Der Keynesianismus könne den Kapitalisten Amerikas nicht ausreichende Risikofreiheit bieten, und ihre zögernde Investitionsbereitschaft werde das Land in absehbarer Zeit in eine neue ökonomische Krise stürzen.

*Drittens:* Folgt man Löwenthals Argumentation bis zu diesem Punkt, so befindet sich der moderne Kapitalismus in einer ausweglosen Lage: Der Weg zurück in den Konkurrenzkapitalismus ist verbaut, und die demokratische Variante des Planungskapitalismus ist ungenügend. Will man eine Wiederholung der zu Kriegen und Zerstörung führenden totalitären Variante des Planungskapitalismus vermeiden, hilft nur eines: der Übergang in den Sozialismus als logisch zwingender Ausweg aus dem Trilemma des modernen Sozialismus. Dies ist der Punkt, an dem Löwenthals Auseinandersetzung mit dem Sowjetsystem ansetzt. Seine Beschreibung des sowjetischen Experiments ist eindringlich und läßt dem Leser nur eine Option: die konsequente Ablehnung des sowjetischen Modells bei der Suche nach der sozialistischen Alternative. Seine Darstellung umfaßt drei Aspekte des Sowjetsystems: Sozialstrukturell hat sich eine neue Klassengesellschaft, ökonomisch eine ineffiziente bürokratische Planung, und politisch ein totalitäres Regime herausgebildet. Die Gründe für die »Tragödie der russischen Revolution« (158) sieht Löwenthal in einem soziokulturellen Faktor, dem despotisch-asiatischen Erbe Rußlands. Löwenthal glaubt dieses Erbe noch in den Doktrinen des Bolschewismus identifizieren zu können. Das Fehlen des europäischen Rechtsbegriffs, der fehlende Sinn für Freiheit der Diskussion und Toleranz, das Mißtrauen gegen



Richard Löwenthal, 1978

Foto: dpa/Hoffmann

selbstbestimmte Massenaktivitäten – all dies sind für ihn Belege dafür, wie sehr sich das sowjetische Experiment von den europäischen Quellen des Sozialismus abgewandt habe.

Meinen damaligen Leser überkam das dringende Bedürfnis, zu einem farbigen Zweitstift zu greifen, als er sich an die Unterstreichungen in den Kapiteln machte, in denen Löwenthal die politikstrategischen Konsequenzen seiner Analyse erläuterte. Löwenthal liefert hier eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten, die eine Absage an jeder Form einer sogenannten Volksfront bedeutet. Kommunisten und Sozialisten unterscheiden sich nicht nur in der Strategie, nein, »das Ziel selbst ist nun verschieden« (231). Löwenthal kritisiert die damalige parteikommunistische Faschismustheorie als simplifizierend, bemängelt das kommunistische Verhältnis zu Prinzipien wie Demokratie und Menschenrechte als lediglich taktisch, beschreibt die politische Arbeit der Kom-

munisten in den letzten 15 Jahren als opportunistisch und versucht die Hintergründe der damals aktuellen kommunistischen »Legalstrategie« aufzuhellen. Die Kommunisten, so Löwenthal, betrieben ein »Hineintragen totalitären Denkens in die Arbeiterbewegung« (232). Schon aus moralischen Gründen könne für die übrige Linke daraus nur eines folgen: eine strikt anti-kommunistische Bündnispolitik.

*Viertens:* So plausibel die meisten dieser Überlegungen auf meinen damaligen Leser gewirkt haben mögen; heute spricht wenig für ein produktives Anknüpfen an Löwenthals damalige Theorien. Die Einwände, an denen man aus heutiger Sicht nicht vorbeikommt, kommen von drei unterschiedlichen Richtungen.

Zum *einen* hat sich Löwenthals Erwartung bezüglich der ökonomischen Überlebtheit des Marktmechanismus nicht bewahrheitet. Für Löwenthal – dies war ja der Ausgangspunkt seiner Argu-

mentationskette – war der Konkurrenzkapitalismus praktisch tot. Heute sehen wir, daß Märkte sich demgegenüber als ein robuster und regenerationsfähiger Koordinierungsmechanismus erwiesen haben, und wir leiden ökonomisch weniger an der Erstickung im Planungskapitalismus, denn an den Folgen der Globalisierung von Märkten.

Zum *zweiten* ist Löwenthals Vision des Sozialismus nicht angetan, große Überzeugungskraft auszustrahlen. Zu unausgegoren und zu widersprüchlich sind die Komponenten, die seine Vorstellung von »demokratischer Planung« enthält. Einerseits soll das Volk und nicht eine Kaste von Experten entscheiden (168); andererseits heißt es, daß Planung ein technisch hochkomplizierter Prozeß sei, den nur Fachleute kompetent ausüben können (172). Einerseits heißt es, daß das Volk in Abstimmungen den Planungsrahmen festlegen soll (173), andererseits heißt es, daß die ökonomische Initiative des einzelnen dadurch nicht untergraben werden dürfe (175). Die Gefahr der Bürokratisierung des Planungsprozesses sieht Löwenthal gebannt, wenn die Bürger nur aufmerksam genug sind in ihrer demokratischen Kontrolle. Angesichts unserer Erfahrungen mit den Verselbständigungsprozessen in anderen Institutionen ist Löwenthals demokratischer Planungsoptimismus kontraintuitiv und nur noch als heroische Vision zu verfechten.

*Drittens* schließlich hat sich Löwenthals Krisendiagnose des wohlfahrtsstaatlichen Planungskapitalismus als obsolet erwiesen. Er attestierte dem Planungskapitalismus eine investitionshemmende Tendenz und glaubte ihn damit als ökonomisch instabil erkannt zu haben. Löwenthal selbst hat später eingesehen, daß dieses Argument die ökonomischen Potenzen des keynesianischen Wohlfahrtsstaates drastisch unterschätzt hat. In seinem Vorwort zur Neuauflage des Buches im Jahre 1977 distanzierte er sich dann auch von seiner alten Krisenprognose, nahm die Idee des Dritten Weges zurück und verschrieb sich ganz dem aus seiner Sicht erfolgrei-

chen sozialdemokratischen Wachstumsmodell der Schmidt-Ära. Erneut zeigt sich, daß Löwenthals ökonomische Kapitalismusanalyse ihn bei der Wahrnehmung anderer gesellschaftlicher Krisenfaktoren eher behindert hat. Es hat sich schon seit einigen Jahren in der SPD herumgesprochen, daß sich die Probleme des modernen Wohlfahrtsstaates mit einem Neuaufguß der Schmidtschen Politik der siebziger Jahre nicht lösen lassen. Weder sind die ökologischen Nebenfolgen eines puren Wachstumsmodells nicht zu verantworten, noch läßt sich die Kritik an Verrechtlichung, an Klientelismus oder an einer an den eigentlichen Adressaten vorbeizielenden Zuteilung in der Sozialpolitik einfach als konservative Propaganda abtun. Gefragt ist eine umfassende Neudefinition des wohlfahrtsstaatlichen Projektes.

Aus diesen drei Einwänden ergibt sich kein Alternativmodell linker Politik – im Gegenteil, es scheint sich eher um einen *Trade-Off* konkurrierender Optionen zu handeln.

Wie dem auch sei: Für die Lösung der angeschnittenen Fragen ist Löwenthals Buch bestenfalls ungeeignet. Was von seinem Buch dennoch bleibt und es zu einem Klassiker macht, ist für die Inangriffnahme der anstehenden Fragen jedoch nicht minder wichtig: die Erinnerung an eine moralisch integre, weil nach 1945 konsequent antikommunistische, deutsche Linke.

Andere Namen in dieser Reihe sind Hannah Arendt, Arcadij Gurland oder Eugen Kogon. Sie stehen für eine linke Politik, die nicht bereit ist, ihre demokratischen Ziele für ein Butterbrot namens Machtgewinn zu verscherbeln und die nicht geschwiegen hat, als es um die Aufdeckung der Greuel im sogenannten Realen Sozialismus ging. Man braucht sich nur das Gerede von heutigen Vertretern der PDS ins Ohr rufen, die DDR sei in ihren Anfangsjahren durchaus eine sozialistische Alternative zur restaurativen Bundesrepublik gewesen, um die Aktualität der Lektüre erkennen zu können. Die DDR konnte man als Sozialist nur mit allen Mitteln bekämpfen.

## Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht (1949)

Das berühmte Standardwerk Simone de Beauvoirs aus dem Jahre 1949 ist eine »linke Klassikerin«, weil es die bestehende Gesellschaftsordnung radikal in Frage stellt und eine grundlegende Veränderung propagiert. Mehr jedoch ist es eine feministische Klassikerin: Nicht eine sozialistische Gesellschaft ist hier die Perspektive – wenn die Autorin diese auch mehrfach anspricht und deren Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Machtumverteilung betrachtet –, sondern die Umstrukturierung des Geschlechterverhältnisses. In dieser Perspektive der Aufhebung der Frauenunterdrückung liegt der emanzipatorische und utopische Gehalt ihres Buches.

In ihrem epochemachenden Werk analysiert de Beauvoir das Entstehen der universellen Unterdrückung von Frauen durch Männer. Frauen erscheinen in den bestehenden und vergangenen menschlichen Gesellschaften immer als »das Andere«, das Nicht-Männliche, Negative. Nichtsdestoweniger sind sie notwendig für die männliche Subjektstituierung. Diese kann sich, so ihre Analyse, nur über die Abgrenzung zu einem Objekt vollziehen, die erst die individuelle Freiheit des Mannes, d. h. seine Transzendenz ermöglicht. Es gibt im existentialistischen Denken keine übergeordnete (z. B. göttliche) Instanz, die dem Leben Sinn verleiht, sondern: »Ein Existierendes *ist* nichts anderes, als das, was es tut: (. . .) die Essenz geht der Existenz nicht voraus, in seiner reinen Subjektivität *ist* der Mensch *nichts*.« (323, Hervorhebungen im Original). Menschen neigen jedoch zu Angst vor dieser radikalen Freiheit als Existierende. So ist es bei de Beauvoir zu erklären, daß sich der Mann ein lebendiges Objekt – die Frau – gesucht hat, in das er alles das hineinprojizieren kann, was er selbst nicht sein kann. Die männliche Subjektwerdung setzt also voraus, daß die Frau kein sich selbst transzendierendes Subjekt ist.

Doch auch Frauen haben nach de Beauvoir das grundlegende Verlangen, sich als autonomes Subjekt zu konstituieren. Ihr Dilemma besteht darin, daß sie sich in einem Widerspruch zwischen der Weiblichkeit einerseits und der Autonomie andererseits befinden. »Frau-sein« verlangt von ihnen, sich selbst als »das Unwesentliche« gegenüber den Männern zu begreifen und in der Immanenz verhaftet zu bleiben, autonom könnten sie aber erst dann werden, wenn sie sich selbst durch eigene Entwürfe überschreiten und transzendieren.

Ein Ziel des Buches von de Beauvoir ist es, herauszufinden, wie es kommen konnte, daß sich die Männer in ihrem Wunsch nach Transzendierung auf Kosten der Frauen durchsetzen konnten. In de Beauvoirs existentialistischer Welt-sicht stellt die Subjektstituierung über ein zur Widerspiegelung genutztes Objekt eine Flucht vor sich selbst dar. Dabei sind weder Männer noch Frauen frei. Ein anderes Ziel ihres Buches besteht daher darin, eine Perspektive zur Befreiung der Frau zu entwickeln, die dem dargestellten Konflikt von Weiblichkeit und Autonomie entkommt.

*Das andere Geschlecht* ist in zwei Bücher aufgeteilt, von denen das zweite den größeren Raum einnimmt. Im ersten Buch, *Fakten und Mythen*, wird die Sicht der Männer dargestellt. Auf welche Weise konnte es gelingen, die Frauen zu unterwerfen? Warum ist die Frau das Andere? Das zweite Buch ist demgegenüber der *Gelebten Erfahrung*, so der Titel, der Frauen gewidmet. Wie verläuft die typische Sozialisation der Frauen, durch welche Mechanismen werden sie zu dem nachrangigen Geschlecht gemacht?

Zu Beginn ihrer Analyse versucht de Beauvoir herauszufinden, worauf das von ihr konstatierte hierarchische Geschlechterverhältnis basiert und überprüft zunächst die Biologie, die Psycho-



Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre, 1965

Foto: dpa

analyse und den historischen Materialismus auf ihre Möglichkeiten zur Erklärung dieses Phänomens. Sie gelangt jedoch zu der Einschätzung, daß keiner dieser Ansätze allein die Unterdrückung der Frauen erklären kann.

Im Kapitel über die Biologie wendet sie sich entschieden gegen biologistische Ansätze, die aus der bloßen Unterteilung der Menschen in zwei verschiedene, für unterschiedliche Funktionen in der Fortpflanzung bestimmte Gruppen Rückschlüsse auf Geschlechtscharaktere ziehen. (Die weibliche Eizelle wartet scheinbar passiv auf die »aktiven« Spermien – also seien Männer auf nach außen gerichtete Aktivität festgelegt, Frauen auf Passivität und einen Platz am heimischen Herd.) Die körperlichen Gegebenheiten wie Menstruation und Klimakterium der Frau, die unterschiedliche Körperkraft der Geschlechter etc. hält sie jedoch für außerordentlich wichtig, »da der Körper das Instrument für unseren Zugriff auf die Welt ist« (57). Die Körperlichkeit von Männern und Frauen muß also nach de

Beauvoir notwendig in Analysen über das Verhältnis der Geschlechter miteinbezogen werden, die Biologie allein erkläre aber nicht, weshalb die Frau das Andere sei.

Auch die psychoanalytischen Erklärungsansätze im Anschluß an Freud, die auf dem weiblichen Penisneid basieren, greifen in de Beauvoirs Augen zu kurz. Der Phallus erscheine nur dann als Transzendenz und somit als Begründung für die männliche Suprematie, wenn eine bestimmte soziale Situation vorliege, die ihm diese verleihe, er verfüge über sie jedoch nicht von vornherein im Sinne einer anthropologischen Konstante. »Nur innerhalb der in ihrer Totalität erfaßten Situation begründet das anatomische Privileg ein menschliches. Die Psychoanalyse kann ihre Wahrheit nur im historischen Kontext finden« (73).

*Drittens* trägt auch der historische Materialismus in de Beauvoirs Augen nicht dazu bei, die Unterordnung der Frau zu erklären, da dessen Ansatz Unterdrückungsverhältnisse mit der Entstehung des Privateigentums erklärt. Doch die Situation der Frau sei komplexer, da sie für den Mann nicht nur Produktivkraft, sondern auch Sexualpartnerin und Fortpflanzungsgarantin sei.

Keiner dieser Ansätze kann allein für sich die Unterordnung der Frau erklären, dazu ist es nötig, so de Beauvoir, den Kontext von Werten und Bedeutungen, die eine Gesellschaft biologischen und sozialen Gegebenheiten verleiht, zu kennen. Mit dieser Auffassung vertritt de Beauvoir eine »moderne« und kritische Position, die den Einbezug verschiedener Erklärungsmodelle postuliert und die die Rolle der Gesellschaft bei der Bewertung scheinbar »natürlicher Fakten« hervorhebt.

Diesem Ziel folgend, betrachtet sie im Anschluß in einem historischen Abriß, wie sich die Unterdrückung der Frauen in einzelnen Gesellschaften und Jahrhunderten entwickelt hat. Beginnend bei den NomadInnen der vorackerbäuerlichen Zeit, gelangt sie in einer materialreichen Darstellung über die antiken Hochkulturen bis zum christlichen Abendland.

Sie arbeitet folgende Grundstrukturen der Unterdrückung der Frauen heraus: Durch ihre Gebärfunktion ist die Frau an das Heim und die Hausarbeit gebunden, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung entsteht ebenso wie die Aufspaltung und Hierarchisierung der beiden Sphären des Öffentlichen und des Privaten. Diese Aufspaltung geht einher mit einer Festlegung der Frauen auf die Immanenz, auf die täglichen wiederkehrenden Reproduktionsarbeiten – ein Begriff, der bei de Beauvoir nicht auftritt – und ihrem Ausschluß aus der Transzendenz der nach außen, überindividuell ausgerichteten Tätigkeiten.

Sie stellt eine paradoxe Situation fest: Diejenigen Frauen, die am vollständigsten in eine Gesellschaft integriert sind, haben die wenigsten Privilegien, während die Frauen, die den unteren Gesellschaftsschichten angehören, am ehesten auf einer gleichberechtigten Ebene im Kampf um das tägliche Dasein mit ihren Männern leben. Es habe jedoch immer wieder Frauen gegeben, die dem Schicksal der Mehrzahl der Frauen entkommen seien: Hetären, Kurtisanen etc. einerseits, Königinnen und Heilige andererseits konnten sich gleichzeitig als Subjekte und als Frauen konstituieren.

Die Analyse der Hausarbeit sowie der Institution Ehe und der Abspaltung der öffentlichen von der privaten Sphäre als entscheidende Faktoren der Unterdrückung diente späteren feministischen Autorinnen als Grundlage ihrer Arbeiten. De Beauvoir nimmt hiermit die Rolle einer Vorreiterin ein.

Die historischen Informationen lassen sich leichter aus anderen Quellen als aus de Beauvoirs beispielreicher und detaillierter Darstellung beziehen, wichtig ist ihr Blickwinkel: Sie untersucht die Geschichte als eine Geschichte der Unterdrückung von Frauen, und sie geht dabei, um den heutigen Sprachgebrauch auf sie anzuwenden, von der sozialen Konstruktion der Situation der Frauen aus. Damit verneint sie die Existenz eines ontologischen oder biologischen »Ewigweiblichen« und eröffnet die Perspektive, eine solchermaßen »konstru-

ierte« Situation auch zu »dekonstruieren«. Eine Auseinandersetzung mit de Beauvoirs Buch ist schon aufgrund ihres damals neuartigen Blickwinkels, der in der aktuellen feministischen Debatte weitergeführt wird, auch heute noch interessant.

Freilich muß berücksichtigt werden, daß de Beauvoirs vermeintlich universelle Analyse der Unterdrückung der Frauen sich lediglich auf Europa und die USA bezieht, ohne dies zu benennen. Aus heutiger Sicht wäre es nötig, ihre Arbeit zu ergänzen und gegebenenfalls neu zu schreiben.

Den Abschluß des ersten Buches bildet ein Kapitel über die Mythen der Weiblichkeit aus Sicht der Männer. Die Frau ist nach de Beauvoirs Erkenntnis eine Erfindung des Mannes, es »gibt« sie im eigentlichen Sinne bisher nicht. Er projiziert in sie hinein, was er selbst nicht ist. Aus Angst vor seiner radikalen Freiheit als Existierendes – eine Situation, in der er nur dadurch *ist*, indem er selbst handelt – flieht der Mann in diese Projektionen. Die Mythen über die Frau werden von de Beauvoir differenziert dargestellt. Sie ist die Mutter, die Verbindung zur Natur, das Fleischlich-Verdorbene, die Immanenz, die Muse, Jungfrau, das Magische etc. Anhand von Beispielen aus der französischen Literatur weist de Beauvoir nach, wie diese Mythen etwa von männlichen Schriftstellern aufgebaut werden und wurden.

Das Kapitel über den Mythos ist wohl eines der zeitlosesten in ihrem Werk. Heute wie damals werden Frauen von Männern auf die erwähnten Bilder festgelegt, die Mythen existieren weiter und haben ihren normativen Gehalt nicht verloren.

Die Sicht de Beauvoirs, die Frau »gebe« es im Grunde nicht, war grundlegend neu für Feministinnen. Heute gibt es innerhalb der Frauenbewegung, wenn denn von einer solchen noch die Rede sein kann, zahlreiche Ansätze, eine Frauen-Gegenkultur zu schaffen, mit anderen Worten, dieses Vakuum »Frau« selbst neu zu füllen. Es erscheint mir jedoch wesentlich, sich der verschiedenen Wur-

zeln dieser Gegenkultur bewußt zu werden, in denen Simone de Beauvoir auf alle Fälle ihren Platz hat.

Im *zweiten* Buch stehen Werdegang und Situation der Frau, verstanden als gemeinsamer Erfahrungshintergrund aller Frauen, im Mittelpunkt. Es werden unterschiedliche Möglichkeiten für Frauen untersucht, dem o.g. Dilemma – Weiblichkeit versus Autonomie – zu entkommen, sie stellt dann aber fest, daß so gut wie alle »unauthentisch« seien und keine echten Lösungen darstellten: Durch Frigidität, lesbisches Leben, Masochismus etc. entzögen sich Frauen zwar männlichen Zuschreibungen, eine positive Autonomie werde aber nicht möglich.

Inbesondere ihre Thesen zur Entstehung der weiblichen Homosexualität sind problematisch. Ihr zufolge sind alle Frauen zunächst homosexuell, die heterosexuelle Beziehung zu einem Mann müsse eine Frau erst kennen- und später genießen lernen. Erklärungsbedürftig ist in ihren Augen nicht die Existenz von weiblicher Homosexualität als solcher, sondern die Ausschließlichkeit dieser Wahl. Dabei scheint immer wieder ihre Ansicht durch, lesbisches Leben sei nur eine – wenn auch nötige – Phase im Leben der jungen Frau, die wahre weibliche Erfüllung, verbunden mit der Möglichkeit der Mutterschaft, finde sich aber erst in einer heterosexuellen Beziehung.

Die Befreiungsperspektive, d. h. die einzige »authentische« Lösung – besteht für de Beauvoir in einer Gesellschaft, in der Männer und Frauen ökonomisch und rechtlich gleichgestellt sind und jeweils über eine autonome Subjektivität verfügen, ohne jedoch die Besonderheiten ihres Geschlechtes zu verleugnen. Das Ziel sind autonome Männer und Frauen, die sich selbst transzendieren und so zu Subjekten werden, die aber wechselseitig zum Objekt des/der anderen werden können. So werde eine völlig neuartige Beziehung zwischen den Geschlechtern entstehen, die heute noch gar nicht vorstellbar sei. Damit verneint sie den Vorwurf der mangelnden Spannung und Erotik, die solches mit sich bringe.

Das Buch Simone de Beauvoirs ist ein Klassiker der feministischen Theoriebildung. Viele Themen, die heute unter feministischen Theoretikerinnen diskutiert werden, lassen sich hier wiederfinden. So wird z. B. die Diskussion um die »Gleichheit« der Geschlechter versus ihrer »Differenz« angeschnitten, wobei de Beauvoir sich weder in die eine noch die andere Richtung klar einordnen läßt. Vielmehr denkt sie diese Begriffe zusammen: Die rechtliche und ökonomische Gleichheit der Geschlechter führt ihrer Ansicht nach noch nicht zu einer Befreiung der Frauen, dazu ist es vielmehr nötig, die Differenz der Geschlechter anzuerkennen. Es geht ihr, wie oben ausgeführt, nicht um die Angleichung der Situation der Frauen an die der Männer, sondern um ein Konzept der Geschlechterpolarität, in dem jedes Individuum sowohl autonomes Subjekt als auch Frau bzw. Mann sein kann.

Auch andere heute unter Feministinnen diskutierte Themen treten bei de Beauvoir bereits auf, wie etwa die Diskussion um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, verbunden mit der als grundlegend betrachteten Aufspaltung in öffentliche und private Sphäre oder um das Konzept der Frau als der »Anderen«.

Inbesondere der von de Beauvoir analysierte Konflikt der Frau zwischen Weiblichkeit und Autonomie taucht heute noch in feministischen Debatten auf. So beschreiben Studien zur Rolle von Frauen in der Wissenschaft, daß eine Wissenschaftlerin völlig widersprüchlichen Anforderungen genügen muß, will sie als Frau und als Wissenschaftlerin anerkannt werden. Einerseits muß sie die als weiblich definierten Eigenschaften wie Passivität, Einfühlsamkeit, Emotionalität etc. vorweisen können, andererseits muß sie über die den Wissenschaftsbetrieb beherrschenden, als männlich definierten Charakterzüge wie Zielstrebigkeit, Aktivität, Konkurrenzstreben, Emotionslosigkeit etc. verfügen.

Um die Entstehungshintergründe der aktuellen feministischen Debatte vertieft verstehen zu können, ist die Lektüre des

*Anderen Geschlechts* weiterhin von Interesse. Darüber hinaus stellt de Beauvoirs Herangehensweise – eine Kulturgeschichte der Unterdrückung der Frauen zu schreiben – einen Ansatz dar, der auch auf die Länder außerhalb der westlich-industriellen Kulturkreise angewandt werden könnte.

JENS P. ROSBACH

Dennis Meadows:  
Die Grenzen des Wachstums.  
Bericht des *Club of Rome* (1972)

Die Erde hat ihre besten Jahre hinter sich. Als der *Club of Rome* mit dieser Botschaft die Welt schockte, ahnte er nicht, daß ihn rund 20 Jahre später Ähnliches ereilen würde: Auch er hat heute seine besten Jahre hinter sich.

Experten suchen in den letzten Berichten des Vereins vergebens nach neuartigen Ansätzen, Kritiker finden nur Allgemeinplätze in den Analysen. Der Club, einst warnende Stimme vor ungehemmtem Wirtschaftswachstum, läßt sich bereitwillig für Werbezwecke der kommenden Weltausstellung EXPO 2000 mißbrauchen. Ihr 25jähriges Jubiläum feiern die Berufspropheten träge im pompösen Luxus eines *Airport*-Hotels.

Die Studie *Die Grenzen des Wachstums*, das Ur-Werk der Zukunftsbotschafter aus dem Jahr 1972, hatte anderes im Sinn. In einer Zeit der Technologie- und Fortschrittsbesessenheit sollte wachgerüttelt werden: Nach jedem Berg kommt das Tal, nach dem Aufschwung der Zusammenbruch. Umweltverschmutzung, Überbevölkerung und Rohstoffknappheit wurden als die Krankheiten moderner Zivilisation entdeckt. Man sagte den Tod des Planeten voraus, rätselte nur noch über den Zeitpunkt seines Eintritts.

Wer heute Dennis Meadows legendäre Studie aufschlägt, kann leicht den Eindruck gewinnen, man wandelt mit einem veralteten Stadtplan durch einen längst bekannten Ort. Einige Viertel sind hinzugekommen, und Bezeichnungen haben sich geändert. Aber die wesentlichen Straßenzüge stimmen noch.

Jedes Kind wächst heute mit dem Wissen auf, daß die großen blauen Wale sterben, daß Regenwaldriesen zu Papier zerschnipselt werden und daß man Wasser nicht aus der Leitung trinken sollte. Ozonloch und Treibhauseffekt gehören ebenso zum Wortschatz der Kleinen wie Joystick und Satellitenschüssel. Die Bedrohung von Mensch und Tier läßt sich nicht mehr leugnen: Wer kennt heute nicht die Auswüchse des Wachstums?

Natürlich hat sich Grundlegendes bewahrt, was Meadows Forscherteam berechnete. Leicht wäre zu belegen, daß damals zu Recht der Zeigefinger erhoben wurde: Die Bevölkerungszahl des Planeten hat die Sieben-Milliarden-Grenze erreicht, der Kohlendioxyd-Gehalt der Atmosphäre ist der Prognose erschreckend nahe. Die Langzeitschäden durch Umweltgriffe wie DDT haben sich mehr als bestätigt. Der Vergleich »vorausgesehen – eingetreten« ließe sich beliebig weiterführen. Was aber bringt eine Gegenüberstellung moderner Forschungsergebnisse und damaliger apokalyptischer Warnung? Bietet der Report nach über 20 Jahren noch Orientierung im *global village*?

Angriff auf die Ideologie

Ein Blick in die Geschichte beantwortet diese Frage wie von selbst: Der Bericht des *Club of Rome* war nicht gegen Entwicklung und Wohlstand gerichtet, vielmehr stellte er einen Angriff auf die Ideologie des naiven Wirtschaftswachstums dar. Im Wirtschaftswunder-Westeuropa traf er das Zentrum der Empfindlichkeiten. Auch der Osten fühlte sich in seiner »ständigen Erhöhung der materiellen Lebensbedingungen« angesprochen. Das NEUE DEUTSCHLAND kritisierte den globalen Ansatz der Technologiekri-

tik: »Die gänzlich anderen Ziele und Wirkungen der Einführung der Mikroelektronik im Kapitalismus und im Sozialismus geraten aus dem Blickfeld.« Gerade die systemunabhängige Analyse des *Club of Rome* bot schließlich auch Kritikern in der DDR eine moralische Stütze, auf die sie sich berufen konnten, ohne in den Verdacht »imperialistischer Bestrebungen« zu geraten. Soweit die Reaktionen in den 70ern. Da sich allerdings die Philosophie des ewigen Fortschritts in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Ost und West kaum geändert hat, muß auch das Buch – zwangsläufig – aktuell bleiben.

### Freiwilliger Wachstumsstopp?

So wäre auf einem ergebnislosen Berliner Kongreß, der sich »Klimagipfel« nannte, allein schon der einleitende Gedanke des Berichts eine wichtige Mahnung gewesen: Wir würden gar nicht merken, wenn es bereits zu spät wäre. Entwicklung vollzieht sich nicht geradlinig, sondern exponentiell. Der endgültige Schritt ins Chaos ist wesentlich kleiner als alle anderen zuvor in diese Richtung. Beispiele: In einem Teich wächst eine Lilie, deren Größe sich mit jedem Tag verdoppelt. Innerhalb von 30 Tagen kann sie das gesamte Wasser bedecken und sämtliches Leben darin ersticken. Niemand würde Alarm schlagen, wenn sich das Gewächs am 29. Tag auf die Hälfte des Teiches ausgedehnt hätte. Und doch ist es bereits nach einem Tag vorbei: Die Pflanze verdoppelt ihre Größe und bringt das Aus für alle Lebewesen.

Zugegeben, das klingt wie *science fiction*. Ähnlich dem Bericht des *Club of Rome* aber ist es das, was dieses Wort auch ausdrückt: *wissenschaftliche* Prognose. Denn Zahlen, Analysen und Berechnungen belegen heute die Grenzen unseres Wachstums. Auch wenn das Wissen jedem verfügbar ist, das System krankt an einer fehlenden Wende: Politiker sehen Umweltschutz weiterhin als Sand im Getriebe des Fortschritts und leben ungebremsten Konsum vor, Otto-Normalverbraucher verbraucht normal

weiter. Selbst ein aufgeklärter Geist garantiert noch keine Veränderung: Zweifel scheinen angebracht, ob die FRANKFURTER HEFTE umweltfreundlich auf Recycling-Papier gedruckt werden.

Eine mögliche Interpretation der Schwierigkeiten eines Umsteuerns finden wir in der Psychologie, ebenfalls von Meadows 1972 (!) angeführt: »Je größer der mit einem Problem verknüpfte räumliche und zeitliche Bereich ist, um so weniger Menschen befassen sich mit der Lösung eines solchen Problems.« Wer fühlt sich persönlich von entfernten Katastrophen oder von morgigen Konflikten angesprochen? Wer glaubt, sein eigener Beitrag sei von Bedeutung?

Der Bericht zur Lage der Menschheit betrachtete die Probleme der Zukunft als Probleme aller Nationen; er ging somit von *weltweiten* Lösungen aus. Die Globalität der Zukunftsaufgaben ist unumstritten, ein gemeinsames Engagement ist heute zu hinterfragen: Werden die reichen Industrienationen nicht noch Jahrzehnte ungebremst weiterwirtschaften können, wenn sie Parasiten gleich und notfalls mit Gewalt, Rohstoffe aus anderen Erdteilen konsumieren, Abfall, Armut und Flüchtlingsströme aber dort belassen? Und so zeigt die Studie heute, fast ein Vierteljahrhundert nach ihrem Erscheinen, auch ihre Schwäche: Ohne ein Verständnis politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeiten gehen Krisenszenarien an der Realität vorbei. Wird das Erkennen der Menschheitsprobleme nicht eher zu Rohstoff-Kriegen als zu einem freiwilligen Wachstumsstopp führen, und wird ein dritter Weltkrieg nicht ein Dritte-Welt-Krieg sein?

Hans-Michael Bock (Hg.)

**CINEGRAPH  
Lexikon zum  
deutschsprachigen Film**

Loseblattwerk, z. Z. etwa  
6.200 Seiten in 5 Ordnern,  
DM 320,-- / öS 2.496,-- /  
sfr 320,--

»Die Loseblattsammlung ent-  
wickelt sich zum bedeutend-  
sten Compendium deutscher  
Filmgeschichtsschreibung.«  
(Hans Helmut Prinzler)



Manfred Behn (Hg.)

**Schwarzer Traum und  
weiße Sklavin  
Deutsch-dänische  
Filmbeziehungen 1910 - 1930**

167 S., 29 Abb., DM 32,--  
öS 250,-- / sfr 33,--  
ISBN 3-88377-483-9

Jörg Schöning (Hg.)

**London Calling  
Deutsche im britischen Film  
der dreißiger Jahre**

172 S., 33 Abb., DM 32,--  
öS 250,-- / sfr 33,--  
ISBN 3-88377-445-6

**Das Cabinet des Dr. Caligari  
Drehbuch von Carl Mayer u.  
Hans Janowitz zu Robert  
Wienes Film von 1919/1920  
FILMtext edition text + kritik**



Helga Belach /  
Hans-Michael Bock (Hg.)

**Das Cabinet des Dr. Caligari  
Drehbuch von Carl Mayer  
und Hans Janowitz  
zu Robert Wienes Film  
von 1919 / 1920**

Mit einem einführenden Es-  
say von Siegbert S. Praver  
und Materialien zum Film  
von Uli Jung  
etwa 180 Seiten, zahlr. Abb.  
ca. DM 30,-- / öS 234,-- /  
ca. sfr 31,--  
ISBN 3-88377-484-7

Helga Belach /  
Hans-Michael Bock (Hg.)

**Das Wachsfigurenkabinett  
Drehbuch von Henrik Galeen  
zu Paul Lenis Film von 1923**

Mit einem einführenden  
Essay von Thomas Koebner  
und Materialien zum Film  
von Hans-Michael Bock  
151 S., 17 Abb., DM 29,50  
öS 230,-- / sfr 30,50  
ISBN 3-88377-430-8

FILMtext dokumentiert und  
kommentiert Drehbücher  
deutscher Filmklassiker aus  
dem Archiv der Stiftung  
Deutsche Kinemathek.

KAROLINE HILLE

## Der weibliche Blick oder: Die Metamorphose eines Wäscheständers

Die Erwartungen sind groß, der Fragen viele. Angesprochen und vom Thema ange-lockt als Kritikerin, Kunsthistorikerin und Frau werde ich den abgehobenen Standpunkt der Kritik für dieses Mal verlassen, die stillschwe-gende Übereinkunft ignorieren, sich nie direkt ins Spiel zu bringen, meine Eindrücke, Empfin-dungen und Überlegungen beim Gang durch die Ausstellung artikulieren in der ungeschützten Ich-Form. Denn die Antwort auf die Frage, ob dies nun einfach moderne Kunst sei, oder ob es nicht doch einen benennbaren Unterschied zwi-schen Kunst von Künstlern und von Künstlerin-nen gibt, kann nur eine subjektive, weibliche sein – und das ist gut so.

Listig gibt Gudrun Inboden, die die Ausstel-lung konzipiert hat, vor, kein neues Geschütz im Kampf der Geschlechter aufzufahren und verbannt die Frage nach der »Rolle der Frau in der Kunst« ins Reich der Soziologie. Aber der verbale Kunstgriff, die Schau unter dem Pos-tulat von der »Weiblichkeit« jeder Kunst zusam-menzufassen, das der Nestor der postmodernen Philosophie Jean-Francois Lyotard formuliert hat, bleibt seltsam papieren, die ästhetische »Praxis« der Werke spricht ihre eigene Spra-che.

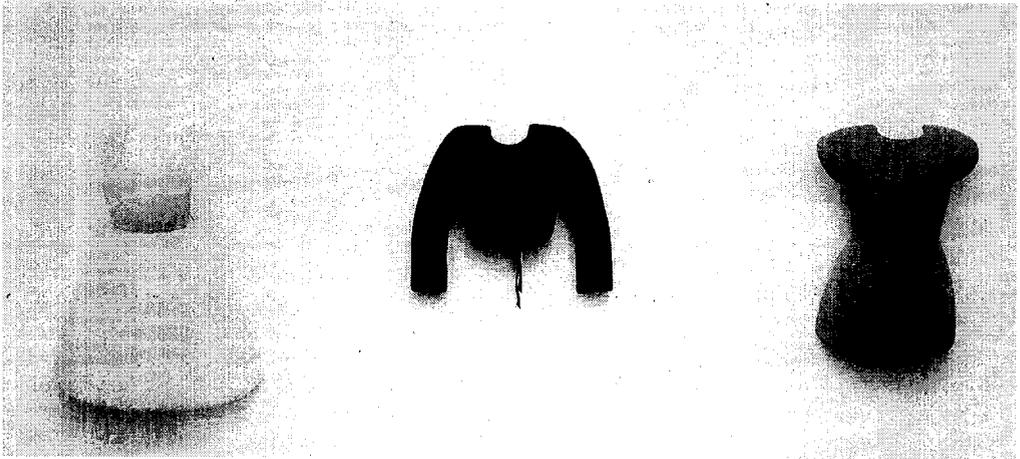
Zwar stimmt es, daß Künstlerinnen zuneh-mend auch in Deutschland das Bild der aktuel-len Kunst mitbestimmen (Katharina Fritsch wird als erste deutsche Künstlerin auf der Bien-nale in Venedig den zentralen Raum im deut-schen Pavillon gestalten), trotzdem sind sie in großen Ausstellungen und in Museen nach wie vor wenig präsent und werden von der Kunst-wissenschaft vernachlässigt.

Noch 1990 anlässlich des großen Überblicks *Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts* im Mu-seum Wiesbaden mußten die InitiatorInnen dar-auf hinweisen, daß wegen der Gefahr der Selbstgettoisierung die Beteiligung an reinen Frauenausstellungen bei Künstlerinnen nicht unumstritten sei, und diese Gefahr, so fügten sie hinzu, sei nur durch Qualität und durch ein unübersehbares Selbstbewußtsein der Künst-lerinnen vermeidbar, wie es stellvertretend Ro-semarie Trockel mit ihrem Plakat und Katalog-umschlag fünf Jahre später für die ifa-Ausstel-

lung formuliert hat. Der Entwurf zeigt die Pho-tographie einer nackten, in einem See von grün-er Farbe knienden Frau in Rückenansicht mit üppiger rotblonder Mähne, die mit einem brei-ten Pinsel eine Wand in eben dieser Farbe streicht. *Legende* nennt Trockel ihr Bild und spielt damit inhaltlich und formal auf den My-thos von der *Erfindung der Malerei* durch eine Frau an, die den Profil-Schattenriß eines jun-gen Kriegers auf einer Wand nachzeichnet – dargestellt von Eduard Daege 1832 auf dem gleichnamigen klassizistischen Gemälde, das der Ausstellung als Motto dient und auf dem Werbeleporello abgebildet ist. Spielerisch und nicht ohne Ironie verändert sie den Blickpunkt, so daß der Mann verschwindet. Auf dem Ge-mälde noch unverzichtbar, wenn auch nur als Objekt oder Mittel zum Zweck, hat sich die Künstlerin des ausgehenden 20. Jahrhunderts souverän von der patriarchal bestimmten Bil-derfindung emanzipiert und geht ihren eigenen Weg. Ein – mein – Wunschtraum?

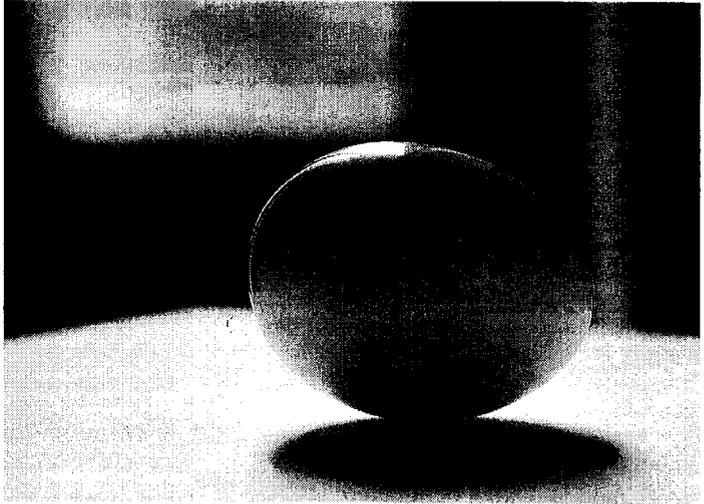
Bleiben wir noch einen Moment bei Rose-marie Trockel. Keine der beteiligten Künstle-rinnen hat so offen und (fast) ausschließlich die unterschiedlichen Lebenswelten von Mann und Frau thematisiert und gleichzeitig das weib-liche Rollenverständnis als Klischee entlarvt. Stricken, bügeln, kochen – aber die Strickobj-ekte sind im Computer entwickelt, und die Kochplatten hängen an der Wand und scheinen in ihrem klinisch reinen Schwarz-Weiß-Kon-trast eher einen Hightech-Labor zu entstam-men als einer Küche. Das machtdunkle Univer-sum entpuppt sich als gestrickt und die Sterne als Mottenlöcher – typisch Frau, denkt man (oder auch frau) und wird schon wieder ge-narrt, denn das Objekt ist ein Siebdruck auf Plexiglas. Erste Blicke reichen nicht aus, nichts ist wie es scheint, scheinbar Festgefügtes be-ginnt zu schillern, Vieldeutigkeit und Offenheit von Begriffen und Formen statt Gewißheit und Sinngebung.

Die *Kategorie des Möglichen* nennt Gudrun Inboden dies in ihrem Einleitungssessay. Ein Charakteristikum für weibliche Kunst? Aber das »Mögliche« ist nur die eine Seite, auf der anderen sind diese Objekte doch auch klar, ver-



Wiebke Siem, *Kleider* 1991

Karin Sander,  
*Hühnererei, poliert*, 1994



Asta Gröting,  
*Verdauungswege*, 1991



ständig, eindeutig, Produkte des schöpferischen Prozesses, haben mit Verstand *und* Gefühl zu tun. Leiblicher Logos heißt die Ausstellung und zwingt damit scheinbar Unvereinbares zusammen – »männlichen« Logos und »weiblichen« Leib –, thematisiert den Dualismus von Körper und Geist, der die Machtstrukturen im abendländischen Denken bis heute immer aufs neue zementiert.

»Die Männer . . . lieben nicht die Liebe, sondern den Sieg. Unter ihnen herrscht eine ironische Verachtung des Körpers und der Sinne, der Gerüche, der Berührungen, der Ausscheidungen, des Geschehen-Lassens, der Klänge; diejenigen unter ihnen, die sich dem überlassen, nennen sie »Künstler«. Aber die Künstler sind weiblich« – schrieb der zum Kronzeugen für die Ausstellung auserwählte Lyotard. Das hört sich verlockend an und nivelliert und verwischt doch jeden geschlechtlichen Unterschied: Kunst ist Kunst, egal von wem, denn Künstler sind weiblich und damit basta! Ein trojanisches Pferd, gelingt es doch so mühelos einer männlich dominierten Kunstwissenschaft, Kunst von Frauen als »gut« zu vereinnahmen, beziehungsweise als »schlecht«, weil nur weiblich auszugrenzen.

Die Objekte der 14 in der Ausstellung vertretenen Künstlerinnen sind gerade nicht nur der von Lyotard postulierten Sphäre des Körpers und der Sinne zuzuordnen, sondern auch der des Kopfes. »Intelligenz ohne Gefühl und Sinne ist korrupt. Sinne und Gefühl ohne Intelligenz sind dumm. Der unteilbare Mensch läßt sich nicht beherrschen. . . schreibt die Literaturwissenschaftlerin Elisabeth Lenk. Geradezu wie eine Visualisierung dieser Erkenntnis erscheinen die meist dreiteiligen Bildobjekte von Katharina Karrenberg, die jeweils stark vergrößert Ausschnitte aus uns allen durch massenhafte Reproduktion bekannten Bildern zeigen. So konfrontiert sie in *Aphrodite Genetrix*, der *Großen Mutter*, ein Zitat des Verfassers einer *Philosophie der Fotografie*, Vilém Flussers, in dem er alle Kultur aus der Vereinigung von Logos und Leib erklärt, mit der auf die Spitze getriebenen Künstlichkeit der *Gläsernen Tränen* – einer Fotografie von Man Ray aus den 20er Jahren – und der Negativ-Reproduktion eines Pollock-Gemäldes. Das Ganze als Summe seiner Teile? »Ich bin viele«, sagt die Künstlerin und beschäftigt sich mit Quantenphysik, Mathematik, Logik und Philosophie. Sie zwingt die weiblichen Bewegungsabläufe zwischen Herd, Spüle, Kühlschrank und Tisch zusammen mit Jackson Pollocks Gemälde *No 32* und Ergebnissen der Quantenmechanik oder konstruiert ein pythagoräisches Dreieck aus Quadraten, die

den amerikanischen F-16-Bomber, Leonardos Menschenentwurf und das schwarze Quadrat von Kasimir Malewitsch zeigen.

In der neueren Arbeit von 1993/94 variiert Katharina Karrenberg das Thema vom Ganzen und von den Teilen am Beispiel des Kontraposts mittels zweier schlanker Vitrinen aus Holz und Glas. Die eine steht, rechtwinklig ausgerichtet, Ordnung und Sicherheit signalisierend mit einem sorgfältig geschichteten Stapel Papier, die andere ist leicht gekippt, der Stapel mit den Vervielfältigungen von Körperumrißzeichnungen aus dem unerschöpflichen Reservoir der Kunstgeschichte kam so ins Rutschen und liegt auf dem Boden. Ist der Moment, die Sekunde der Ausgewogenheit noch da oder bereits überschritten? Hier haben wir sie wieder, ganz sinnlich, anschaulich – die *Kategorie des Möglichen*, denn *wenn* man ins Rutschen kommt, verliert man den Boden unter den Füßen. »Wenn's keinen Halt gibt, hat sich das Feste aufgelöst,« schreibt die Künstlerin und denkt, spielt, träumt das »Wenn« des Möglichen.

In einem Interview auf die weibliche Ästhetik angesprochen, antwortete die bereits zitierte Elisabeth Lenk, sie habe das Gefühl, Frauen seien vielmehr aus einem Guß und wenn sie sich so etwas wie »kindliche« Phantasie, den Moment vor aller Sprache und Kompliziertheit der Reflexion bewahrt haben, könnten sie plötzlich einen Ausdruck klassischer Einfachheit erreichen, der mit Genialität identisch ist. Eine Utopie – gewiß, gleichzeitig aber eine Annäherung an so etwas wie weibliche Ästhetik; nicht im Sinne des Lyotard-Postulates, sondern im Sinne einer Charakteristik für Kunst von Frauen.

Um dies zu präzisieren soll noch einmal eine Denkerin zitiert werden, Julia Kristeva, die bereits 1977 feststellte, daß die Meisterschaft, Logik, Syntax männlich kodiert sei, dagegen die »Rhythmen, die Glossolalien auf das Präödi-pale, also die Mutter, das heißt auf die Frau« zurückzuführen seien. Folglich würde jede schöpferische Tätigkeit nicht vom Unterschied der Geschlechter abhängen, »sondern von der Differenzierung zwischen diesen beiden Polen«. Es kommt also auf Nuancen an, auf Feinheiten, andere, neue Blickwinkel, unterschiedliche Sichtweisen, nicht auf Polarisierungen.

Im folgenden will ich versuchen, diese theoretischen Überlegungen zu einer weiblichen Ästhetik an einigen Werken der Ausstellung konkret zu benennen, um sie so sinnlich erfahrbar zu machen. Auf einen wichtigen Aspekt, das »Mögliche«, das ja Offenheit, Transparenz, Verwandlung beinhaltet, wurde schon hingewiesen. Auch die »Einfachheit«, geboren aus

der Phantasie und Ganzheitlichkeit, dem Insistieren auf dem Körper und der Einheit von Körper und Geist kam schon zur Sprache. Ein Beispiel par excellence sind hier die monochromweißen Arbeiten von Karin Sander, ihre Werkreihe weißer Blätter mit ganz sparsamer *Zeichnung* aus Heftklammern, aber vor allem die geschliffene, polierte Wandfläche – eigens für die Stuttgarter Staatsgalerie angefertigt –, die die Struktur der Oberfläche allerdings entscheidend verändert, spiegelt sich doch in ihr die Umgebung, wenn man so will, das ganze Universum. Ebenso behandelt, sprich poliert, Sander ein Hühnerer und legt es auf einen Sockel, und mit ihm kommt ein weiterer Aspekt ins Spiel, die runde Form, als Kreis, Ellipse, Loch, im weiteren Sinn als Symmetrie. Rundheit hat ja viel mit Ganzheitlichkeit, Einfachheit, In-sich-ruhen, Kreislauf, manchmal mit Ausweglosigkeit zu tun, ist auch Bewegung, Rotation, aber niemals zielgerichtete Aggression.

Genial und einfach hat Katharina Fritsch diese *Kategorie des Kreises* verbildlicht, indem sie acht zähnefleischende schwarze Panther im Kreis gruppiert, Kopf nach innen – sinnfällige und auch ironische Anspielung auf den Leerlauf (männlicher) Aggressivität. Die unmittelbare Wirkung, ja fast »unheimliche« Präsenz aller ihrer Arbeiten resultiert aus der Ambivalenz zwischen dem Wiedererkennungseffekt dieser Allerweltdinge unserer Warenproduktion und der extremen Isolation dieser Dinge.

Mit ähnlicher Absicht wie Fritsch mit den Pantherern befaßt sich Asta Grötting mit dem Imponiergehabe und gruppiert acht Lederjacken zum *Affentanz* – wieder in Kreisform – oder sie erhebt unser Verdauungssystem zur Kunst, indem sie es ins Monumentale steigert, gelbliche Silikonschläuche mit Holzswolle füllt und damit über die Diskrepanz zwischen Leib und Logos mehr sagt als alle Worte.

Mit pessimistischem Blick auf die Möglichkeit weiblicher Emanzipation wird Dagmar Demming in ihrer erzählerischen Installation *Totale Ausgangssperre* der Kreis zum ausweglosen Gefängnis. Eine Frau rennt hier in einer Videoprojektion im Rund über die Wände der Ausstellung. Aber sie läuft nicht vor –, sondern rückwärts. Zwei Samtkleider mit »unheimlich« langen Ärmeln, ein rotes und ein weißes, liegen auf dem Boden, bzw. hängen an der Wand. 1894 hat Edward Munch zwei Frauen in diesen Gewändern gemalt. *Rot und Weiß* heißt das Gemälde, Schablonen des männlichen Blicks für das Weib, die Frau – Hure und Heilige.

Das Bekleiden, Verkleiden, Schmücken des weiblichen Körpers beschäftigt auch andere Frauen in der Ausstellung. Wiebke Siems Klei-

der, vor ein paar Jahren noch tragbar, sind zu panzerähnlichen Gebilden geworden.

Riesengliedmaßen braucht frau offensichtlich, meint neben Dagmar Demming auch Pia Stadtbäumer. Zwei Meter lang hängen zwei blaue Arme von der Decke, ganz naturalistisch mit jeder Ader, daneben ein gigantisches silbriges Bein in einem Kasten, leicht angewinkelt, bereit zum Aussteigen.

Ernst und heiter, witzig und nachdenklich, traurig oder mit leiser Melancholie, ironisch und kritisch erzählen die Künstlerinnen Geschichten, zitieren den großen Meister aller Objektkunst, Marcel Duchamp, mal mehr mit dem Kopf, mal mit dem Bauch, machen sich Gedanken über das, »was die Welt im Innersten zusammenhält« oder über den Zustand unserer Gesellschaft. Und zwischen all den unterschiedlichen Objekten und Installationen graue, an Architekturfragmente erinnernde, schrundige Betonarbeiten. Isa Genzken hat diese Gebilde auf hohe Stahlrohrgestelle postiert, nur aus der Froschperspektive gewähren sie Einblick in ihr Inneres, schmale Spalten, enge Gänge; jedem wirklichen Zugang verschlossen, archaische, übriggebliebene Monolithe, fehl am Platz.

Nicht jedes Werk konnte angeschaut werden, vieles blieb ungesagt. Hier am Ende nun möchte ich die beiden Künstlerinnen vorstellen mit ihren beiden ganz unterschiedlichen Arbeiten, die mich am meisten beeindruckt haben und die, da bin ich mir ganz sicher, nur von einer Frau stammen können.

»Es gibt keine Lyrik ohne Dialog. Das einzige, was uns einem Gesprächspartner in die Arme treibt, ist der Wunsch, über die eigenen Worte zu staunen, sich von ihrem Neuen und Unerwarteten fesseln zu lassen«, schrieb der russische Dichter und Schriftsteller Ossip Mandelstam. 1938 starb Mandelstam 47jährig in einem stalinistischen Lager. Sein Tod wurde vertuscht, und erst 1992 erfuhren die Russen aus der ISWESTIJA vom Ende ihres wohl bedeutendsten Dichters. Für jedes Jahr der Unwissenheit hat Ute Weiss-Leder einen Stahlkasten geschweißt und den Zeitungsartikel mit dem Häftlingsfoto von Mandelstam hineingeklebt. Dazu hat sie auf zwei großen Pergamentbahnen ein Labyrinth entworfen, in dem sie auf grauen Stegen mit weißer Schrift Verse und Texte des Lyrikers in Russisch und Deutsch zitiert. Ursprünglich bestand das Labyrinth, das im Ganzen betrachtet eine Kreisform ist, aus schwarz gefärbtem Styropor, ein Material, das sicher zu Recht ihrer Idee nicht voll gerecht wurde. So kam die Künstlerin auf den Gedanken, die schwarzen Stege mit der weißen Schrift in einem komplizierten Verfahren auf

das Pergament abzureiben. *Die inneren Gänge* nennt sie diese Hommage für einen anderen Künstler, ohne Effekthascherei, völlig auf Mandelstam konzentriert.

Die andere so in sich stimmige Arbeit besteht aus den allerprofansten Gebrauchsgegenständen – aus aufgeklappten weißen Wäscheständern. Mit ihnen (in Stuttgart ca. 100) zaubert die in Berlin lebende Chinesin Qin Yfen in der Rotunde des Schinkelbaus eine Installation, die das Publikum bezaubert im wahrsten Sinn des Wortes. Die zum Kreis gestellten Trockner sind behängt mit weißen Reispapierbahnen, die mit Holzklammern befestigt sind. Aus der Mitte klingt aus hunderten von kleinen versteckten Lautsprechern an- und abschwellender, leise-wehmütiger Frauengesang aus der Pekingoper. Aber der Zauber wirkt auch ohne die Klänge und das Papier. Lange vor der Stuttgarter Eröffnung erzählte ich einer befreundeten Fotografin von dem Ausstellungsplan. Da holte sie einige Fotos, die sie bei einem Besuch der Staatsgalerie gemacht hatte. Sie zeigten die Wäscheständer pur, die im Spiel von Licht und Schatten ein filigranes Muster zeichneten. Den weiblichen Blick, wunderbar selbstverständlich und emanzipiert – *leiblicher Logos* als Einheit von Körper und Geist –, Kunst von Künstlerinnen zeigt die Ausstellung und sie beweist, daß dies keine Selbstgettoisierung bedeutet, sondern daß Frauen das Bild der modernen Kunst maßgeblich mitbestimmen.

*Die Ausstellung »Leiblicher Logos« ist vom 16. bis zum 30. 7. im Alten Museum in Berlin zu sehen.*

## GABRIELE RÖTHEMEYER

### Filmforum:

### Die Angst vor dem großen ABC

**D**er Winter war noch einmal zurückgekehrt, deckte ungeniert vorlaut gelbe Forsythienzweige zu. Die Landschaft war im fahlen Licht in eine friedliche Monotonie gehüllt, nur unterbrochen von den künstlichen Leuchtfarben der neu errichteten Einkaufsparadiese an den Außenrändern der vorbeiziehenden Ortschaften. Eindrücke einer Bahnfahrt durch Thüringen, das Ziel Gera. Hier wurde zum 9. Mal der *Goldene Spatz* verliehen. Dieser ambitionierte Vo-

gel flattert seit 1979 in Sachen deutscher Kinderfilme, einst nur über dem Gebiet der ehemaligen DDR. Zwar wurde er, zusammen mit der Leipziger *Taube* für Dokumentarfilme in den gesamtdeutschen Zoo der Filmfestivals und ihrer Trophäen »überführt«. Doch hier drohte er trotz guten Zuredens bald einzugehen. Um den Spatz dennoch am Leben zu halten, waren viel Papier, guter Wille und zahlreiche Bitt- und Bettelgänge vonnöten. 1993 wurde schließlich eine Stiftung gegründet, in der einmal mehr versucht wird, ein unter anderen Vorzeichen begonnenes Kultur-Unternehmen auf neue, gemeinsame Füße zu stellen. Wobei man sich häufig – und unvermeidlich – auf dieselben tritt. Die neuen Partner kommen aus verschiedensten Häusern. Das reicht vom Bundesinnenministerium über RTL bis zu *Buena Vista Productions* mit dabei aber auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen, federführend der MDR oder die Potsdamer Filmhochschule *Konrad Wolf*.

Auf den alten Bahnsteigen vorm Abteiffenster lösen die Namen auf den schwarzweißen Schildern in mir ein ganzes Bündel unterschiedlicher Gefühle und Assoziationen aus: Weimar, Gotha, Wandersleben. Romantische Phantasien, Tradition, Vergangenheit, ganz verschiedene Vergangenheiten auf beiden Seiten der vergangenen Grenzen. Auch Neugier auf Unbekanntes, das fälschlich vertraut erscheint. Und Bilder, die mit diesen Namen aufsteigen.

Im Speisewagen dann eine befreundete Kostümbildnerin. Im Gespräch über die DEFA natürlich von mir die Frage nach dem weit gerühmten Fundus, der erst kürzlich durch umfangreiche Ausverkäufe zwar nicht abgewickelt, aber erheblich geschrumpft wurde. Doch die Auskunft der Fachfrau ist unsentimental: Die Stoffe und Materialien waren fast immer minderer Qualität, alles hatte »Fassong«, es gab – auch hier – wenig traditionell hergestellte Seiden oder Leinen oder Samte, nie gab es Schmutz, eine Falte. Nichts knitterte edel, nichts wirkte alt. Lebendige Geschichte ist so nicht darzustellen und – wir haben andere Ansprüche an die Bilder in den Filmen.

Und trotzdem haben viele DEFA-Filme »funktioniert«, tun es heute noch, auch und gerade in den Kinderfilmen, die der immer noch vorsichtig in Treuhand-Unsicherheit agierende Progress-Filmverleih vertreibt. Die Geschichte des deutschen Nachkriegs-Kinderfilms ist eine erstaunlich lebendige und reiche in der DDR und eine mit allen Anfälligkeiten des Spätentwicklers behaftete in der alten Bundesrepublik. Wolfgang Staudte, der den quasi gemeinsamen Anfang mit *Die Mörder sind unter uns* und dem *Untertan* für das erwachsene Publikum

prägte, drehte auch den ersten Kinderklassiker 1947: *Der kleine Muck*. Heute wird er wieder im kommerziellen Kino aufgeführt.

Während der gesellschaftliche Erziehungsprozess in der ehemaligen DDR das Kind ebenso wichtig nahm wie den Erwachsenen und deshalb in den Produktionen der DEFA viel Etat zur Verfügung stand, führte und führt der Kinderfilm in unserem kulturellen und gesellschaftlichen Bewußtsein eher eine Nischenexistenz. Wobei strenggenommen Kinderfilme weltweit – also auch in Deutschland – die absoluten Kassenschlager sind, ob nun *Indiana Jones* oder *Kevin* oder *Sister Act* in allen Neuauflagen. Aber sie kommen im amerikanischen Gewand des Family-Entertainments daher und vermeiden werbewirksam das störende Kinderetikett, das hierzulande offensichtlich so etwas wie zweite Wahl bedeutet. Ausnahme, wenn auch nur bedingt, die Trickfilmproduktionen aus dem Hause Disney.

Was die Kinderkunden betrifft, so werden sie schon jetzt und in Zukunft immer mehr auch im Medienkonsum auf Markenartikel eingeordnet. Jeder Disneyclub, jeder Super-Familien-Kanal zieht mit an der Zukunft einer immer gleichen Bilderwelt. Nicht umsonst hat *König der Löwen* alle Boxofficevergleiche in Rekordzeiten in den Schatten gestellt. Auch Kinder haben ein Recht auf das Glücksversprechen der amerikanischen Verfassung, das nur von kulturpessimistischen Nörglern als die Aufforderung, sich zu Tode zu amüsieren, mißverstanden wird.

Da aber in anderen Kulturen immer noch (?) davon ausgegangen wird, daß Kinder eigene Interessen, eine eigene Sicht der Welt, eine Sehnsucht nach Mythen und Märchen haben, die sich nicht nur im Alltag oder im Weltraum finden lassen, sondern überliefert sind und einen eigenartigen Geruch von Vergangenheit und Geschichte mit sich tragen, gibt es in China, in Kanada, im Iran, in allen Ländern Skandinaviens und manchmal auch in Mitteleuropa und in Deutschland Filme, die davon erzählen. Immer mehr Kinobesitzer vertrauen auf das Urteilsvermögen von Kindern und Eltern und erzielen mit ihrer nicht immer leichten Arbeit – denn der Trend in den Medien ist eben ein anderer – beachtliche Erfolge. Die Statistiken der Filmförderungsanstalt belegen, daß diese Art von Filmen zu den Repertoireklassikern gehören und zwar nicht in den US-Markt-orientierten Einsatzzeiten, sondern über viel längere Zeiträume Gewinne einspielen.

Vorurteile, der Verdacht auf Pädagogik oder zeitkritische Themen, schließlich die gesamte Stimmung »gegen« deutsche Filme bela-

sten die Kinderfilmproduktion. Die einst privilegierten Regisseure der DEFA sitzen nun plötzlich mit den Kummer gewohnten (und dies spürt man leider auch aus mancher bundesdeutschen Produktion!) West-Kollegen in einem Boot oder zumindest um einen Tisch in Gera. Und wieder einmal ist zu spüren, wie wir uns selbst in dieser Runde, ob im Gespräch über Koproduktionen oder in der Diskussion um Filmförderung scheuen, bestimmte Worte auszusprechen, das zu benennen, was wir zeigen wollen, aus Angst, es seien die falschen, schon besetzte Worte. Da springen wir alle lieber auf fahrende Züge, egal wohin die Strecke führt. Es ist hierzulande schwierig, im Jahr des 100jährigen Kinojubiläums, sich auf ein Erbe zu einigen, das es zu verteidigen gilt, das man bewahren möchte.

Im großen Kinozelt auf dem gewaltig gestalteten Vorplatz des Kongreßzentrums mitten in Gera werden Filmklassiker vorgeführt. Hier startet die Tournee des Wanderkinos im Zirkuszelt zur Feier des Jubiläums mit und für ein junges Publikum. Gezeigt werden historische Titel, die Zuschauer jeden Alters begeistern können. Filme, die nicht in den oft zu eng gefaßten und daher auch von heutigen hiesigen Filmemachern problematisierten Begriff des Kinderfilms passen: *Der Dieb von Bagdad*, *Krieg der Knöpfe* oder *Fahrraddiebe*. Prompt protestiert ein Kollege vom SPIEGEL, daß der italienische Klassiker doch kein Kinderfilm sei! Und wieder beginnt ein lebhafter Streit, über das, was man Kindern zeigen, ihnen »zumuten« kann – ein Streit, der angesichts der permanenten Zumutungen der häuslichen Medien merkwürdig antiquiert und weltfremd wirkt.

In Frankreich gehört Film seit Ende der 80er Jahre in den regulären Lehrstoff der höheren Schulen. *Collège au Cinéma* heißt das bislang erfolgreichste Projekt, dem eine Reihe abgestufter Programme für andere Schulzweige angegliedert wurden. *Le Patrimoine*, schwerfällig und unzureichend mit kulturellem Erbe übersetzt, umfaßt Loireschlösser, Racineverse, Chansontexte von Prévert, Bilder von Cézanne und Filme von Truffaut. Die siebte Kunst wird ernsthaft, aber nicht unsinnlich »erlernt«. Nicht nur Kassetten und anfällige Projektoren im Klassenzimmer, sondern regelmäßige Kinovorführungen gehören zum Lehrplan. Zukünftige Kinokenner und Kinogänger sollen herangebildet werden, Bürger, die wissen, warum ihre Politiker so heftig gegen GATT und für die Quotierung von Filmprogrammen streiten.

Davon sind wir weit entfernt. Unsere Kinder werden bestimmte Künstler und Kunstwerke nicht mehr identifizieren als Ausdruck ihrer Vergangenheit oder der ihrer Eltern, ent-

standen in der Auseinandersetzung mit der Welt, die uns unmittelbar umgibt. Auch im Internet braucht man einen Ort, von dem aus man sich einspeist, einen Standpunkt, der Fragen ermöglicht, der Neugier Nahrung gibt. Was soll man sonst in diesem gigantischen globalen Austausch tauschen, wenn alle nur noch die gleichen Formeln, Bilder und Geschichten kennen? Die Phantasie der Computer ist immer noch die ihrer Programmierer.

Während sich die Kinder im Kino in Gera auch von schwierigen, spröden Streifen unterhalten fühlen und begeistert mitgehen, selbst auch noch die anschließende Diskussion mit den Machern ohne Ermüdungserscheinungen meistern, möchten ihnen die sogenannten Verantwortlichen angesichts der herrschenden Marktgesetze jede Bildung – auch die des Herzens, die in vielen guten Filmen gefördert wird – verwehren. Im Medienzeitalter aber muß vermittelt werden, was und wie mit den Bildern erzählt wird. Wir können nicht nur auf die talentierten Autodidakten vertrauen. Wir müssen die Botschaften entschlüsseln. Lesenlernen allein genügt jedoch noch nicht. Bisher zumindest haben wir immer noch versucht, literarische Werke vorzustellen, ihren Zauber, ihre Gewalt herauszuarbeiten, ihre Einmaligkeit zu erfahren, den »Unterschied« zu erfassen. In diesem Sinn können auch Bilder und Filmbilder nicht nur begriffen, sondern unterschieden werden. Wie anders soll denn in Zukunft mit all den künstlichen Wirklichkeiten umgegangen werden, die unsere überlieferten Vorstellungen von Manipulation zum harmlosen Hirngespinnst mutieren lassen?

Eine Geschichte von Freundschaft und Abenteuer hat einen der Filmpreise in Gera gewonnen. *Karakum* ist ein deutscher Film, koproduziert in und mit Turkmenistan. Ein unbekannter, nicht einfacher Partner, aber ein geglücktes Experiment. Im Kino hat sich der Film nicht durchsetzen können, wenn er auch sicher zu den obengenannten Dauerbrennern des Repertoires gehören wird. Aber die Kinder in Gera haben die Wüste Karakum gespürt, haben um die beiden Jungen, den Deutschen und den Turkmenen gebangt und haben keine Sekunde Angst gehabt vor Gefühlen der Welt des Films.

Das Feiern von Jahrestagen macht jedoch nur Spaß und Sinn, wenn der Anlaß die Feiern quer durch die Geschmäcker und die Generationen verbindet. So wie die guten und die ehrgeizigen Filmemacher immer voneinander gelernt haben, müssen wir uns nicht scheuen, die Geschichte des Films immer wieder und immer neu zu erzählen. Das Wissen ist kein Feind des Genießens – eher im Gegenteil.

## Architektur und Stadtplanung

GERD DE BRUYN

### Die Unwirtlichkeit der Trabantenstadt

Geschichte eines Scheiterns

**T**rabantenstädte und Plattenbausiedlungen werden derzeit mit hohem Kostenaufwand repariert und gestalterisch aufgewertet, um den Unmut der Menschen zu beschwichtigen, die dort wohnen müssen. Bleibt es auch zumeist bei rein kosmetischen Maßnahmen, die uns über die prinzipielle Fragwürdigkeit solcher Großplanungen nicht hinwegtäuschen können, mutieren dennoch einige Politiker und Planer wieder zu Lobrednern des modernen Siedlungsbaus, als hätte es nie eine begründete Kritik daran gegeben. Vergessen scheint, daß Alexander Mitscherlich und Ernst May, der »Erfinder« des Trabantenstadtkonzepts, in den sechziger Jahren vergeblich versucht haben, den Typus Großwohnanlage den sich wandelnden Bedürfnissen unserer Zeit anzupassen.

Blicken wir zurück: Als Ernst May, der ehemalige Stadtbaurat von Frankfurt am Main, nach kurzer Planungstätigkeit in der UdSSR und seinem fast zwanzigjährigen Wirken als Farmer und Architekt in Afrika 1954 nach Deutschland zurückkehrte, war er der Senior der modernen Stadtplanung und zugleich eine weithin geachtete Autorität in seinem Fach. Fast achtzigjährig begab er sich 1965 an die Planung der Siedlung Darmstadt-Kranichstein. Im gleichen Jahr hatte Mitscherlich seine Streitschrift *Die Unwirtlichkeit unserer Städte* veröffentlicht, die geradezu lawinenartig die öffentliche Diskussion um die Monotonie schlüsselfertig geplanter Großsiedlungen auslöste.

Aus dem Briefwechsel zwischen May und Mitscherlich, der aus dieser Zeit datiert, kann geschlossen werden, daß beide sich Ende 1965 bei einer Tagung kennenlernten. Im Zusammenhang mit diesem Treffen steht die Übersendung der *Unwirtlichkeit* an May. Dieser bedankte sich in einem Schreiben mit den Worten: »Ich habe das Buch gleich durchgelesen und finde es außerordentlich wichtig. Zu meinem Bedauern ist es mir nicht möglich, mich mit Ihnen darüber einmal zu unterhalten, da ich bei vieler Zustimmung doch auch manche Punkte mit Ihnen durchdiskutieren würde.« Mitscherlich kündigte hierauf in seinem Antwortbrief an, daß er sich bald noch deutlicher »über die Grundbedürfnisse des Menschen, mit denen es

der Architekt immer zu tun hat« äußern werde.

Die Gelegenheit, dies in Form eines Vortrags zu tun, bot sich, nachdem Mitscherlich dem Frankfurter Oberbaudirektor Köhler über den Weg gelaufen war, der sich 1966 mit den Vorbereitungen zur Hundertjahrfeier des örtlichen Architekten- und Ingenieurvereins befaßte. Köhler gewann den inzwischen in der »Mainmetropole« wirkenden Psychoanalytiker und Ernst May als Festredner und schlug beiden als Thema »Die Stadt der Zukunft« vor. Die beiden Referenten waren einverstanden, verabredeten eine persönliche Aussprache über die ihnen gestellte Aufgabe und trafen sich noch im gleichen Jahr an einem Dezembertag im Sigmund-Freud-Institut, dessen Direktor Mitscherlich war, um dort gemeinsam zu frühstücken.

### Sozialpsychologie und Stadtplanung

Während May in seinem Frankfurter Vortrag tatsächlich so etwas wie eine verhaltene Vision der Stadt der Zukunft versuchte, verwies Mitscherlich auf eine beherrliche Macht im Menschen, die allen futuristischen Spekulationen deutliche Grenzen setze. Dem technischen Fortschritt und seinen möglichen Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Stadt stellte der Sozialpsychologe mit der menschlichen Triebnatur eine äußerst »resistente« Kraft gegenüber. Denn auch für die Stadt der Zukunft – so seine Prognose – gelte, daß »die Fähigkeit des Menschen, seine Triebwünsche zu sublimieren, sie seinen vernünftigen Zielen befriedigend einzuordnen, in nur sehr langsamer Entwicklung begriffen ist.«<sup>1</sup>

Sozialutopien und Idealstädte täuschen dagegen stets über die Tatsache einer den Individuen nur in sehr langen Perioden möglichen Triebbeherrschung hinweg. Sie versuchen die Menschen wider das bessere Wissen der Geschichte zu ihrem Glück zu zwingen. Mitscherlich betonte: »Die Macht des kritischen Verstandes nimmt nur sehr langsam zu,« und er plädiert darum für eine Stadtplanung, in der »nicht mutwillig die Fähigkeiten zur Entwicklung des kritischen Ichs erdrückt werden.« Zurückblickend sei die Stadt stets auch ein Motor der Zivilisation und ein Hort der Freiheit gewesen. Die Stadtplanung müsse daher ihrer »gar nicht sehr verborgenen Beziehung zum autoritären Denken« entsagen und sich gegenüber den Bedürfnissen der Stadtbewohner öffnen.

Trotz der Chancen für eine dem Triebwesen Mensch adäquatere Planung, die sich notwendig eröffnen müßte, sobald die Architekten



Ernst May

über die psychischen Bedürfnisse ihrer Klienten aufgeklärt würden, konzidierte Mitscherlich, daß »die Aufgabe, Städte zu entwickeln, die mehr Menschen beherbergen als je in der Vergangenheit, (...) die menschliche Imagination längst überschritten hat«. Seine Skepsis, die sich gegen die monströse Aufgabenstellung der modernen Siedlungsplanung aussprach, war ein entscheidender Punkt in der Auseinandersetzung mit dem Trabantenstadtkonzept. Mitscherlich sah zwar die Notwendigkeit, in Zeiten sprunghaften Bevölkerungswachstums Großwohnanlagen aus dem Boden stampfen zu müssen, aber er zweifelt daran, daß auf diese Weise bedürfnisgerechte Umwelten geschaffen werden könnten, wo der einzelne sich »in einem Milieu findet, das ihm erlaubt, physiognomisch kenntlich zu bleiben.«<sup>2</sup>

### Der Rekurs auf »Heimat«

Bei Erscheinen der *Unwirtlichkeit* muß die in der Tradition der Moderne stehenden Architekten insbesondere eines irritiert haben: der tümelnde Begriff *Heimat*. Mitscherlich hatte ihn in den Rang einer zentralen Kategorie seiner Architekturkritik erhoben, indem er die Frage stellte, welche Umstände eine Wohnung zur



Alexander Mitscherlich Fotos: Stadtarchiv Frankfurt

Heimat machen und dabei konstatierte, »daß es nicht schöne Möbel, nicht weiche Teppiche, nicht große Zimmer, nicht helle Fenster, nicht Lage und Kunst des Architekten in erster Linie sind, die darüber entscheiden, denn«, so der Autor weiter, »ich habe das alles schon in idealer Kombination gesehen, ohne mich davon überzeugen zu können, dieses Haus oder diese Wohnung seien für irgend jemanden zur Heimat geworden. Vielmehr vollbringen diese Steigerung nach meiner Ansicht die menschlichen Beziehungen, die an einen Ort geknüpft sind.«

Da solche Beziehungen nie durchweg positiver Art sind, ist auch das Gefühl, welches sich mit Heimat verbindet, »in höchstem Maße ambivalenter Natur! Mitscherlich führte also mitnichten einen sentimental Begrif in die Diskussion ein, vielmehr wollte er unter dem Heimatgefühl, das sich an einen bestimmten Ort knüpft, die Erinnerung an *überwiegend* angenehme emotionale Bindungen verstanden wissen. Wer ohne solche Erinnerungen leben muß, »wer nie die Grunderfahrung einer Umwelt hatte, in der er sich aufgehoben fühlte, entwickelt diese Fähigkeit, Erfreuliches zu entdecken, kleine Freundschaften zu entwickeln, kurz, diese Leichtigkeit im Umgang später nur mit Schwierigkeiten.« Eine Umwelt, in der allein die dringendsten Triebbedürfnisse zu befriedi-

gen sind, kann uns Menschen nicht zur Heimat werden. In kleinen Wohnungen mit unflexiblen Grundrissen wird daher ein denkbar schlechter Nährboden für den Aufbau differenzierter zwischenmenschlicher Beziehungen bereitet.

Mitscherlich forderte in seinen Vorträgen und Artikeln die Architekten und Stadtplaner dazu auf, mit ihren Entwurfsvorschlägen gezielt die Neugier der Menschen herauszufordern und sie mit vielfältigen Sinnesanreizen wach zu halten. Er warnte, die Zerstörungswut vieler Jugendlicher resultiere aus der Frustration ihres »Neugierverhaltens« durch eine das Interesse an der Umwelt abweisenden Architektur und Freiraumgestaltung. Im Gegensatz zu den von rein ökonomischen und rationalen Erwägungen dominierten Siedlungsplanungen betonte er darum: »Die Aufgabe der Planung menschlicher Umwelt – wo immer sie anpacken mag – liegt in der Förderung der integrativen Leistungen.«<sup>3</sup>

### Mays Planung für Kranichstein

May gestaltete seinen Vortrag für den AIV Frankfurt in einer Weise, die Mitscherlichs Kritik am modernen Städtebau den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Zuerst zog er mit Argumenten gegen die zeitgenössische Siedlungsplanung zu Feld, die der Sozialpsychologe im ganzen unterschreiben konnte, um sodann mit seinem reformierten Trabantenstadtkonzept aufzutrumphen. Auf diese Weise entstand ein bemerkenswerter Definitionsversuch der idealen Zukunftsstadt, »die dem Menschen bei einem Minimum persönlichen Kraftaufwandes ein Maximum an Leistung zugunsten der Allgemeinheit ermöglicht, und das alles bei größtmöglicher Bereicherung seines materiellen und geistigen Lebens.«<sup>4</sup> Die Frage, welches städtebauliche Konzept denn dieser Definition am ehesten gerecht würde, erfuhr die selbstbewußte Antwort: »Die Stadt von morgen als Glied der Trabantenentwicklung.«

Unter Trabant verstand May: »Eine städtebauliche Großzelle, die all das einschließt, was der Mensch im Alltagsleben benötigt: Wohnstätten, Arbeitsplätze, Erholungsgebiete. Dazu die sogenannten Zubehörbauten sozialer, materieller und geistiger Struktur wie Schulen, Gemeinschaftsbauten, Bibliotheken, Kirchen, Läden, Versammlungsräume für geistigen und politischen Kontakt mit den Mitmenschen. Schnelle Verkehrsverbindungen mit der Kernstadt ermöglichen Zugang zu jenen Einrichtungen, die nur eine Großstadt zu tragen vermag: Universitäten, Hochschulen, Theater, Museen, Großkrankenhäuser, Kongreßhallen und der-

gleichen.« May hatte die Vision der Gartenstadt-bewegung, die von vollkommen autonomen Kleinstädten ausging, zum Konzept ringförmig um die Großstädte gruppiertes Siedlungen abgewandelt, die von ihrer »Kernstadt« in wichtigen Belangen weiterhin abhängig bleiben sollten. Tatsächlich war ja die ökonomische und kulturelle Attraktion der Metropolen durch nichts zu ersetzen. Also deutete der ehemalige Stadtbaurat die von Ebenezer Howard erstrebte absolute Autonomie der Gartenstadt zur relativen Unabhängigkeit des modernen Trabanten um.

Angesichts der Attacken, welche die *Unwirtlichkeit* gegen die Trabantenstadt geführt hatte, erstaunt die Tatsache der grundsätzlichen Übereinstimmungen, die May und Mitscherlich in ihren Frankfurter Vorträgen zur Schau stellten. Beide agitierten gegen das ungebremste Wachstum der Großstädte, gegen die Zersiedlung der Landschaft und gegen eine weitere Förderung des Autoverkehrs. Beide verurteilten die Formlosigkeit des zeitgenössischen Städtebaus und sahen in einer reichhaltigen Infrastruktur ein Mittel, den Verödungstendenzen großer Wohnanlagen entgegenzusteuern. Und noch eine Übereinstimmung bahnte sich in den letzten Lebensjahren Ernst Mays an: Zwei Jahre vor seinem Tod plädierte er in der Festschrift der Neuen Heimat zur Grundsteinlegung in Darmstadt-Kranichstein (1968) für eine Durchmischung neu zu planender Siedlungen mit Dienstleistungsgewerbe, Geschäften, Gaststätten und Schulen. Doch blieb er letztlich auch mit dieser Forderung, die dem ABC des modernen Städtebaus diametral zu widersprechen schien, einem Denken treu, daß stets reduktionistisch zu integrieren trachtete, was durch solche Vereinnahmung unweigerlich zu Bruch gehen muß: die soziale und funktionale Komplexität urbanen Lebens.

Da May, als er seinen Vortrag in Frankfurt hielt, am Entwurf für Kranichstein arbeitete, kam er zwangsläufig auch auf diesen für 20 000 Menschen gedachten Trabanten zu sprechen. Als wichtigen Planungsgesichtspunkt hob er sein Konzept der »hochgeschossigen Landschaftsgroßräume« hervor. Gemeint war eine Ordnungsvorstellung, die die Korrespondenzen des von Hügeln und Waldrändern gesäumten Landschaftsraumes mit der raumgreifenden vierzehn Stockwerke hohen Wohnbebauung betonte. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch um den paradoxen Versuch, ein der Ideologie der »gegliederten und aufgelockerten Stadt« verpflichtetes Siedlungsmodell als baulich und topographisch geschlossenen Raum zu interpretieren. Geschlossen sind die von May

gestalteten »Großräume« in Kranichstein allenfalls im übertragenen Sinn: indem der Betrachter die Konturen der Baukörper und der umgebenden Landschaft in seiner Phantasie zu stimmigen Figuren zusammensetzt. Wem auch immer dies gelingen mag, Tatsache bleibt, daß ein solches großmaßstäbliche Zusammenhänge stiftendes Erleben wohl kaum zur ästhetischen Praxis des Trabantenstädtlers gehört. Er wird eher unbewußt die sorglose Weite des von May intendierten Landschaftsraumes als jenes formlose Verschimmen registrieren, dem er selbst als Bewohner einer gesichtslosen Wohnbauarchitektur zum Opfer fällt.

Es ist schwer vorstellbar, daß eine Planung, die derart von der menschlichen Erfahrungswelt abstrahiert, ausgerechnet denen zur »Heimat« werden könnte, die im Massenwohnungsbau verzweifelt ihre Individualität verteidigen müssen. Im Grunde bedeutet Mays Versuch einer charakteristischen Durchgestaltung der Siedlung Kranichstein nichts anderes als die Ästhetisierung einer viel zu großen Nutzungsdichte. Der durch überhöhte Bodenpreise allzu eng geratene Kostenrahmen hatte zwangsläufig anonyme Wohnburgen erzeugt, die feinsinnig gedeutet werden mußten, damit den Verantwortlichen die Einsamkeit der zukünftigen Bewohner verborgen blieb. Kurzum: Die baukünstlerische Nobilitierung der Trabantenstadt funktionierte allein auf dem Reißbrett!

### Mitscherlich als Planer

Im Dezember 1967 wurde Mitscherlich von der Neuen Heimat auf die Mitwirkung in einem Beratergremium angesprochen, das die Planung der Großwohnanlage Emmertsgrund bei Heidelberg begleiten sollte. Dieses später als »Gutachterkommission« bezeichnete Gremium bestand neben dem Sozialpsychologen aus Vertretern der Stadt, der Neuen Heimat und aus Planungsbeamten. Später stießen noch die Architekten Angerer und von Branca hinzu, die aufgrund ihres Entwurfs von der Kommission mit der künstlerischen Oberleitung des Projekts betraut worden waren.

Mitscherlich widmete sich in dieser Kommission mit besonderer Intensität der Frage der Wohnungsgrundrisse. Dabei wurde er mit dem Phänomen konfrontiert, daß man sich nicht einfach auf Bewohnerbefragungen verlassen durfte, die ja doch nur hervorkehrten, was er bald schon als »deformierte Wohngewohnheiten« zu bezeichnen pflegte. Tatsächlich zeigte es sich, daß die Wünsche der Mieter oft viel bescheidener ausfielen, als es der Psychologe in seinen Forderungen an die Architekten wahr-

haben durfte. Mitscherlich geriet so in die Bedrängnis, den Planern die Befriedigung solcher Wohnbedürfnisse abzuverlangen, die den Nutzern selbst noch gar nicht bewußt waren.

Sein Ziel war es, als Alternative zum sozialen Wohnungsbau psychologisch fundierte Wohnungsgrundrisse zu entwickeln. Gegen eine Planungspraxis, die weiterhin für kinderreiche Familien Dreizimmerwohnungen als angemessen ansah, argumentierte er in seinen 1969 veröffentlichten *Sozialpsychologischen Anmerkungen zum Bauwohnen Heidelberg-Emmertgrund*: »Wenn ein heranwachsender Mensch den Lernanforderungen unserer Gesellschaft in Zukunft gewachsen sein soll, dann ist es absolut unerlässlich, daß ihm von frühester Jugend an ein eigener Raum, der ihm eine gesicherte Rückzugs- und Lernmöglichkeit zu jeder Zeit bietet, zur Verfügung steht. (...) Man muß also pro Person ein Zimmer rechnen. Wo dieses Maß unterschritten wird, treten psychoder sozio-pathologische Symptome auf.« Im Zuge dieser Überlegungen entstand für den Emmertsgrund die Fünfstückwohnung mit 130 qm!

Obwohl Mitscherlich mit einigen seiner Forderungen erfolgreich in die Planung einzugreifen vermochte, trat er Mitte der siebziger Jahre, als schon einige Teilbereiche der Siedlung fertiggestellt waren, aus der Gutachterkommission aus. Was war geschehen? Zum einen hatte sich die Kooperation zwischen der Kommission und den bauausführenden Organen längst als allzu problematisch erwiesen. Zum anderen war das Trabantenstadtkonzept zumindest in einem Punkt mit den Vorstellungen Mitscherlichs nicht in Übereinstimmung zu bringen: So präzise auch für eine neue Stadt die Anzahl, Ausstattung und Lage der Wohnungen festzulegen ist, so vage bleibt bis zuletzt die Planung einer dezentralisierten Infrastruktur in Form von Läden, Restaurants und Cafés. Geradezu unmöglich aber ist es, den künftigen Bewohnern schnell erreichbare Arbeitsplätze und in die Siedlung eingestreute Gewerbebetriebe zu garantieren.

Mitscherlich hatte dies von Anfang an geahnt und in einem unadressierten Brief von 1969 festgehalten: »Der Emmertsgrund wird sich nicht zu einem lebenden Stadtteil entwickeln, wenn nach dem Muster der Bedürfnisstatistiker verfahren wird, (...). Es gilt also diese Verhältnisse zu verändern. Wir müssen aktive Besiedlungspolitik betreiben und dafür das Ohr der Öffentlichkeit gewinnen.«<sup>5</sup> In diesen Worten klingt die tiefe Skepsis gegenüber einem Planungsvorgang an, der ohne jede Mitwirkung der Betroffenen Städte aus einem Guß fabri-

ziert, die allen Ausstattungsideen zum Trotz zur Leblosigkeit verdammt sind.

Beim Versuch, sozialpsychologische Einsichten in das Trabantenkonzept zu integrieren und dabei den autoritären Charakter technokratischer Planungsprozesse diskursiv aufzuweichen, hatte sich Mitscherlich bald schon als eine »abschraubbare Galionsfigur« empfinden müssen. Weil er im Team der Planer und Techniker das kritische Bewußtsein repräsentierte, war seine Aufgabe in dem Moment beendet, in dem die Gewalt des Faktischen den in der Gutachterkommission geführten Planungsdiskurs eingeholt und zu Makulatur erklärt hatte.

#### Anmerkungen:

- 1 Mitscherlichs in Frankfurt gehaltener Vortrag findet sich ebenso wie Mays Rede in: *AIV Festschrift zur Hundertjahrfeier am 17. 3. 1967*, Frankfurt.
- 2 Mitscherlich: *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*, Frankfurt 1965.
- 3 Mitscherlich: *Thesen zur Stadt der Zukunft*, Frankfurt 1971.
- 4 May: *Die Stadt von morgen*, in: *AIV Festschrift*.
- 5 Mitscherlich-Archiv, vorläufige Nr. II.63.

## EIN GESPRÄCH

MIT DIETER HOFFMANN-AXTHELM

»Mein Thema ist kein Konjunkturgeschäft«

*In den fünfziger Jahren stellte Max Frisch die Frage: »Warum haben wir übrigens keine Architektur-Kritik?« Diese Frage ist noch heute virulent, doch können wir immerhin schon den einen oder anderen Namen nennen, der auf dem Feld der deutschsprachigen Architektur- und Städtebaukritik wichtige Pionier-Arbeit geleistet hat. Einer der unbestechlichsten und literarisch versiertesten Kritiker des zeitgenössischen Planungsgeschehens ist zweifellos der in Berlin lebende Publizist und Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm, der 1993 das Buch »Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrags« veröffentlichte. Einige der in Planerkreisen heftig diskutierten Thesen hieraus stehen im Mittelpunkt des folgenden Gesprächs, das Mitglieder des von dem Frankfurter Stadtsoziolo-*

gen Gerd de Bruyn und der Kölner Stadtplanerin Regina Stottrop gegründeten »Planer-Kolloquiums« mit Dieter Hoffmann-Axthelm am 11. Februar in Berlin führten.

**Planer-Kolloquium:** In Ihrem Buch *Die dritte Stadt* ist die Rede von der »altrömischen Lösung«. Gemeint sind damit beengte Lebensverhältnisse. Sie bewerten diese als positiv; zum einen aus ökologischen Gründen, zum anderen, weil räumliche Enge soziale Nähe fördert. Wir müssen also den Leuten nur ihre Bewegungsspielräume verkleinern, dann vertragen sie sich besser und es läßt sich überdies das Stadtwachstum eindämmen. Ist das so einfach?

**Hoffmann-Axthelm:** Die »römische Lösung« ist doch von mir nicht als planerische Handlungsanweisung gemeint. Das wäre ja polizeistaatlich. Ich habe aber versucht, eine Entwicklung zu verdeutlichen. Immerhin hat in den letzten Jahrzehnten eine ungeheure Entwertung der Lebenserfahrung stattgefunden, mit der das allmähliche Absterben unseres sozialen Lebens einhergegangen ist. Mir ist das vor Augen geführt worden, als ich vor Jahren in Kreuzberg Feldforschung betrieb und mit sehr vielen älteren Leuten ins Gespräch kam, die mir ihr Leben erzählten.

In der Hauptsache bekam ich Geschichten aus der Nachkriegszeit zu hören, die so klangen, als habe man nur damals wirklich gelebt. Alle zeigten sich noch ganz erfüllt von diesen Jahren, obwohl man viele Entbehrungen auf sich nehmen mußte, und nicht selten sechs Personen in einer Wohnküche hausten. Immerhin wußte man sich einzurichten, und nicht bloß notdürftig, sondern mit wachsendem Lebensmut. Dann aber kommt die Zeit »danach«. Von nun an bekam ich nurmehr Aufzählungen darüber zu hören, was alles angeschafft wurde: Wann man das erste Auto kaufte und der Umzug in die neue, größere Wohnung stattfand, wann die erste Waschmaschine zur Aufstellung kam und der erste Fernseher. Es ist schon so: Der Warenkonsum brachte mit all seinen Luxusgütern auch die Langeweile ins Leben. Hatte zuvor die Not die Menschen dazu gezwungen, zusammen etwas zu unternehmen, gemeinsame Absprachen zu treffen und Solidarität zu üben, blieben sie in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders als Vereinzelte übrig. Seitdem machen wir alle diesen Durchmarsch durch den totalen Individualismus mit, ohne zu wissen, wohin das führen wird.

Doch hat natürlich das Nachdenken darüber längst eingesetzt. Ich selbst bin in meinem Buch der Frage nachgegangen, wo denn eigentlich die gesellschaftlichen Ressourcen sind, mit denen sich räumliche und soziale Nähe ge-

stalten ließe? Dabei habe ich die Beobachtung gemacht, daß sich das Leben zunehmend in die »altrömischen Orte« verlagert. Immer mehr Frauen treffen sich in der Sauna, beim Joga und bei ähnlichen Freizeitbeschäftigungen. Es bilden sich unentwegt neue Selbsthilfegruppen und esoterische Zirkel aus. All dies führt dazu, daß das Leben in den eigenen vier Wänden einer gewissen Entwertung unterworfen wird. Diese Entwicklung widerspricht freilich völlig dem permanent ansteigenden Ausstattungsstandard unserer Wohnungen. Wenn man nun versucht, diesen Widerspruch planerisch aufzulösen, ohne in irgendeine utopische Manier zu verfallen, dann kann man im Grunde nur sagen: Laßt uns dafür sorgen, das den Menschen nichts im Wege steht, wenn sie ihre Lebensweise neu organisieren wollen.

**Planer-Kolloquium:** Wir möchten gern auf Ihre Parzellen-Theorie zu sprechen kommen und hierzu ein Planungsbeispiel aus Frankfurt anführen. Es handelt sich um die Michael McNair-Kasernen, eine relativ große Konversionsfläche von zehn Hektar. Die bestehenden Gebäude sind inzwischen von allen möglichen Gruppen in Beschlag genommen worden, legal und illegal. Eine richtige Nischenkultur hat zu blühen begonnen. Nun kommt die Planungsverwaltung und sagt, das kann nicht so bleiben, hier muß ein Entwurf gemacht werden, der alles nach den neuesten städtebaulichen Erkenntnissen parzelliert. Auf diese Art wird natürlich eine autonome Szene kaputt gemacht, und niemand kann garantieren, daß auf dem neu parzellierten Grund sich das bunte Leben einfindet, für das Sie mit Ihrem Buch Partei ergreifen.

**Hoffmann-Axthelm:** Das steht ja in meinem Buch gar nicht drin, daß überall dort, wo man parzelliert und Blockstrukturen auf städtische Flächen projiziert, automatisch Stadt entsteht. Wenn ich die Parzelle akzeptiere, dann muß ich zuallererst die Lebensformen, die sich auf einer solchen Konversionsfläche breitmachen, und die Gebäude, in denen Menschen Zuflucht gefunden und sich eine neue Existenz aufzubauen begonnen haben, gegen jede Art einer Neuplanung verteidigen, die den Bestand ignoriert. Das Leben, was wir auf städtischem Grund vorfinden, ist – egal, welche äußeren Formen es angenommen hat – immer schon die Parzelle.

**Planer-Kolloquium:** Heißt dies, die Parzelle kann unter Umständen ganze zehn Hektar groß sein? Sie wäre demnach nicht räumlich definiert?

**Hoffmann-Axthelm:** Mein Votum für die Parzelle ist doch kein Dogmatismus. Wenn einer meint, er könne Stadt erzeugen, indem er sich über bestehende Strukturen hinwegsetzt und,

statt ein Terrain genau zu erkunden, wunderbar parzellierte Blöcke zu entwerfen beginnt, dann ist das purer Aberglaube. Parzelläres Denken heißt – und jetzt rede ich mal als alter Kreuzberger: hinschauen, was ist da, und überlegen, welcher Raum ist dem zuzumessen. Wenn ein Gelände wie die McNair-Kasernen parzelliert wird, dann darf dies nicht geschehen, um die Leute dort zu vertreiben, sondern um ihnen die Fortexistenz zu ermöglichen, damit sie nicht in den Zwang geraten, die ganzen zehn Hektar selbst zu bewirtschaften, was ihnen schließlich das Genick brechen würde. Als Planer habe ich mich in Entwicklungsprozesse einzuklinken, die meiner Arbeit ein überlegtes Nacheinander zeitlich strukturierter Planungsschritte abverlangen. Das ist natürlich das genaue Gegenteil zu dem so beliebten wie einfachen Verfahren, ein Gelände kurzerhand leerzufegen und darauf ein komplettes Stück Stadt zu bauen.

Die Parzelle wird zum Fetisch, sobald sie bloß eine Grundstücksform auf der Planzeichnung darstellt. Aus diesem Grund plädiere ich für ein Planungsverfahren: Dafür, daß man das, was ein Planungsgebiet an Strukturen aufweist, wirklich ernst nimmt. Planen muß als ein Vorgang in der Zeit aufgefaßt werden, bei dem immer das eine auf dem anderen aufbaut und bei dem ich stets darauf achten muß, daß keine fertigen Bilder entstehen.

**Planer-Kolloquium:** Sie schildern das parzelläre Denken zumeist aus der Perspektive des Planers. In welcher Form sind denn die Bürger hieran zu beteiligen?

**Hoffmann-Axthelm:** Die gewöhnliche Bürgerbeteiligung ist etwas Schreckliches. Ich habe dabei so viele Peinlichkeiten erlebt, in Veranstaltungen, wo wirklich alle Beteiligten heilfroh waren, wenn man diese zwei gräßlichen Stunden Bürgerdiskussion endlich hinter sich gebracht hatte. Nirgends besser als im hinteren Kreuzberg konnte man die ganze Absurdität der Bürgerbeteiligung erfahren. Zehn Prozent der Leute kamen schon mit der Flasche in der Hand in diese Veranstaltungen und traten mit Vorliebe als Selbstdarstellungskünstler auf. Sechzig Prozent waren aus beruflicher Neugier anwesend, und bei den restlichen dreißig Prozent handelte es sich um Architekten, die einen Auftrag ergatterten wollten. In einer gigantischen Abwesenheit der wirklich Betroffenen, hat man dort Bürgerbeteiligung gemimt.

Die Leute können sich doch nur dann real beteiligen, wenn sie auch Bauherren sind. Nur als finanziell Engagierte sind sie letztlich in der Lage zu beurteilen, was sie eigentlich wollen und welchen Entscheidungsspielraum sie ha-

ben. Wenn Beteiligung wirklich Sinn machen soll, dann muß man die Leute zu realen Akteuren machen – und genau das will ja die von mir geforderte neue dritte Handlungsebene bewirken. Wir können uns erst in dem Augenblick verantwortlich verhalten, sobald jedermann weiß, was ihn eine Planungsmaßnahme kostet.

Wenn beispielsweise eine Wohnungsbaugesellschaft eine Siedlung mit Geschäftsbauten verdichten will, um auf diese Weise zusätzliche Einnahmen zu haben, dann protestieren natürlich die Mieter, die hierdurch ihre Wohnsituation beeinträchtigt sehen. Sie verlieren etwas, ohne an der Neuplanung in irgendeiner Weise beteiligt zu sein. Hätten sie aber den Luxus, den sie in Gestalt großzügiger Abstands- und Grünflächen genossen haben, immer schon über ihren Mietzins begleichen müssen, dann würden sie es sich ganz genau überlegen, ob nicht auch sie eine Neuplanung gutheißen wollen, die ihre Mietbelastung in Zukunft geringer ausfallen läßt. Erst jetzt wären sie ja in einem realistischen Abwägungsprozeß, der sie zu einem verantwortlichen Handeln erzieht.

**Planer-Kolloquium:** Werden nicht auf die von Ihnen geschilderte Weise bloß solche Maßnahmen durchgesetzt, die den Charakter der Siedlungen tiefgreifend verändern und das Leben in ihnen verschlechtern?

**Hoffmann-Axthelm:** Was ist denn hier besser, was ist schlechter? Ob der Zeilenbau auf der grünen Wiese eine gelungene städtebauliche Lösung darstellt, die durch keine baulichen Verdichtungsmaßnahmen gestört werden darf, ist ja doch die Frage. Den Leuten ist hundert Jahre lang beigebracht worden, in der Stadt zu wohnen sei furchtbar ungesund und sollte darum dringend vermieden werden. Längst haben die Menschen diese Parolen verinnerlicht, beste städtische Milieus, wie den Prenzlauer Berg, verlassen und ihr Leben in den Plattenbausiedlungen als sozialen Aufstieg gefeiert. Das ging freilich nur, weil sie in ihren neuen Wohnungen die Augen fest zukniffen. Umland gab's da ja keines, und Begrünung kommt erst heute hin, doch hatten sie ihr Auto hinterm Haus, ihre Gebietswäscherei, einen Kindergarten und ihre Datscha. Das war ein völlig unstädtisches Modell, wie man sein Leben organisiert. Freilich haben sich die Menschen in langen Jahrzehnten daran gewöhnt, so daß wir jetzt natürlich nicht dort aufkreuzen und sagen können: Leute, daß hier ist eine völlig verkehrte Welt. Wir müssen sie dort wohnen lassen, weil es zu einer Katastrophe kommen würde, wollte man ihnen ihre jetzige Lebenssituation vermiesen. Das aber heißt nicht, daß die Argumente gegen diese Art der Stadtplanung falsch sind.

**Planer-Kolloquium:** Kommen wir noch einmal auf die Strategie des Parzellierens zurück. Es soll Menschen mit kleinem Budget die Chance eröffnen, ihre eigene Parzelle in Besitz zu nehmen, um so als verantwortliche Partner der Stadtplanung auftreten zu können. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß es ein politisches Mittel gibt, das den »kleinen Leuten« einen Anteil am städtischen Grund und Boden sichert. Was könnte das für ein Mittel sein?

**Hoffmann-Axthelm:** Planungsmaßnahmen können die Eigentumsverhältnisse nicht ändern. Man kann bestenfalls Vorsorge treffen, daß auch »kleine Bauherren« möglich sind und daß Mieter mehr Verantwortung erhalten und ein neues Selbstverständnis entwickeln. Politischen Willen vorausgesetzt, könnte beispielsweise folgende Forderung aufgestellt werden: Wer in der Stadt bauen will, der hat für öffentliche Ausgaben einen Beitrag zu zahlen, über den der Bodenpreis zu regulieren wäre. Außerdem müßte man dafür sorgen, daß sich kommerzielle Aktivitäten nicht immer nur an wenigen Stellen in der Stadt konzentrieren. Die Vorstellung von Stadt, für die ich mich einsetze, geht davon aus, daß baurechtlich garantiert wird, daß an jedem Punkt der Stadt »alles« möglich ist. Dies sollte zumindest als Grundsatz gelten, denn dann wüßte von vorneherein jeder, womit er es zu tun hat. Die Durchsetzung einer solchen Forderung stellt selbstverständlich eine Machtfrage dar. Entschieden wird sie von uns allen.

Wenn die Deutsche Bank investiert und Beteiligungen kauft, befindet darüber ja nicht nur das Management, sondern es entscheiden darüber alle, die ihr Geld auf diese Bank tragen und sie groß und mächtig machen. Hierbei handelt es sich um den ganz bewußten Entschluß, zu dem Geldinstitut zu gehen, das die aggressivsten Fonds auflegt und die stabilsten Renditeerwartungen anbietet. Man könnte sich ja genauso gut an eine Bank wenden, die einigermaßen vernünftige Ziele vertritt, dadurch aber vermutlich weniger große Gewinnchancen eröffnet. In unseren ökonomischen Grundüberlegungen treffen wir permanent solche Entscheidungen. Demokratische Kultur fängt damit an, daß sich die Leute klar darüber werden, welche Macht sie damit in den Händen halten.

Wir alle sind ja doppelt engagiert. Einerseits kann ich mir als Berliner sagen: Es ist schlimm, daß die Deutsche Bank, Mercedes und andere ganze Stadtteile für sich in Beschlag nehmen, auf der anderen Seite verdiene ich eventuell an diesem Geschäft mit. Als Bürger dieser Stadt mißbillige ich die Aktivität der großen Konzerne und bin doch zugleich als deren

Klient durchaus daran interessiert, daß die ihre Investition auf dem Potsdamer Platz so weit wie möglich realisieren. Diese Schizophrenie, nach der wir alle handeln, stellt das Grundproblem unserer Gesellschaft dar. Wenn man diesen inneren Konflikt nicht zum Zentrum der Planungsbeteiligung macht, dann bleibt sie Theater.

**Planer-Kolloquium:** Sie haben Ihr Buch an die Intellektuellen adressiert, die freilich lieber mit den »großen« Kulturthemen schwanger gehen, als sich darum zu kümmern, was in der eigenen Stadt und vor der eigenen Haustür geschieht. Wieso haben Sie sich nicht an uns, an die Planer, gewendet?

**Hoffmann-Axthelm:** Diese Frage führt sehr nahe an die gesamte Anlage des Buches heran. Zum einen gibt es da den biographischen Hintergrund: Ich bin doch selbst ein in der Ethik, Geschichte, Kunst, Wahrnehmungstheorie und Architektur vagabundierender Intellektueller, der zur Stadtplanung gefunden hat. Zum zweiten habe ich die Erfahrung gemacht: Will ich wissen, wie meine politischen Feinde denken, muß ich eigentlich nur meine »Kulturfreunde« fragen. Das sind ja genau die, welche heute die Hochhäuser haben wollen und all das, was sie unter einer modernen Stadt verstehen. Ich finde das sehr schlimm und kann mich über diese Dinge eigentlich mit niemandem mehr aus dem eigenen Lager verständigen.

Wenn man durch mehrere Fächer vagabundiert ist, dann bekommt man einen sehr deutlichen Eindruck davon, wie da jeder seine eigene Welt verteidigt. Die sind alle völlig gegeneinander abgedichtet, und es ist schier unmöglich, dem einen klar zu machen, daß auch der andere etwas Gescheites macht und daß es viele Verbindungspunkte zwischen den Disziplinen gibt. Die Forderung nach Interdisziplinarität bildet einen grotesken Widerspruch zu dem, was tatsächlich passiert. Deshalb habe ich mein Buch als ein Bündnissystem aufgebaut. Das *erste* Kapitel nimmt die Soziologen ins Visier, das *zweite* befaßt sich mit dem Politikum der Migration, das *dritte* spricht die Naturwissenschaftler an, bzw. das Völkchen, das ich aus der Zeit kenne, als ich mich mit der Sinnesphysiologie beschäftigt habe. Das *vierte* Kapitel wendet sich an die Historiker, an diese ganze Bürger-tumsforschung, die im Augenblick in Deutschland betrieben wird; das *fünfte* Kapitel spricht zu den Modernisierungssozioziologen, und das *sechste* ist das eigentliche Stadtplanerkapitel. Das verstehen natürlich die anderen gar nicht. Die stöhnen nur: Was ist denn das für eine Scholastik. Für jeden ist so immer auch ein Kapitel dabei, das er für völlig unnötig erachtet.

Zum Schluß habe ich mir gedacht: Jetzt schreibe ich mal den Freunden aus dem Feuilleton genau das auf, was die schon immer lesen wollten. Daraus ist dann das Kapitel über die »Kultur der Großstadt« geworden. Das habe ich mit einer ungeheuren Infamie geschrieben, und tatsächlich fielen sie allesamt darauf herein. Nur durch dieses Schlußkapitel sind die Leute aus dem Kulturlager in den Gedankengang des Buches verwickelt worden. Die haben gleich hier zu lesen angefangen. Das habe ich daran gemerkt, daß viele sofort bei mir angerufen hatten, als das Buch gerade erschienen war. Die konnten die ersten Kapitel noch gar nicht gelesen haben. Für mich ist das ein Beispiel dafür, wie so eine Plattform gebaut werden muß, von der aus die Fachgrenzen zu überspringen sind.

**Planer-Kolloquium:** Ist es nicht frustrierend, gegen ein geistiges Klima anzuschreiben, in dem ökologische Themen an Attraktivität verlieren und auch das Interesse an Architektur und Stadtentwicklung rapide zurückgeht? Was können wir Planer denn dagegen tun?

**Hoffmann-Axthelm:** Mein Thema ist kein Konjunkturgeschäft. Die Fragen, die ich in *Die dritte Stadt* stelle, bleiben virulent, auch wenn das Interesse großer Kreise daran erlöschen sollte. Doch kommen wir zur Aufgabe der Planung. Als Planer müssen wir für Provisorien sorgen und Startlöcher für neue Entwicklungen überall dort in den Stadtboden eingraben, wo etwas passieren kann und muß. Mich jedenfalls interessiert an jeder Planungsaufgabe aufs neue: Wo ist hier der Aspekt, der über das Übliche hinausgetrieben werden könnte?

GÜNTER SCHLÜSCHE

### *Stadtforum Berlin* – ein übertragbares stadtpolitisches Experiment?

Das *Stadtforum* ist im April 1991, im Jahr nach der Wiedervereinigung Berlins, eingerichtet worden. Zu seiner Gründung hatten im wesentlichen engagierte Bürger und die positiven Erfahrungen, die man mit den »Runden Tischen« gemacht hatte, beigetragen. In einer Phase höchster Planungsintensität stellt sich dem *Stadtforum* die Aufgabe, die neuen

Ziele und Inhalte der Berliner Stadtentwicklung zu erkennen und die Voraussetzungen zu deren Realisierung im Dialog mit der Fachöffentlichkeit zu ergründen. Es braucht nicht betont zu werden, daß dieser Dialog unter den erschwerten Bedingungen des derzeit stattfindenden elementaren Wandels der bisher gültigen demographischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen stadträumlicher Planung geführt werden muß. Außerdem sind im *Stadtforum* die unterschiedlichen, nicht selten gegensätzlichen Planungskulturen, Denkweisen und Kenntnisse einer zwar äußerlich vereinigten, jedoch erst allmählich zusammenwachsenden Stadt miteinander zu vermitteln.

Zu den heutigen Aufgaben der Berliner Stadtentwicklung gehören die Überwindung der Ungleichgewichte in der räumlichen Stadtstruktur, die Bewältigung der Industriekrise in Gestalt einer Neuorganisation der Wirtschaftsstandorte insbesondere im Ostteil der Stadt, die Verabschiedung der Subventionsmentalität im Westen Berlins und nicht zuletzt die Bewältigung der irreversiblen Entwicklung der Bundeshauptstadt zur Dienstleistungsmetropole. Auch nach Jahren kühnster Wachstumsprognosen gilt es weiterhin, den anhaltenden Bevölkerungszuwachs durch Wohnungsneubau und die Modernisierung des Wohnbaubestandes zu meistern. Hinzu kommen die Aufarbeitung der funktionalen Defizite im Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und Freizeit sowie die Lösung der enormen infrastrukturellen und verkehrlichen Fragen und derjenigen Probleme, die sich mit der Übernahme der Regierungsfunktionen ergeben. Bei alledem müssen natürlich stets auch stadtökologische Überlegungen berücksichtigt werden.

Die stark angestiegene Zahl der an Planung und Bau Beteiligten und der enorme Entscheidungsdruck, der auf Berlin lastet, machen beschleunigte Planungsverfahren erforderlich. Längst ist deutlich geworden, daß die gesetzlich vorgeschriebenen Abläufe und Prozeduren hierfür in der Regel zu langwierig und unflexibel sind. Unstrittig ist ebenso, daß die Bauwirtschaft, die Investoren und Verwaltungsbürokratie, die engagierten Bürger und bürgerschaftlichen Initiativen in schnellere Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen. Das *Stadtforum* wurde aus diesen Gründen als ein gesetzlich nicht vorgesehenes Vermittlungs- und Beratergremium zur zügigen Vorbereitung aller für Berlin planerisch und gestalterisch bedeutsamen Entscheidungen installiert.

Organisatorisch besteht das *Stadtforum* aus einer Lenkungsgruppe, der sechs ausge-

wiesene Planungsfachleute angehören, und der in »Bänken« aufgeteilten Fachöffentlichkeit, die nicht auf Berlin beschränkt ist und Vertreter unterschiedlicher Institutionen einbegreift. Hier finden sich Architekten, Landschaftsplaner, Abgeordnete des Berliner Parlaments, Bundestagsabgeordnete und sogenannte »Zwischenrufer«, die der ewig aktuellen Forderung, daß Stadtplanung vor allem eine Angelegenheit engagierter Laien sei, einen gewissen Nachdruck verleihen sollen. Das *Stadtforum* bildet keine eigene Rechtskörperschaft, sondern ist an die für Stadtentwicklung zuständige Berliner Senatsverwaltung angegliedert. Lenkungsgruppe und »Bänke« bilden zusammen das Plenum mit 60 bis 80 Personen, die in monatlichen Abständen tagen. Die zweitägigen Sitzungen werden von einem Moderator geleitet und erfreuen sich der ständigen Anwesenheit Volker Hassemers, des Senators für Stadtentwicklung, der sich selbst als den »obersten Zuhörer« des Forums bezeichnet.

Seit der Konstituierung des *Stadtforums* haben 47 Sitzungen unter den Bedingungen einer informellen Öffentlichkeit, d. h. mit 200 bis 300 Zuschauern und reger Pressebeteiligung, stattgefunden. Jede Sitzung ist geprägt durch die planvolle Abfolge mehrerer Fachreferate, »Zwischenrufe« und Plenumsdiskussionen. Wegen der erstaunlichen Kontinuität in der Arbeit und in der personellen Zusammensetzung hat sich inzwischen eine eigene, sehr effektive Diskussionskultur herausgebildet. Behandelt wurden auf diese Weise räumlich abge-

grenzte Themen (z. B. Potsdamer Platz, Alexanderplatz), sektorale Themen (z. B. Wohnungsbau, Eisenbahn, Dienstleistungen), methodische Probleme wie die Prioritätenbildung und übergeordnete Fragenkomplexe (Hauptstadtentwicklung, Regional- und Landesplanung). Daneben initiierte das *Stadtforum* auch spezielle Recherchen zu Sonderthemen (Bahnverkehrskonzepte, regionale Kooperation etc.) und zu Planungsverfahren. Nach jeder Sitzung fassen die Mitglieder der Lenkungsgruppe die Ergebnisse zusammen und legen sie in Form von Empfehlungen dem Senator vor.

Am Beispiel des innerhalb von drei Jahren verabschiedeten neuen Berliner Flächennutzungsplans läßt sich die Bedeutung des *Stadtforums*, seine qualifizierende Wirkung und seine Funktion als Korrektiv gut erkennen. Die Planungsmaßnahmen für den Berliner Nordostraum wurden aufgrund der im *Stadtforum* geführten Debatten erheblich zurückgenommen und in eine die gesamte Stadt betreffende Prioritätendiskussion eingebunden, die in der Konsequenz zu einer neuen Form der Stufenplanung und strategischen Projektsteuerung geführt haben. Ein anderes Beispiel für den Einfluß des *Stadtforums* bietet die Entscheidung der Bundesregierung, auf einen Neubau des Außenministeriums auf der Spreeinsel, dem Standort des früheren Schlosses, zu verzichten. Verantwortlich ist hierfür die vom *Stadtforum* geförderte Erkenntnis, daß Ministerien eher unstädtische Institutionen sind, die zur Selbstdarstellung eines Gemeinwesens nur begrenzt

Baustelle  
Potsdamer Platz

Foto: Aussenhofer/JOKER



taugen und darum diese Aufgabe besser den im öffentlichen Leben einer Stadt verwurzelten »Observatorien der Intelligenz« (*Peter Sloterdijk*) überlassen sollten.

Hat das *Stadtforum* bislang für die Berliner Situation schon wichtige Dienste geleistet, gibt es darüber hinaus genug Gründe, ähnlich konstruierte Gremien auch in anderen Städten zu bilden und als Instrumente zur Förderung der Transparenz und des rationalen Diskurses in der Stadtentwicklung einzusetzen. Mit Sicherheit wäre die vielzitierte neue Planungskultur in unserem Land durch interdisziplinär besetzte, von Politikern und der Fachöffentlichkeit frequentierte Diskussionsrunden zu städtebaulichen Fragen erheblich zu verbessern.

Analysen wichtiger städtischer Entwicklungsprojekte der letzten Jahre und der dabei eingesetzten Planungsinstrumente haben gezeigt, daß die Zeiten der »starken Stadtbauräte« und eines paternalistischen Planungsverständnisses, das auf die gesetzlichen Regelungen vertraut und sich mit der formal stets aufwendigeren, dabei zunehmend inhaltsleer geratenden Bürgerbeteiligung begnügt, definitiv zu Ende gegangen sind. Natürlich kommt gerade in Phasen gesteigerter Entwicklungsdynamik die Stadtplanung nicht ohne die rahmensetzende Funktion unseres Planungsrechts aus, doch müssen neue Strategien erdacht werden, welche die Umsetzung der Planungsziele und -vorgaben erleichtern und zugleich den ständigen Wandel ökonomischer, ökologischer und sozialer Prioritäten und Rahmenbedingungen zu berücksichtigen wissen.

Die vielen teils parallel, teils widersprüchlich sich entfaltenden gesellschaftlichen Kräfte in der Stadt müssen durch offene, direkte und transparente Kooperationsformen in einen Konsens erzeugenden Dialog gebracht werden. Dieser darf nicht beim kritischen Raisonement stehenbleiben, sondern muß durch stringente Entscheidungsfeudigkeit und Handlungsbereitschaft politische Qualität gewinnen. Autoritäre Kommunikationsformen und Versuche der Bevormundung bei architekturästhetischen, städtebaulichen und soziokulturellen Fragen eröffnen jedenfalls in der heutigen Situation keine Auswege mehr.

Unsere Verwaltungen befinden sich in einem tiefgreifenden Modernisierungsprozeß, der durch Stichworte wie »Verschlankung« und »neue Steuerungsmodelle« zu beschreiben ist. Die Privatisierung von Verwaltungsdienstleistungen wird den in den Planungsämtern schon seit längerem beobachtbaren Trend der Aussonderung räumlich abgrenzbarer oder zeitlich befristeter Entwicklungsaufgaben noch ver-

stärken. In der Summe entsteht so eine Vielzahl von städtisch kontrollierten, jedoch von der öffentlichen Hand und privaten Trägern gemeinsam besetzten, oder sogar rein privatrechtlich agierenden Entwicklungsträgergesellschaften, die mit Aufträgen, eigenem Etat und Personal ausgestattet sind. Solche allerorten entstehenden Gebietsagenturen entwickeln in der Regel ihr Eigenleben und verspüren wenig Interesse an Kooperation. Sie bedürfen daher einer »Steuerung auf Abstand« (*Christoph Reichard*) mit gestufter politischer Verantwortung; sie benötigen desweiteren eine inhaltliche »Nachjustierung« ihrer Zielvorstellungen und eine Anreicherung ihres zur Abschottung neigenden Selbstverständnisses mit externen Impulsen. Eine solche Steuerung ist nur auf gesamtstädtischer Ebene und allein im Konzert der stadtesellschaftlich relevanten Kräfte zu leisten.

Die »große« Politik und ihre Träger, die Volksparteien, sind in den letzten Jahren als prominente Orte gesellschaftsweiter Meinungsbildungsprozesse in Mißkredit geraten. Zugleich ist der Glaube an die den Parlamenten einst zugeschriebene politische Weitsicht und Handlungsfähigkeit beträchtlich gesunken. Doch brauchen wir natürlich auch in Zukunft politische Zielvorgaben, freilich nicht länger solche, die sich aus purem Fraktionszwang herleiten oder in der Kurzatmigkeit von Etatberatungen und Legislaturperioden formuliert werden. Dauerhafte politische Entscheidungen bedürfen – gerade in Zeiten der Auflösung gewohnter politischer Konstellationen und Lager – der soliden fachlichen Anleitung und immer wieder erneuerter gesellschaftlicher Absicherungen. Die Einbindung unabhängigen Sachverständs und die Erzeugung eines rationalen Konsenses in Gestalt fachübergreifender Gespräche bilden hierbei wirksame Möglichkeiten der Qualifizierung politischer Entscheidungen. »Aufgabe ist die Entmachtung der Politik, nicht um ihr zu schaden, sondern um sie zu retten« (*Volker Hassemer*).

Das *Stadtforum* stellt eine adäquate Reaktion auf solche Einsichten und zugleich ein notwendiges, auf andere Kommunen übertragbares Experiment dar, das indessen ohne den Fall der Mauer wohl kaum zustande gekommen wäre. Eine Berliner Besonderheit muß es dennoch nicht bleiben. Als Instrument vorausschauender Planung und zur Schaffung einer stadtentwicklungspolitischen Fragen dienenden Öffentlichkeit verdient es, unabhängig vom Ort seiner Entstehung, die kritische Aufmerksamkeit aller, die an der Mitgestaltung ihrer Stadt interessiert sind.

ERNST HILLEBRAND

## Mitterrands Abschied

Die Figur François Mitterrands – der seinen Abschied aus dem Elysée wohl nur kurz überleben wird – mobilisiert sie alle. Eine kaum zu überblickende Flut von Büchern überschwemmt seit geraumer Zeit den französischen Markt, gezielt auf jene Zeit, an dem der Vorhang der Geschichte sich hinter fünf Jahrzehnten einer außergewöhnlichen politischen Karriere schließen wird. Welches Bild bleibt von jenem Mann, der länger als jeder andere in diesem Jahrhundert die Geschicke Frankreichs lenkte?

Beginnen wir mit einem echten Kenner: Franz-Olivier Gisbert, Chefredakteur des FIGARO, hat noch einmal in die Tasten gegriffen. Damit bringt er es auf nicht weniger als drei Bücher über das Leben und Wirken des François Mitterrand. Das letzte, *La fin d'une époque* (Fayard 1993) ist – wie soll es anders sein – Bilanz: Was bleibt von François Mitterrand? Gisberts Antwort lautet: Erstaunlich wenig. Und dies, obwohl, Punkt für Punkt betrachtet, die Bilanz der Amtszeit Mitterrands keineswegs negativ ist. Eine Reihe essentieller Reformwerke wurden durchgeführt, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft verbessert, die europäische Perspektive verteidigt und ausgebaut. Und – dies vielleicht der größte Verdienst der Ära Mitterrand – die tiefgehende Spaltung der französischen Gesellschaft in Rechts und Links, der »kalte Bürgerkrieg«, wurde endlich überwunden.

Diese positiven Einzelaspekte werden jedoch überschattet durch ein Scheitern auf jenen Gebieten, die die Linke einst groß machten: Die Moral und das Soziale. Das große sozialpolitische Fiasko der 80er Jahre in Frankreich geht auch auf das Konto einer Sozialistischen Partei, die ihre wesentliche Bestimmung aus den Augen verloren hat. Hinzu kamen die Reihe von Skandalen, die ihre politische Glaubwürdigkeit bis ins Mark erschütterten und die bis heute nicht überwunden sind. Mitterrand, darin ist sich Gisbert mit der Masse der politischen Beobachter einig, trägt hierfür eine persönliche Verantwortung. Vor allem in den letzten Jahren sinkt er immer tiefer in einen *politischen Nihilismus*, der soziales Engagement nicht mehr kennt, ebensowenig wie politische Moral. Eine politische Karriere, die immer von der Ab-

wesenheit von Prinzipien und einer großen Flexibilität gekennzeichnet war, nimmt in einer Mischung aus *Zynismus und Affektion* für seine Entourage ein moralisch desaströses Ende. Die Selbstmorde zweier seiner engsten Vertrauten und Mitarbeiter (François de Gros-souvre und Pierre Bérégovoy) sind nur die lauten Schlußpunkte eines langen Abstiegs. Halb Pate, halb greiser Monarch, bediente Mitterrand am Ende seiner Herrschaft nur noch eine enge Garde persönlicher Vertrauter und alter Freunde. Moral, Prinzipien und politische Perspektiven spielen keine Rolle mehr.

Der *Sonnenuntergang* im Elysée ist aber nicht nur ein individuelles Problem. Er ist auch ein Problem der PARTI SOCIALISTE. Detailliert schildert Gisbert (dem echte Sympathien für die Sozialisten im übrigen weitgehend fremd sind) die Manöver innerhalb der Partei, mit denen Mitterrand deren Spitzengarde demontiert und nach seinen (wechselnden) Wünschen zu formen trachtet. Nicht die Stimmung der Partei zählt, sondern ein personaltaktisches Schachspiel zugunsten seiner Favoriten, vor allem zugunsten von Laurent Fabius. Besonders mörderisch ist die Privatfehde, die Mitterrand seit über dreißig Jahren seinem Parteirivalen Michel Rocard liefert. Politische Konkurrenz eskaliert zum Psychodrama: zum Haß eines Mannes auf einen Konkurrenten, der nicht nur die Indekatesse hatte, in den inhaltlichen Orientierungen meistens Recht zu haben, sondern auch nie einen Hehl aus seiner Absicht machte, den König möglichst rasch beerben zu wollen. Gisbert zitiert eine Liste, auf der Mitterrand 1991 seine bevorzugten Nachfolger aufzählt:

1) Delors, 2) Léotard, 3) Barre, 4) Giscard, 5) Chirac, 6) Meinen Hund, 7) Rocard. (S. 33) Mitterrand hat bei seinem Versuch, Rocard den Weg an Parteispitze und Präsidentschaftskandidatur zu versperren, Erfolg gehabt – einen Erfolg, den die PS beinahe nicht überlebt hätte. Die Frage, die Mitterrand in den letzten Jahren interessierte, war aber nicht, welche Politik die PS in Zukunft zu verfolgen gedenkt. Seine Manöver galten nicht der Neuformulierung einer politischen Perspektive – das haben andere, »Rocardisten« und »Jospinisten« mit den *Assises de la transformation sociale* versucht –, sondern nur noch dem Freiräumen der Partei-

ämter für die Garde seiner Schützlinge. Daß ihm dieses letztendlich nicht gelang, wird der französischen Linken nicht unbedingt schaden.

\*

Die Welt der Mitterrand'schen Entourage, seiner Schütz- und Zöglinge, steht im Mittelpunkt des autobiographischen Schlüsselromans *Grand Amour* Eric Orsennas (Editions de Seuil, Paris 1994). Orsenna – alias Gabriel – heuert am Beginn des ersten Septennats als »Neger«, also Redenschreiber, im Elysée an. Es ist keineswegs ein ruhmreicher Job. Denn »ER« liebt es nicht, daß seine Existenz zu sehr bekannt wird. Ein bekannter Redenschreiber könnte seinen Ruf als Mann der Worte in Frage stellen. . .

Orsenna schildert in seinem (außergewöhnlichen und liebenswerten) Roman einen modernen Hofstaat, dominiert von einem aufgeklärten Autokraten, der mit einer Mischung aus Intrige, Charme und Grausamkeit über seine ergebenden Untertanen herrscht. Kein großer Diktator, eher ein großer Manipulator. Das Buch ist eine ironische Hymne an das »Kurtisanentum« und das Leben im Elysée während der ersten sieben Jahre der Präsidentschaft Mitterrands. Jeder Trick ist recht, »IHM« zu gefallen: Da werden Schloßführer auswendig gelernt (anlässlich des G7-Gipfels von Versailles 1983) und Golf-Stunden genommen. Hat »ER« eine bestimmte Krankheit, läßt man ärztliche Atteste zirkulieren, die beweisen, daß man an etwas ganz ähnlichem leidet. Und die Kinder kommen in dieselbe Schule wie die des glücklichen Tierarztes, der »SEINEN« Labrador behandeln darf: Die Wege des Schicksals sind unerforschlich und schließlich kann man nie wissen. Als Königsweg zu Botschafter- und Staatssekretärs-Ehren erweist sich aber etwas anderes: Sich mit Leib und Seele in der Stiftung »SEINER« Ehefrau zu engagieren. So was zählt für »IHN«, und zwar nicht zu gering. . .

Viele der beschriebenen Figuren sind wiedererkennbar, die schlimmsten werden (so Jacques Attali, der intellektuelle Kurtisan des ersten Septennats par excellence, später mit der Direktion der Europäischen Entwicklungsbank für die treuen Dienste entlohnt) beim Namen genannt. Als Gabriel am Schluß den Palast für immer verläßt, bleibt ihm vor allem ein Bild im Gedächtnis: Der Anblick dichtgedrängter Männer nacken, rempelnd, hastend, stoßend, immer bemüht ganz vorne zu sein, hinter, am besten neben »IHM«. Und sei es nur für einen Augenblick.

Das Bild Mitterrands in *Grand Amour* ist jedoch beileibe nicht nur dunkel: »ER« hat auch Tugenden. Er ist gebildet, witzig, ein scharfer

Verstand und Menschenkenner. Und so ist *Grand Amour* denn auch weniger ein Psychogramm François Mitterrands denn das eines Apparates: Des Elysée-Palastes des ersten Septennats – halb Kafka, halb Louis XIV. »ER« läßt dieses Klima jedoch nicht nur zu; »ER« genießt es auch. Ausgerechnet derjenige französische Politiker, der wohl am schärfsten und am härtesten die Institutionen der V. Republik wegen ihres royalistischen Charakters gezeifelt hatte, bringt diese zur Apotheose. Und er gibt einer Entourage die Chance zur totalen Entfaltung, einer Entfaltung, die er letztendlich weder kontrollieren noch steuern kann. Das moralische Debakel der französischen Sozialisten nimmt hier ihren Anfang: in der unmittelbaren Nähe eines Präsidenten, der denjenigen befördert, der ihm am besten dient. IHM – nicht unbedingt dem Amt, und auch nicht dem Staat, und schon gleich gar nicht denjenigen – den Wählern der Linken – die ihn erst zu »IHM« gemacht haben.

\*

Ist François Mitterrand in der Romanfigur des Präsidenten noch – sogar sehr scharf – erkennbar, so zerrinnt er in der Polemik des RTL-Journalisten Philippe Alexandre zum Zerrbild. Sein Buch (*Plaidoyer impossible pour un vieux président abandonné par les siens*, Albin Michel, Paris 1994) gibt vor, eine Verteidigungsschrift zu sein. Der Versuch einer fairen Bewertung Mitterrands, der, am Ende seines Lebenswegs angelangt, nur noch wenige findet, die ihn verteidigen. Der Vorwand ist frech, die Durchführung noch mehr. Tatsächlich handelt es sich um eine reine Schmähschrift, gehässig und aggressiv. Eine sehr subjektive Auswahl der Hauptachsen der Mitterrand'schen Amtszeit steht im Mittelpunkt. Mitterrand und seine Freunde, Mitterrand und seine Günstlinge, Mitterrand und seine Skandale. Eine undurchsichtige Affäre aus dem Jahre 1959 (»l'affaire de l'observatoire«), und die – lange Zeit verschwiegene – Existenz einer unehelichen Tochter müssen immer wieder dazu herhalten, weitestgehende Unterstellungen bezüglich der Glaubwürdigkeit und der persönlichen finanziellen Ambitionen Mitterrands zu »beglaubigen«. Alexandre bringt keinerlei neue Fakten zutage. Er bedient sich lediglich der bekannten Darstellungen der Skandale und Skandälchen der Ära Mitterrand. Nichts wird neu dargelegt, aber alles benutzt. Die Figur verschwimmt endgültig zur Karikatur: Eine groteske Mischung aus Joseph Fouchet, Vater Karamassow und Jürgen Möllemann, prinzipienlos, habgierig und verlogen.

Das Unglück dabei ist, daß das politische

Tun Mitterrands in den letzten Jahren Leuten wie Alexandre das Handwerk so leicht macht. Tatsächlich war die Ära Mitterrand auch eine der Skandale und der Entgleisungen. Die Behandlung Pierre Bérégovoy's, die Treibjagd auf Rocard, die Selbstverstümmelung der PARTI SOCIALISTE, die Finanzskandale seiner Freunde und seiner Entourage, die lebenslange Männerfreundschaft zum Polizeichef des Vichy-Regimes: Schwer erträglich alles, gerade auch für viele linke Franzosen. Wer je in den letzten Jahren mit einfachen Mitgliedern der PARTI SOCIALISTE gesprochen hat, weiß was damit gemeint ist. Aber nicht darum geht es Leuten wie Alexandre (der im übrigen nur ein Prototyp ist). Hier geht es um die systematische Demontage eines Politikers, der vierzehn Jahre linker Machtausübung in Frankreich verkörpert. Die Kritik, perfide genug, tarnt sich als Kritik von links; ihre Themen und ihr Stil verraten sie aber. Nicht die eigentlichen Probleme der Bilanz Mitterrands – das sozialpolitische Desaster, die Kapitulation vor der Arbeitslosigkeit, das ökologische Versagen, die skandalöse Afrikapolitik, die Unfähigkeit eine linke europäische Perspektive zu öffnen – stehen im Mittelpunkt. Demontiert werden soll vielmehr der Mann, und über ihn die politische Kraft, die er lange genug inkarnierte. In dieser – und nur dieser – Hinsicht ist das Buch denn auch von Interesse. Es gibt eine Vorahnung dessen, was noch an Schmutz ausgegossen werden wird,

wenn erst einmal der Sessel im Elysée neu besetzt sein wird und die politische Rechte nicht nur die Wirtschaft und die Medien, sondern auch alle politischen Institutionen Frankreichs wieder übernommen haben wird.

\*

Vermutlich muß man um die komplexe Figur François Mitterrands zu verstehen, hinter die Jahre der Präsidentschaft zurück. Ein Buch gibt wertvolle Einblicke: *La Morale de l'Histoire, Mitterrand – Mendès-France 1943–1982* (Seuil, Paris 1994). Das Werk des Mendès-France-Vertrauten und Mitterrand-Mitarbeiters Stasse stellt den politischen Lebenslauf Mitterrands dem Pierre Mendès-France, des *spiritus rector* der (nichtkommunistischen) französischen Nachkriegslinken, gegenüber. Heraus kommen zwei spannende Charakterstudien, in denen sich die Schwächen und die Stärken des Präsidenten Mitterrands bereits deutlich abzeichnen. Es schält sich das Bild eines Menschen heraus, der mit Leib und Seele Politiker ist. Aber nicht aus ideologischen und gesellschaftlichen Gründen, sondern – vor allem – aus persönlicher Ambition. Der Mann will hoch hinaus; die Interessen, die er verteidigt, sind zunächst einmal die seinen. Und eine Schule prägt ihn: die der IV. Französischen Republik, des Parlamentarismus ohne Netz, doppelten Böden und vernünftiges Wahlrecht. Politik ist vor allem die Kunst der taktischen Allianzen, der Wahlarithmetik und der persönlichen Kon-

#### Kampf um die Mitterrand-Nachfolge

Foto: dpa



takte. Ein Spiel um Macht, nicht um Inhalte. Mitterrand, Führer einer zahlenmäßig bedeutungslosen Parlamentariergruppe, ist darin Meister. Der junge Mann stimmt für alle Regierungen der IV. Republik, egal welcher politischen Obediens. Dies ist nicht umsonst: Mitterrand bringt es bis 1958 auf nicht weniger als elf Ministerberufungen. Eine, die letzte, erweist sich politisch und moralisch katastrophal. An der Seite des sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet begleitet er als Justizminister und Nummer Zwei der Regierung den Abstieg Algeriens in die Hölle des Bürgerkrieges und der systematischen Folter. Algerien ist keine Kolonie, Algerien ist Frankreich. Dort gelten – im Prinzip – französische Gesetze und französisches Recht. Unter dem Justizminister Mitterrand werden alle elementaren Menschenrechte der einheimischen Bevölkerung mit Füßen getreten. Und Mitterrand – im Gegensatz zu Mendès-France – tritt nicht zurück. Sein persönliches Prestige wird von diesen Jahren nachhaltig beschädigt; das der französischen Linken auch: *Die Bilanz ist katastrophal für den Sozialismus in Frankreich. Er wird ein Vierteljahrhundert brauchen, um sich von einer Periode zu erholen, im Verlauf derer eine Regierung, die in seinem Namen gewählt wurde, die systematische Folter gedeckt, wenn nicht gar angeordnet hat* (S. 137).

Mitterrand tritt vor allem deswegen nicht zurück, weil er hofft, mit Stimmen der SFIO einem hoffnungslos desavouierten Guy Mollet nachfolgen zu können. Wieder einmal opfert der Mann, der seinen Zeitgenossen als Prototyp des politischen Winkeladvokaten geläufig ist, im Namen der eigenen Karriere jegliches politische Prinzip. Doch diesmal fällt der Zahltag aus: Der »Staatsstreich« de Gaulles 1958 macht allen Plänen Mitterrands ein – vorläufiges – Ende. Mitterrand braucht einige Zeit, um sich im neuen politischen Kontext zurechtzufinden. Aber dann, Welch ein Erfolg: Innerhalb weniger Jahre gelingt es ihm, eine pulverisierte nicht-kommunistische französische Linke zu einen und auf einen soliden Wachstumskurs zu führen. Die Buchabschnitte, die diese Phase schildern, zeigen eine andere Seite Mitterrands: Die eines langfristig planenden politischen Kopfes, taktisch gerissen und strategisch klarsichtig. Seine Umarmungstaktik gegenüber der PCF ist ein Meisterstück der politischen Raffinesse, langfristig angelegt und mit kühlem Kopf über zwei Jahrzehnte zu Ende geführt. Das überragende taktische Geschick Mitterrands macht ihn – den Anfang der 60er Jahre keine linke Partei, die noch was auf sich hielt, aufnehmen wollte – zur unumstrittenen Führungsfigur der

französischen Linken über fast drei Jahrzehnte hinweg.

Prinzipien, Inhalte, politische Perspektiven waren dabei zweitrangig: *Über die Vernunft stellt Mitterrand die Macht*. Die politischen und inhaltlichen Defizite dieser Strategie sind im Laufe der letzten vierzehn Jahre teuer bezahlt worden. Aber es waren Jahre an der Macht. Während Mendès-France und die sozialdemokratische Linke um Michel Rocard in den 60er und 70er Jahren an dieser ultimativen Herausforderung der Politik immer scheiterten, hat Mitterrand sie genommen. Er, der eher aus Unlust, sich dem Machtanspruch De Gaulles zu beugen als aus tiefgehenden Überzeugungen, auf der Linken des politischen Spektrums Platz genommen hatte, hat vollbracht, was den Überzeugungstätern verwahrt blieb. Aber zu welchem Preis: Am Ende der Ära Mitterrand ist die französische Linke tief zerrissen, ihr Image auf einem Tiefstand und ihre Führungsebene von Leuten mit der Glaubwürdigkeit eines Laurent Fabius, Jacques Lang oder Bernard Tapie gespickt.

Wer also war der Politiker François Mitterrand? Jedes der Bücher gibt ein Stückchen des Charakters und der politischen Antriebskräfte des »Großen Verführers« preis. Es entsteht das Bild eines außergewöhnlichen Egomane, einer Balzac'schen Figur, widersprüchlich und brutal, getrieben von einer Vision der eigenen Größe, aber auch der Größe Frankreichs. Franz-Olivier Gisbert zitiert eine Reflexion Mitterrands, die mehr als nur ein Selbstporträt ist: *Ein Präsident, so etwas formt sich über zwanzig Jahre. Um eine Chance zu haben, dort anzukommen, muß der Kandidat alles diesem Ziel opfern. Dies muß eine Obsession sein, Tag und Nacht, die ihn beherrscht, wenn er die Schuhe anzieht und die ihn nicht mehr verläßt, bis er ins Bett geht* (S. 151).

François Mitterrand hat dieses Leben gelebt, bis zum Exzeß, bis zum – moralisch und politisch – bitteren Ende. Die Franzosen haben es ihm, zumindest vorläufig nachgesehen.

*Franz-Olivier Gisbert: La fin d'une époque; Fayard, Paris 1993, 303 Seiten.*

*Eric Orsenna: Grand Amour; Editions de Seuil, Paris 1994, 298 Seiten.*

*Philippe Alexandre: Plaidoyer impossible pour un vieux président abandonné par les siens; Albin Michel, Paris 1994, 217 Seiten.*

*François Stasse: La Morale de l'histoire: Mitterrand – Mendès-France 1943–1982; Seuil, Paris 1994, 367 Seiten.*

## Der intrigante Revolutionär

Stefan Heyms Radek-Roman

Man muß sich schon einigermaßen in der Frühzeit der russischen Oktoberrevolution und den *Spartakus*-Wirren nach Ende des Weltkriegs in Deutschland auskennen, um heute noch viel anfangen zu können mit der Person des Bolschewiken Karl Radek. Diese graue Eminenz der KOMINTERN, ein glänzender Analytiker, Polemiker und Publizist, hieß eigentlich Karl Bernardowitsch Sobelsohn und gilt bis heute als eine der schillerndsten, zwielichtigsten und gleichzeitig faszinierendsten Gestalten der Weltrevolution. Sein Lebens-thema war das Verhältnis von politischer Theorie und politischer Praxis. Als polnischer Jude aus dem österreichischen Galizien sprach Radek Deutsch besser als jede andere Sprache. Über die deutsche Sozialdemokratie fand er den Weg zur KPdSU, und es gelang ihm, dem Nicht-russen, bis in das unmittelbare Machtzentrum in Moskau vorzudringen. Radek, der sich angeblich nach einer Diebstahlsaffäre selbstironisch »Radek« genannt hat, weil »Kradek« im Polnischen »Dieb« heißt, wurde allerdings schon zu Lebzeiten von vielen als Scharlatan betrachtet. Andere sahen in ihm einen möglichen Nachfolger Lenins, der ihn wiederum als »Krämer, unverschämt, frech und dumm« beschimpfte. Andererseits wird auch Lenins Äußerung zitiert, er – Radek »ist uns nützlich«. Rund zwanzig Jahre seines Lebens hat dieser Radek in der Sowjetunion verbracht. Er war als Unterhändler in Brest-Litowsk dabei, er arbeitete als Abteilungsleiter im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (unter Trotzki), er wurde als Botschafter, Spion und Sekretär der Kommunistischen Internationale eingesetzt. Dann – nach Lenins Tod – wurde er von Stalin auf den Posten eines Rektors der Sun-Yat-Sen-Universität abgeschoben – und schließlich nach Sibirien verbannt. Freilich – damit war sein Lebensweg nicht zu Ende. Stalin läßt ihn aus Sibirien wieder nach Moskau in seinen persönlichen Stab holen, schickt ihn als Sonderbotschafter nach Polen zu Pilsudski – und dann, um die Sache rund zu machen, macht er ihn zum Kronzeugen in den Moskauer Schau-Prozessen, wo er – vermutlich auch als Mitautor des Prozeß-Szenariums – eine Reihe ehemaliger Freunde ans Messer liefert. Ein Ende mit Schrecken. Radek erhält selbst zehn Jahre Haft und stirbt 1939 in einem arktischen Arbeitslager, möglicherweise wurde er ermordet.

Ein Hofnarr der Revolution? Ein Opportunist zwischen diffuser Moralität und Intellektualität? Stefan Heym, dessen Lebensweg auch nicht frei ist von irritierenden Erfahrungen, muß ein recht stabiles Faible für Radek haben. Anders ist es nicht zu erklären, daß er einen weit mehr als 500 Seiten starken Roman über diesen Mann vorlegt, der in Stil und Aufmachung einer Heldenverehrung schlichtester Art nicht fern ist. Heym hatte offenbar nichts anderes im Sinn, als einen Revolutionär der edelsten Erwägungen und Motive zu schildern, einer Legende zur Geburt zu verhelfen, die weder der historischen Wahrheit entspricht noch dem immer behaupteten eigenen Gestus kritischer Distanz standhält. Das alles freilich ist das gute Recht eines Romanschriftstellers, von dem sich dann nur noch bewundernd sagen läßt: Wie er erfindet . . . ! Doch Heym wäre nicht der, der er ist, wenn er uns mit dieser romanesken Lebensbeschreibung nicht auch ein gewisses Verständnis vom Weltverlauf offerieren würde. Sein Radek (»der ewige polnische Jude«) wird zum Heym'schen Ahasver, zum ruhelosen durch die Welt streifenden jüdischen Helden, dem die Frauenherzen zufliegen, dessen Frau Rosa zwar lieblich und treuherzig, aber doch ein bißchen deppert im Hintergrund bleiben muß, während der quirlige Revolutionär zwischen Lemberg und Davos die Welt zum Einsturz bringen will. Immer in vorderster ideologischer Front. Mit der anderen Rosa – der Luxemburg nämlich – hat er nichts im Sinn. Die läßt ihn und er sie abfahren. Bei Heym bleibt Rosa Luxemburg ein intellektuelles Aschenputtel neben dem klarsichtigen Protagonisten. Wahr ist, was Heym nicht sagt, daß die Luxemburg den »verächtlichen Sklaven« (Stalin über Radek) zum Typus »Dirne« zählte, eine Abneigung, die dieser luziferischen Figur kaum verborgen bleiben konnte. Stefan Heym nun hat bei Gelegenheit bemerkt, er wolle mit seinem Roman schildern, »warum alles so gekommen ist, wie es heute ist«, warum es mit dem Sozialismus so schief gelaufen sei. Und in der Tat – so wie Heym sein Buch angelegt hat – waren die Ziele und Ideale schon Gold wert oder noch mehr – nur, die Menschen, die handelnden Personen ließen wohl zu wünschen übrig.

Einen so skrupulösen Revolutionär wie Karl Radek hätte sich wohl jede brave Schwiegermutter für ihre Tochter wünschen können.

Doch schwer lastet auf den Guten die Hand des Schicksals, bei Heym wird es durch Zitate aus *Dantons Tod* von Georg Büchner intoniert. So kann es nicht anders sein, als daß die deutsche Linke von Liebknecht über Luxemburg zu Le-debour und später dem tumben Thälmann eher als eine blasiert-komische Truppe erscheint, unfähig zur Weltrevolution, was schon Lenin ahnte, was unser Radek – im Roman zumindest – natürlich auch längst weiß. Stefan Heym versucht sich an der Vorgeschichte des Scheiterns einer Utopie, die er insgeheim überhaupt nicht für gescheitert ansieht. Weil er offenbar immer noch in den Zwängen seiner Gläubigkeit steckt, wird er nicht frei für den außergewöhnlichen Zugriff auf den Stoff. Wenn Lenin nicht Radek und seiner Krupskaja, sondern – sagen wir: der Courths-Mahler – begegnet wäre, Heyms Roman hätte das Ergebnis sein können. So viele nette Revolutionäre hat man selten in einem Buch versammelt gesehen. Lauter verständnisvolle Menschen, nur die zu dicht beieinanderliegenden buschigen Brauen des Oberschurken Stalin lassen ihn als eben diesen erkennen, und wenn auch Büchner seinen Danton fragen läßt: Will denn die Uhr nicht ruhen? – so läßt Heym seinen Radek am Ende im Moskauer Schauprozeß das schöne Finalwort sagen: »Und es war doch nicht umsonst . . .!« Bei aller Sympathie, die der Autor für seinen Protagonisten aufbringt, bleibt der Intellektuelle und intrigante Revolutionär doch seltsamerweise unscharf. Daß Radek zum Beispiel Genossen reihenweise belastet und denunziert hat, ist schon seit längerem bekannt, weil aktenkundig. Der Radek, der einen rechtsradikalen Rabauken wie Schlageter auch zum Idol der kommunistischen Parteijugend erklärte, der frei bekannte, es sei wichtiger, Ernst Jünger für die KPD zu gewinnen, als viele neue Wählerstimmen – diesen dis- und desparaten Karl Radek lernen wir aus Heyms Darstellung nur in Umrissen kennen. Bleiben die Frauen: Vor allem die Geliebte Larissa und Radeks Frau Rosa. Stefan Heym, das weiß man eben auch aus seinen früheren Romanen, kann mit Frauen in seinen Büchern wenig anfangen. Er kann sie einfach nicht beschreiben. Entweder voller Busen oder sonstwie gear-tete Sehnsuchtsgebärde. Über Pin-up-Niveau kommt das selten hinaus. Nach der Lektüre von Heyms Radek-Roman läßt sich sagen: Weniger wäre mehr gewesen.

*Stefan Heym: Radek. Roman, C. Bertelsmann, 608 S., DM 49,80*

STEPHAN REINHARDT

## Die 89er sind nicht viel anders

Der Wegfall des Eisernen Vorhangs und des Ost-West-Gegensatzes in Europa ist ein weltgeschichtliches Ereignis: die Möglichkeit, daß sich nach dem Ende der globalen Bedrohung durch hochgerüstete, feindlich gegenüberstehende Weltmächte eine neue, und zwar die eine Weltgesellschaft entwickeln könnte, bildet eine große Chance. Wird sie wahrgenommen? Zum Beispiel von der jungen Generation, die erfahrungsgemäß für neue Ideen und Vorstellungen empfänglicher ist als ältere Menschen? Wie sieht sie überhaupt aus, diese neue Generation, von der unter dem Zahlenkürzel die 89er jetzt so viel die Rede ist? Auskunft auf diese Frage versucht der Gießener Politologe Claus Leggewie in seinem Buch *Die 89er* zu geben, das er im Untertitel anspruchsvoll *Porträt einer Generation* genannt hat. Leggewie, bemüht, »soziologische Sterndeuterei« zu vermeiden, operiert vorsichtig. Nach einer Rückversicherung bei dem Soziologen Karl Mannheim und dem Philosophen Wilhelm Dilthey legt er dem Begriff Generation die Definition zugrunde von Menschen, die im Alter des Heranwachsens und gesteigerter Empfänglichkeit die Gemeinsamkeit von »Schlüsselereignissen« miteinander teilen.

So folgt auf die Generation der Urgroßeltern, der bis etwa 1925 Geborenen, für die das Erlebnis der NS- und Kriegs-Zeit prägend war, die gerade jetzt ins Pensionsalter kommende Großelterngeneration der Flakhelfer, die nach 1945 als skeptische Generation sich ins Wirtschaftswunder verbiß; auf sie folgt die Zwischengeneration der zwischen 1930 und 1940 Geborenen, denen Helmut Kohls »Gnade der späten Geburt« zuteil wurde, auf sie wiederum die Elterngeneration der 68er, dann – so Leggewie – die vom Aufstieg der Ökologie beeinflusste Generation der heute über Dreißigjährigen. Und auf diese Generationen folgen: Die 89er? Auf den Weg gebracht hat dieses Kürzel ein Feuilletonredakteur, der einige respektlos-scharfe Verrisse von Botho Straußens Essayband *Wohnen Dämmern Lügen* als Stimme einer neuen Generation mißverstand und die Kritiker mit der Frage abzukanzeln versuchte. »Was haben die Neununddaziger? Heraus damit, laßt sehen!«

Was Claus Leggewie auf über 300 Buchseiten sieht, ist nur selten scharf an Kontur. Man könne noch nicht sagen, erklärt er, »wie« die 89er seien, wohl aber »schon ahnen, wie sie sein

könnten«. Und um später nicht auf etwas Falsches festgelegt werden zu können, legt Leggewie sich auffällig wenig fest. Das Ergebnis sind oft Beschreibungen von so allgemeiner Art. So ist die 89er Jugend, so sind die Jahrgänge 1965 bis 1975, stellt Leggewie fest, zugleich »rar und reich«, weniger männlich als weiblich-männlich und stärker »multikulturell« als ihre Vorgänger – zugleich aber auch »immer auch das Gegenteil davon«. Und sie sind »illusionlos«, »reflexiv« und wollen sich »einer Identifikation von außen so lange wie möglich entziehen«. Der Sachverhalt, daß derartige Attribute für ziemlich jede Generation gelten, begrenzt ihren Aussagewert. Um diesem Mangel abzuhelfen, hat Leggewie in der New Yorker Bronx Jugendkulte wie den *Rap* studiert, sich in den Techno-Diskotheken monotonem melodielosem Höllenlärm ausgesetzt und Interviews geführt, nicht mit prominenten »Sprechern« der Jugend, wie er hervorhebt, sondern mit alltäglichen Personen, um repräsentative Daten zu erhalten. Welche Ereignisse nun haben mehr als andere diese 89er geprägt? Leggewie glaubt in seinem Generationenporträt mit Tschernobyl, Golfkrieg und dem Wegfall des Eisernen Vorhangs Grunderlebnisse ausgemacht zu haben, die die 89er weit mehr als andere beeinflußt haben. Bedeutet aber nicht die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl einen tiefen Erlebniseinschnitt auch für die Nicht-89er? Hat Tschernobyl nicht noch einmal deutlich gemacht, daß alle in einer »Risikogesellschaft« leben? Soll man den Golfkrieg als »markantes Generationsereignis« nur der 89er Generation bezeichnen? War er markant nicht vielleicht noch mehr für die Vor-89er? Und wenn Leggewie, sich zur künftigen Außen- und Militärpolitik des vereinten Deutschland äußernd, die Erwartungen der 89er umschreibt mit der Ausbildung eines »pragmatischen Konzeptes der Friedenssicherung und Konfliktprävention«, gilt das doch, wie er selbst einräumt, keineswegs nur für die 89er.

Der 45jährige Politologe Leggewie ergreift in seiner Analyse die Partei der Jugend, gelegentlich mit jugendlichem Schwung. Wird denn wirklich »mit dem Jungsein«, wie er schreibt, »auch die soziale Kreativität einer Generation« immer wieder »neu definiert«? Hat sie nicht Vorgaben im gesellschaftlichen Wertekanon auch der Demokratie? Bilden der Fall der Mauer und die europäische Wiedervereinigung wirklich eine so tiefgehende Zäsur, wie Leggewie vorgibt, daß »nichts mehr bleibt wie es war«: sind sie ein Schlüsselereignis mit in jeder Hinsicht ganz »neuen Leitideen und Wertorientierungen«? Daß die Wertorientierung der Verfassung, daß die Übereinkünfte des Gesell-

schaftsvertrages – Menschenrechte, Freiheit, Solidarität – die alten bleiben und immer wieder aufs neue vitalisiert werden müssen, stellt Leggewie in seiner Argumentation nicht in den Vordergrund.

»Was ist los mit der Jugend, . . . Was soll man mit dieser egoistischen, passiven, politikverdrossenen und konsumgeilen Masse Mensch anfangen?« Solchen üblichen Vorurteilen des Stammtischs und Kaffeekränzchens setzt Leggewie mit Recht die Feststellung entgegen, daß nicht die Jugend das »Problem« sei, sondern die Tatsache, daß ihr die Älteren jede Menge Probleme hinterlassen, zum Beispiel die Reparatur von Umweltschäden, die die Kehrseite bedenkenloser industrieller Wachstumsideologie bilden.

Die Jugend von heute ist, so Leggewie, weder rechts orientiert noch unpolitisch, aber sensibler für die herrschenden Rituale und für politische Korruption. Während die Mehrzahl, die Mainstream-Jugendlichen mit der herrschenden Form von Demokratie einverstanden sind, wünscht eine »beachtliche Minderheit« unter den Jugendlichen direktere Formen der Demokratie, »reibt« sie sich – vom Umwelt- bis zum Minderheitenschutz – »an den eklatanten Versäumnissen«. In einer seit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes in die Perspektive einer elektronisch vernetzten Weltgesellschaft eingespannten Bundesrepublik sieht Leggewie als große Vorhaben und Visionen der 89er: Ausbau der europäischen »Konföderation«, Umbau des Sozialstaates. Die ökologische Steuerreform nennt er ein »Vorhaben mit wahrlich revolutionären Konsequenzen« – Leggewies' Schlußrezeptur liest sich wie eine zwischen schwarz-grün und rot-grün eingefärbte Regierungserklärung. Wer nach den Untaten von Hoyerswerda und Solingen, nach den fremdenfeindlichen Gewaltwellen stärkere rechte Strömungen bei den 15- bis 25jährigen vermutet hat, wird von Leggewies Generationenporträt angenehm überrascht: die neue Jugend ist nicht viel anders als die alte. Andererseits zeigt der Beschreibungsversuch – leider – auch, daß die neue Generation die große Chance des Baus einer neuen Weltgesellschaft noch nicht ergriffen hat.

*Claus Leggewie: Die 89er. Porträt einer Generation, Hoffmann und Campe, Hamburg, 336 S., DM 38,-*

## Geschichte im Spiegel der Einwanderung

Zwei Grundzüge der Moderne – Abhängigkeit und Indifferenz – treten selten so deutlich hervor wie im Leben von Migranten: die »normale« Unterordnung von Lebensgeschichte unter Politik, Ökonomie, Ökologie manifestiert sich bei ihnen in der Umwälzung aller Lebensumstände. Migranten spüren auch in den Aufnahmeländern stärker als die Einheimischen, wie abhängig sie sind: von den Gesetzen, die die Niederlassung regeln, von der ökonomischen Lage, von den psychischen Dispositionen der Alteingesessenen. Zugleich stoßen sie meist auf kalte Indifferenz. Und doch muß Migration nicht Unglück bedeuten: afrikanische Völker hatten zur Aufnahme wandernder Stämme ein System der Adoption durch die Eingesessenen entwickelt. Bei aller Abhängigkeit von Katastrophen und Kriegen hatten sie die Indifferenz überwunden.

Klaus Bades für alle an Migrationsfragen Interessierten unersetzbares Buch enthält eine Geschichte der Bundesrepublik im Spiegel der Einwanderung und des »Ausländerrechts«, der parteipolitischen Auseinandersetzungen und der Fremdenfeindlichkeit. Diese Spiegelung der Geschichte im Einwanderungsgeschehen mag deshalb so faszinierend sein, weil hier im Besonderen der Migrationspolitik allgemeine Tendenzen der politischen Kultur plastisch hervortreten.

Von 1955 bis 1973 wurde in der Bundesrepublik »aktive Zuwanderungspolitik« in Gestalt der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer betrieben, die sich noch intensivierte, als 1961 nach dem Mauerbau der Zustrom von Menschen aus der DDR aufhörte. Im Zeichen von Ölpreisschock und Wirtschaftsrezession wurde allerdings schon 1973 ein Anwerbestopp dekretiert. Gesetzgeberisch begann der »Wandel von einer Aufnahme- zu einer Art Abwehrgesellschaft«, die gekennzeichnet war durch das »Defensivdreieck von Integration, Zuzugsbegrenzung und Rückkehrförderung«. Auch in der kurzen Phase der Integrationskonzepte (1979/80) wurde das ganz am »ius sanguinis« – an der Abstammung – orientierte Staatsbürgerschaftsrecht nicht geändert. Die neue Bundesregierung entwickelte Defensivmaßnahmen, die auf Erschwerung der Einreise zielten (Visumzwang und Transitvisapflicht), auf Beschleunigung des Asylverfahrens und auf Verhinderung materieller Anreize – »Maßnahmen

zur Abschreckung, zur Abschottung der Grenzen und zur Vorverlegung der Ablehnung vor die Grenzen«. All das mündete im Sommer 1993 in die restriktive »Reform« des deutschen Asylrechts mit der Folge, daß die Bundesrepublik für asylsuchende Flüchtlinge auf dem Landwege kaum mehr erreichbar ist; die neuen Paragraphen über »verfolgungsfreie Herkunftsländer«, die Drittstaatenregelung und die »Rücknahme-Abkommen« werden gestützt durch den nächtlichen »Kampf gegen illegale Einwanderer an den Grenzen der Europäischen Union vom deutschen Osten bis zum spanischen Süden«. In den reichen Regionen der Welt löst heute jeder Bürgerkrieg, jeder ökonomische oder politische Zusammenbruch Berechnungen über das »Migrationsrisiko« aus.

Zweierlei verbindet die unterschiedlichen Phasen der deutschen »Ausländerpolitik«: Versäumnis und Widersprüchlichkeit. »Versteckspiel mit der Wirklichkeit«, »eskapistische Selbsttäuschung«, nennt Klaus Bade die immer wieder von Politikern bemühte Bannformel: »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.« Dieser Leugnung der Einwanderungssituation durch die Politiker widmet er ganz besondere Aufmerksamkeit, beleuchtet ihre politische Bedeutung und ihre Auswirkungen auf Psyche und Verhalten der Eingewanderten. Die Frage drängt sich jedoch auf, ob im unablässig wiederholten Dementi nicht schon das Dementi des Dementis mitenthaltend ist. Bedeutet nicht in der Politikerrede, ähnlich wie im Traum, ein Ding zugleich auch sein Gegenteil? Drängt nicht die Litanei des »Wir sind kein Einwanderungsland« den Gedanken an die Einwanderung als etwas Realem, Unausweichlichem immerzu auf?

Im übrigen betreibt dieses Nicht-Einwanderungsland ja »aktive Einwanderungspolitik«, nämlich gegenüber den Aussiedlern, und seit 1991, wenn auch in geringerem Umfang, gegenüber Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. »Es gibt in der Praxis ganz reguläre und recht erfolgreiche qualitative (ethnokulturelle und regionale Kriterien) und quantitative (Jahreskontingent), also nach Kriterien und Kontingenten betriebene Einwanderungspolitik im Nicht-Einwanderungsland – die aber ihrerseits dementiert wird.«

Es ist ein Verdienst Klaus Bades herauszustellen, daß die Aussiedler-Zuwanderung, mag

sie auch »innerhalb des gleichen National-, Sprach- oder Kulturverbandes« stattfinden, doch einen Einwanderungsprozeß darstellt. Die Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa seien »sozial und kulturell nichts anderes als Einwanderer«. Daran ändere auch ihre Orientierung am »Deutschtum« nichts, im Gegenteil, sie mache sie noch mehr zu Fremden: »Fremde gibt es auch mit deutschem Paß« – wie umgekehrt lang ansässige Einwanderer ohne deutsche Staatsbürgerschaft als Deutsche mit fremdem Paß zu bezeichnen seien. Diese Feststellungen zeigen, daß Klaus Bade die Logik der binären Unterscheidungen – Deutsche/Ausländer – durchbricht und Dinge erkennt und aufdeckt, die die Zwischenräume des Wahrnehmbaren füllen. Gerade das macht nicht nur Wissenschaftlichkeit aus, sondern befähigt auch zum Zukunftsentwurf einer »ganzheitlich konzipierten Migrations- und Integrationspolitik«, die Ausländerrecht und Ausländerpolitik zugunsten von Einwanderungsgesetzgebung und Einwandererpolitik ablösen würde. Der radikale Kurswechsel hätte das Ziel, für die Aufnahme-gesellschaft und die zugewanderten oder zuwanderungswilligen Minderheiten ein »gleichermaßen transparentes Rechtsgebäude für die Gestaltung von Lebensperspektiven« zu schaffen. Lebensgeschichte kann dann gestaltet werden, wenn gewisse Bedingungen – Arbeit, Wohnung, Familiennachzug, politische Beteiligung – überschaubar und berechenbar sind.

In mancher Hinsicht bleibt allerdings die von Klaus Bade beschworende zukünftige Migrationspolitik dem klassischen Widerspruch zwischen kompromißloser Moral und interessengeleiteter Politik verhaftet. Für die Einwanderung selbst, anders als für die Asylgewährung, empfiehlt er »sozialverträgliche Kontingentierung und Quotierung nach übergeordneten und gesellschaftlich konsensfähigen Leitzielen« und fügt erläuternd hinzu, daß die Einwanderungspolitik »als neutrales Steuerungsinstrumentarium z. B. unter Krisendruck bis zur Null-Option der totalen Einwanderungssperre reichen kann«.

Gegen die demagogischen Dementis und die Versäumnisse hatte Klaus Bade dafür plädiert, daß die Bundesrepublik »Einwanderungsland ›für sich‹ werde, d. h. sich der Einwanderungssituation bewußt werde: »Ein Einwanderungsland ›für sich‹ wäre ein Land, das sich selbst als solches versteht und diesem Selbstverständnis Rechnung trägt in Gestalt von Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik.« Der auf Hegel und den Existentialismus zurückgehende Begriff des »Für-sich«,

der Bewußtwertung und Zukunftsentwurf meint, kann hier allerdings ironischerweise auch anders gelesen werden: als Ausdruck des Interesses daran, Einwanderung als arbeitsmarktpolitisches und demographisches Instrumentarium »für sich« zu nutzen. Eine solche Einwanderungspolitik, die anders als die Asylpolitik interessengeleitet wäre, würde aber Abgrenzungen voraussetzen, wie sie immer weniger aufrechtzuerhalten sind. Klaus Bade selbst räumt ein, es werde »immer schwieriger, zwischen politisch Verfolgten, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, Wirtschaftswanderern, Krisen-, Armuts- und Elendsflüchtlingen, Umwelt- und Klimaflüchtlingen zu unterscheiden. Welcher Art von Tod, ob Folter-, Kriegs- oder Hungertod, ein Flüchtling zu entkommen sucht, kann ohnedies schwerlich Argument für oder gegen seine Rettung sein.«

Fast hat es den Anschein, als sei der Widerspruch zwischen interessengeleiteter Politik und Moral nicht zu lösen – und doch scheint eine Lösung auf: »Internationaler Lastenausgleich« zwischen Nord und Süd, Ost und West und Wandel einer Weltgesellschaft, »in der die einen die Fluchtursachen der anderen mitverschulden und zugleich die Flüchtlinge als Gefährdung des eigenen Wohlstandes abzuwehren suchen«. Hier wird eine Quelle der im Buch viel beachteten und gedeuteten Fremdenfeindlichkeit deutlich: hinter xenophoben Abwehrhaltungen zeichnet sich die »große neue Angst vor künftigen Fragen der Verteilungsgerechtigkeit in der Weltgesellschaft« ab, »die diffuse Angst vor den fiktiven Ansprüchen der unbekanntenen Armen und Elenden aus fremden Fernen schlechthin«. Unbewußt ist wohl auch das Wissen vorhanden von den imperialistischen Wanderzügen der Europäer in Gegenden der Erde, die nicht immer arm waren. . .

*Klaus J. Bade: Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme, Beck'sche Reihe, München 1994, 287 S., DM 24,-*

## Zu den Autorinnen und Autoren

GERD DE BRUYN, geb. 1954, ist Stadtsoziologe und Architekturhistoriker. Er lebt und arbeitet als freier Publizist in Frankfurt am Main.

HUBERTUS BUCHSTEIN, geb. 1959, seit 1992 Hochschulassistent am Fachbereich Politische Wissenschaften der FU Berlin. Derzeit Fellow der Humboldt-Stiftung an der New School of Social Research in New York.

MARKUS BUSSMANN, geb. 1969 in Rheine, Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität Münster. 1990/91 Assistant Teacher an der Henrietta Barnett School und am Christ's College in London.

CHRISTIAN DEUBNER, geb. 1942, Diplom-Politologe, Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

MATTHIAS DÜPELMANN, geb. 1964 im Sauerland, arbeitet an einer Dissertation über die kulturelle Konstruktion nationaler Identität.

ANETTE EMTMANN, geb. 1966, Studium der Germanistik und Politikwissenschaften in Göttingen und Frankfurt am Main; promoviert derzeit in Politikwissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

CILJA HARDERS, geb. 1968 in Itzehoe, Studium der Politikwissenschaften, Germanistik und Soziologie in Freiburg, Kairo und Hamburg. Seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg.

KAROLINE HILLE, geb. 1948, Kunsthistorikerin und Journalistin, lebt in Mannheim.

ERNST HILLEBRAND, geb. 1959, ist Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Abidjan.

THOMAS HOEPS, geb. 1966, derzeit Promotion in Neuerer deutscher Literaturwissenschaft in Dresden, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, lebt in Krefeld.

FRANK JANNING, geb. 1964 in Essen, promoviert am Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin.

JUDITH KLEIN, geb. 1946, Literaturwissenschaftlerin und Publizistin, lebt in Osnabrück.

ANSGAR KNIRIM, geb. 1968, seit 1987 Studium an der Universität Münster, zunächst Anglistik und Geschichte, dann Wechsel zu Soziologie und Politikwissenschaften.

BERND LADWIG, geb. 1966, Politikwissenschaftler, lebt in Berlin.

DIETMAR LIESER, geb. 1960, Literaturwissenschaftler, seit 1993 wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Düsseldorf.

RENÉ LINKE, geb. 1963, Studium der Germanistik und Philosophie in Bochum, lebt als freier Journalist in Krefeld.

CHRISTIANE PAPENDORF, geb. 1968, Studium der Politikwissenschaften an der Universität Hamburg mit dem Abschluß Diplompolitologin im Herbst 1994.

LINDA PIEPER, geb. 1971, Sprachwissenschaftlerin, lebt in Hannover.

STEPHAN REINHARDT, geb. 1940, freier Journalist, lebt in Heidelberg.

JENS P. ROSBACH, geb. 1970, Studium der Psychologie. Zur Zeit absolviert er eine Ausbildung an der Berliner Journalistenschule.

GABRIELE RÖTHEMEYER, geb. 1947, freie Dramaturgin und Dokumentarfilmerin.

WOLF SCHELLER, geb. 1944, ist Redakteur beim WDR-Hörfunk.

GÜNTER SCHLUSCHE, geb. 1950, lebt und arbeitet freiberuflich als Stadtplaner und Architekt in Berlin.

STEFANIE SIFFT, geb. 1968, Studentin der Politikwissenschaften an der Universität Hamburg und freiberufliche Journalistin.

GERD SIMONS, geb. 1968, Studium der Politischen Wissenschaften, Kunstgeschichte und Soziologie an der RWTH Aachen.

FRANK TEICHMÜLLER, geb. 1943, ist Bezirksleiter der IG METALL Hamburg/Bezirk Küste.

### IMPRESSUM

#### *Anschrift der Redaktion:*

Godesberger Allee 139  
53175 Bonn  
Tel.: (02 28) 88 35 40-43  
Telefax: (02 28) 88 35 39

#### *Verlag und Anzeigenverwaltung:*

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH  
In der Raste 2  
53129 Bonn  
Tel.: (02 28) 23 80 83  
Telefax: (02 28) 23 41 04  
Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. 1. 1995  
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

#### *Gesamtherstellung:*

satz+druck gmbh, Düsseldorf

#### *Bezugsbedingungen:*

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738  
Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus;  
Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.